

**Stadt Quickborn
Berichte zur Jahresmitte 2011**



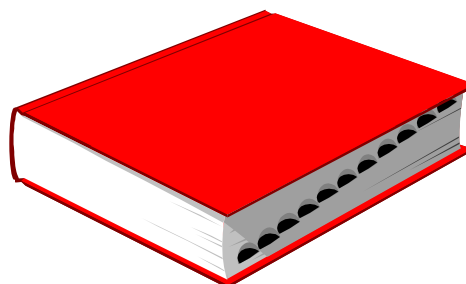


Berichtswesen der Stadt Quickborn



Berichte zur Jahresmitte 2011

Inhalt



Seite

Produktorientierte Finanzberichte

Zusammenfassende Betrachtung	8
------------------------------	---

1 Zentrale Verwaltung

11101 Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung	10
--	----

11102 Innere Verwaltungsangelegenheiten	11
---	----

11103 Rechtsamt	12
-----------------	----

11104 Finanzverwaltung	12
------------------------	----

11105 Liegenschaftsverwaltung	13
-------------------------------	----

11107 Gleichstellungsbeauftragte	14
----------------------------------	----

12100 Statistik und Wahlen	14
----------------------------	----

12201 Ordnungsaufgaben	15
------------------------	----

12202 Melde- und Personenstandswesen	15
--------------------------------------	----

12600 Brandschutz	16
-------------------	----

2 Schule und Kultur

21100 Grundschulen	18
--------------------	----

21200 Hauptschulen	19
--------------------	----

21500 Realschulen	20
-------------------	----

21600 Regionalschule	21
----------------------	----

21700 Gymnasien	23
-----------------	----

22100 Sonderschulen	25
---------------------	----

24100 Schülerbeförderung	26
--------------------------	----

24300 Sonstige schulische Angelegenheiten	26
---	----

24310 Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)	27
--	----

26200 Musikpflege	27
-------------------	----

26300 Musikschulen	28
--------------------	----

27100 Volkshochschule	28
27200 Bücherei	29
28100 Heimat- und sonstige Kulturpflege	30
3 Soziales und Jugend	
31100 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	30
31200 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II	31
31501 Beseitigung von Obdachlosigkeit	32
31502 Sonstige soziale Einrichtungen / Aussiedler	33
33100 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	34
36200 Jugendarbeit	34
36501 Kindertagesstätte Zauberbaum	35
36502 Zuschüsse an Kindertagesstätten	36
36600 Einrichtungen der Jugendarbeit	37
36700 Suchtberatung	38
4 Gesundheit und Sport	
42100 Förderung des Sports	38
42401 Sporthallen und Außensportanlagen	39
42402 Freibad	41
5 Gestaltung der Umwelt	
51100 Räumliche Planung und Entwicklung	42
52100 Bau- und Grundstücksordnung	42
52200 Wohnungsbauförderung	43
53500 Kombinierte Versorgung	44
53700 Abfallwirtschaft	45
53800 Abwasserbeseitigung	46
54100 Gemeindestraßen	47
54600 Parkeinrichtungen	51
54700 ÖPNV	51
55102 Spielräume für Kinder und Jugendliche	52
55400 Naturschutz und Landschaftspflege	53
57100 Wirtschaftsförderung	55
57301 Märkte	55
57302 Dorfgemeinschaftshaus Renzel	56

57303 Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	56
57304 Bauhof	57
6 Zentrale Finanzleistungen	
61100 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	58
61200 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	60
Finanzvergleich der Mittelstädte	61
Entwicklungsberichte	
Personalentwicklung, Personalplanung, Sammelnachweis Personalausgaben	68
Sozialdaten, Sozialleistungen	74
Wirtschaftsdaten	79
Gewerbebetriebe	84
Steuerentwicklung	88
Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren	92
Wichtige Angelegenheiten 2010	
Comenius Schule Quickborn - Sanierung (oder Neubau) Aula-Gebäude	102
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium - Altbausanierung Ost- / West- / Nordflügel	102
Neubau trakt des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums	103
Schulzentrum Süd - Ausgabeküche für das Elsensee-Gymnasium	103
Schulküche und Mensabetrieb im DBG und der Comenius-Schule Quickborn	104
Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle	105
Feuerwehrangelegenheiten	105
Straßensanierung Dichterviertel	105
Winterbedingte Straßenschäden	106
Straßenbeleuchtung	106
Erdfall in der Marienhöhe	106
Erneuerung des Grandplatzes Mühlenberg	107
Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung	108
Genehmigung der Haushaltssatzung 2011	109
Mögliche Verwaltungsgemeinschaften mit Bönningstedt und Hasloh	110
Kommunalbetriebe, Sparten Bauhof, Abwasser, Freibad	110
Regionales Entwicklungskonzept REK A 7 Süd	111
Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung	113

Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A 7	113
NORDGATE	113
Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	114
Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn	115
Abschluss neuer Verträge mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen	116
Rückblick auf die wichtigsten bisherigen Veranstaltungen in 2011	117
Straßenverkehrsangelegenheiten	117
Arbeit gegen Mobbing in Schulklassen - Stand up Training®	118
Frauengeschichtswerkstatt Quickborn	118
Girls Day im Rathaus und Boys Day in den Kindertagesstätten	119
Beitragsveranlagungen	119
Schadenfälle	119
Preisverleihung für das Projekt „Kleine Riesen“	119
Neubürgerfahrradtour	120
Hochzeiten im historischen Schienenbus „Uerdinger“ immer beliebter	120
Detlef Mertelsmann wird als 1. Schiedsmann wiedergewählt	120
Aufgabenübertragung Staatsangehörigkeits- und Unterhaltssicherungsbehörde	120
Neuwahl von Ausschüssen	120
Personalwesen	121
EDV-Zweckverband (Kommunit)	122
Ausführung von Beschlüssen	123

Produktorientierte Finanzberichte



Finanzbericht

Zusammenfassende Betrachtung

1. Weiterentwicklung des Finanzberichtes

Bisher waren im Finanzbericht lediglich die Erträge und Aufwendungen für Sachkosten dargestellt. Dies ergab bei einigen Produkten ein schiefes Bild in Bezug auf den Zuschussbedarf, da z.B. ein Überschuss ausgewiesen worden ist, obwohl es unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen oder Aufwendungen für die Zuführung an Rückstellungen zu einem Zuschuss kommt.

Aufgrund dessen wurde der Finanzbericht zu jedem Produkt um die Darstellung der Personalaufwendungen und sog. Bilanzbuchungen (Erträge und Aufwendungen die nicht zu einer tatsächlichen Ein- oder Auszahlung führen) erweitert.

Negative Beträge bedeuten, dass die Aufwendungen höher sind als die Erträge (Zuschussbedarf), bei den positiven Beträgen sind die Erträge höher als die Aufwendungen (Überschuss).

Zu der **Darstellung des Personalaufwandes** muss darauf hingewiesen werden, dass die Abstimmung zwischen

- a) dem Stellenplan, bei dem die Stellen prozentual auf die Produkte verteilt sind
- b) der Meldung an die Bezügekasse, die die Gehälter und Besoldung ebenfalls anteilig auf die Produkte verteilt und
- c) der Ansätze im Haushaltsplan, die sich aus der anteiligen Aufteilung des Stellenplanes ergeben sollen

sehr schwierig und umfangreich ist.

Zum Haushalt 2008 wurden die Stellen noch nicht auf die Produkte aufgeteilt, sondern nur einem Produkt zugewiesen. Zum Haushalt 2009 bestand die Möglichkeit, die Stellen auf bis zu 4 Produkte aufzuteilen. Mit dem Haushalt 2010 erfolgte auf der Grundlage der Meldungen der Fachbereichsleitungen zu jeder Stelle die prozentuale Aufteilung auf bis zu 10 Produkte. Zum Haushalt 2011 wurde die Aufteilung teilweise korrigiert oder weiter den tatsächlichen Verhältnissen und Personalwechseln angepasst.

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgte dann die Meldung der Aufteilung an die Bezügekasse, die Erstellung und Beratung des Stellenplanes und die Meldung der Ansätze zum jeweiligen Haushalt.

Für ein besseres Verständnis wurde daher unter der Zeile „Personalaufwendungen“ für die Jahre 2010 und 2011 die jeweilige Gesamtzahl der Stellenanteile des Produktes aufgeführt und Veränderungen kurz erläutert.

Die Entwicklung der Personalaufwendungen insgesamt sind in den Entwicklungsberichten „Personalbericht“ und „Wichtige Angelegenheiten“ dargestellt.

Die Zeile „Bilanzbuchungen“ beinhaltet Erträge und Aufwendungen aus Entnahmen oder Zuführungen von Rückstellungen, Verrechnungszuschüsse, Abschreibungen oder die Aktivierung von Eigenleistungen.

Abgesehen von den Abschreibungen für aktiviertes und noch zu beschaffendes Vermögen, werden die Ansätze für Rückstellungen und die Aktivierung von Eigenleistungen im Haushaltsplan 2011 zentral unter dem Produkt 61200 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ veranschlagt. Aufgrund dessen sind bei der Vielzahl der einzelnen Produkte keine Ansätze 2011 oder Stände zum 01.07.2011 ausgewiesen; die Aufteilung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2011. Bei den kleineren Beträgen in der Spalte „Stand 01.07.2011“ handelt es sich um Wertveränderungen oder außerordentliche Abschreibungen, die sich im ersten Halbjahr 2011 ergeben haben, z.B. durch den Verkauf oder die Vernichtung von Vermögensgegenständen.

Finanzbericht

2. Ausblick auf den Jahresabschluss 2011

In den Erläuterungen zum Ergebnisplan wurden teilweise Aussagen getroffen, ob zum Jahresabschluss 2010 mit Mehrerträgen oder geringeren Aufwendungen gerechnet werden kann. Im Ergebnis kann derzeit maximal mit einer Verbesserung des Ergebnisses des Jahresabschlusses von 100.000 € gerechnet werden. Für eine weitere Verbesserung des Abschlusses wird die Entwicklung der Gewerbesteuer bis zum Jahresende und die Zahlung der letzten beiden Quartale des Einkommensteueranteils maßgeblich sein (s. auch Bericht „Steuerentwicklung“).

Im Bereich der Investitionen kann derzeit noch keine konkrete Aussage zu den Auszahlungen getroffen werden, da ein Großteil der bis zum Jahresende nicht verwendeten Mittel zur Übertragung angemeldet werden wird.

Von der geplanten Kreditermächtigung von rd. 4,5 Mio. € musste bislang kein Gebrauch gemacht werden. Aus den Kreditermächtigungen von Vorjahren in Höhe von rd. 9,8 Mio. € wurden in der ersten Jahreshälfte Kredite in Höhe von 7 Mio. € aufgenommen. Dies führt derzeit zu einem Schuldenstand von rd. 35,5 Mio. €; es verbleibt unter Berücksichtigung der Kürzung der Kreditermächtigung zur Genehmigung der Haushaltssatzung 2011 eine Restkreditermächtigung von 7,3 Mio. €.

Kassenkredite werden im Durchschnitt in Höhe von 3 Mio. € aufgenommen, allerdings regelmäßig nur für Zeiträume von 2 bis 4 Monaten, angepasst an den Liquiditätsbedarf. Der Schuldenstand zum Jahresende ist abhängig vom dem weiteren Baufortschritt der Investitionen und Einzahlungen aus Steuern.

Nachfolgend sind die einzelnen Produkte mit Erläuterungen zu Erträgen, Aufwendungen und den geplanten Investitionsmaßnahmen aufgeführt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11101	Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung	Herr Lattmann / Herr Gercken	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	91	85	111	106	65
Personalaufwand in T€	519	751	489	542	327
Stellenanteil			6,73	6,62	
Bilanzbuchungen in T€	103	-8	-111	-	-

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
1. Geschäftsaufwendungen	17.506,85	17.506,85	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Aufwendungen für Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen waren im Jahr 2008 höher als in den beiden Folgejahren, weil Nachzahlungen für Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates in Höhe von rd. 2.200 € für die Jahre 2005 bis 2008 zu entrichten waren. Seit 2009 gibt es keinen Kinder- und Jugendbeirat mehr. Außerdem haben in 2008 mehr Sitzungen der politischen Gremien stattgefunden. (2008 waren es ca. 75 Sitzungen, 2009 und 2010 jeweils ca. 60 Sitzungen).

Im Jahr 2010 haben sich die Fraktionen der Ratsversammlung auf Kürzungen im Bereich der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder verständigt. Seit der Neuwahl von Ausschüssen am 03.05.2010, sowie erneut am 31.01.2011, gibt es jedoch mehr Ausschussmitglieder und Funktionsträger, die Anspruch auf Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung haben. Zudem wurde die Entschädigungssatzung rückwirkend zum 01.05.2010 geändert, wodurch ebenfalls weitere Personen Anspruch auf Sitzungsgeld haben. Die gewünschten Einsparungen konnten daher nicht erreicht werden. Die Aufwendungen beliefen sich in 2010, wie bereits im Vorjahr, auf rund 90.000 €.

Zum 01.12.2010 wurde die Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung – EntschVO) geändert, sodass seitdem höhere Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder zu leisten sind. Im Bereich der monatlichen Aufwandsentschädigungen ist daher mit Mehraufwendungen in Höhe von ca. 4.000 € pro Jahr zu rechnen, im Bereich der Sitzungsgelder in Höhe von ca. 9.000 € pro Jahr, sodass der Ansatz 2011 voraussichtlich um ca. 13.000 € überschritten wird. Die Deckung erfolgt zum Jahresende im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten. Für die folgenden Jahre sind die Ansätze entsprechend erhöht worden.

Im Jahr 2010 sind die Geschäftsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, u.a. weil Mittel für besondere Beauftragungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer möglichen Verwaltungskooperation mit der Gemeinde Bönningstedt benötigt wurden. Hinzu kamen Versorgungsaufwendungen des Fachbereiches 9 als außerordentlicher Aufwand.

Im Jahr 2011 sind bereits weitere Mittel für besondere Beauftragungen und Prüfaufträge im Zusammenhang mit den geplanten Verwaltungskooperationen mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh angefallen. Dies ist auch im weiteren Verlauf des Jahres zu erwarten. Ferner ist der in 2010 erteilte Auftrag im Zusammenhang mit der Beratung in Sachen „Großküche Quickborner Schulen“ in 2011 kassenwirksam geworden. Er wurde aus dem u. a. hierfür ins Jahr 2011 übertragenen Haushaltsrest beglichen.

Zukünftig sind außerdem die Kosten für die Erstellung von Farbkopien und für die Nutzung von Blackberrys von den jeweiligen Fachbereichen selbst zu tragen und an KommuniT zu erstatten. In 2011 sind hierfür erstmals Abrechnungen (für 2010) erstellt worden.

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,11 erfolgte durch interne Verschiebungen im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11102	Innere Verwaltungsangelegenheiten	Herr Putz	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	478	443	495	555	449
Personalaufwand in T€	458	566	474	431	304
Stellenanteil			7,32	7,32	
Bilanzbuchungen in T€	101	110	105	82	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die höheren Erträge in 2009 haben den Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr verringert (Erstattungen von der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder), dem Kreis Pinneberg und Kommunit). Der steigende Zuschussbedarf in den folgenden Jahren ist vorrangig auf die allgemeine Kostenentwicklung und die Übernahme weiterer Aufgaben (z.B. EDV-Betreuung der Stadtbücherei durch Kommunit, Erhöhung der Umlage) zurückzuführen.

Überplanmäßig wurden 6.000 € für die Anschaffung von Dienst- und Schutzkleidung u.a. für Hausmeister, Reinigungskräfte, Küchenpersonal bereit gestellt. Weitere 2.000 € mussten für Spinde bereitgestellt werden, um die Dienst- und Schutzkleidung für die betroffenen Mitarbeiter/-innen unterzubringen. Die Deckung der insgesamt 8.000 € erfolgte aus Mehrerträgen bei der Grundsteuer B.

Die übrigen Aufwendungen und Erträge liegen im Rahmen der Planung.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste 2010:			
1. Rathaus, Erweiterung Polizei, Planung und Bau abzgl. überplanm. Ausgabe	1.210.000,00 -738.800,00	0,00	471.200,00
2. Rathaus, zentrale Gebäude- leittechnik	15.500,00	0,00	15.500,00

Erläuterungen zu den Resten

Reste 2010:	
1. Rathaus, Erweiterung Polizei, Planung und Bau abzgl. überplanm. Ausgabe	Die Überlegungen zu dieser Maßnahme werden erst 2013/2014 wieder aufgenommen. In der Ratsversammlung am 28.02.2011 wurde eine überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme „Sanierung Altbau Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium“ (235.000 €), in der Ratsversammlung am 09.05.2011 eine überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme „Sanierung Aula-Gebäude ehem. Heinrich-Hertz-Realschule“ (500.000 €) sowie eine überplanmäßige Ausgabe für die Maßnahme „Lagercontainer Außensportanlage Mühlenberg“ (3.800 €) beschlossen. Die Deckungen dafür wurden jeweils aus der Maßnahme „Rathaus, Erweiterung Polizei“ zur Verfügung gestellt.
2. Rathaus, zentrale Gebäude- leittechnik	Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Aufgrund EDV-technischer Änderungen besteht ein Zeitverzug in den abhängigen Projekten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11103	Rechtsamt	Herr Knees	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	105	28	63	98	45
Personalaufwand in T€	176	153	182	180	112
Stellenanteil			3,00	3,00	
Bilanzbuchungen in T€	62	-131	1	-50	-3

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Neubauten, Sanierungen und Ausbau der städtischen Einrichtungen insbesondere im Schulsektor (Comenius-Schule, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Comenius- und Lilli-Henoch-Sporthalle und Kauf des Objektes Marktstraße 7 haben sich die Versicherungsbeiträge hinsichtlich der Gebäude- und Inhaltsversicherung erhöht.

Bei den Gerichts- und Anwaltskosten haben sich außerplanmäßig Rechtsberatungskosten zu den geplanten Baumaßnahmen „Höchstspannungsleitungen“ und „Ausbau der A7 zur sechsspurigen Autobahn“ ergeben.

Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen resultieren aus der Bildung und Auflösung der in jedem Jahr unterschiedlichen Verfahrensrückstellung. In 2009 kommt weiterhin ein Ertrag aus der Auflösung einer Sicherheitsleistung von 140.000 € für den Bau der Abbiegespur Friedrichsgaber Weg hinzu.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11104	Finanzverwaltung	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-33	-33	-56	-45	-32
Personalaufwand in T€	273	201	277	267	167
Stellenanteil			5,35	5,05	
Bilanzbuchungen in T€	42	12	25	-	3

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2010 konnten mit rd. 60.000 € rd. 10.000 € mehr Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren eingenommen werden als in den beiden Vorjahren. Weiterhin sind in 2010 die Geschäftsaufwendungen um rd. 7.000 € im Vergleich zu den beiden Vorjahren gesunken. Im Jahr 2008 fielen noch Aufwendungen für die Doppik-Umstellung an, im Jahr 2009 führten die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B (Bescheiddruck und Versand) und die 2 Informationsveranstaltungen zur Haushaltslage der Stadt zu höheren Aufwendungen.

Im Jahr 2011 liegt der Ansatz für Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren um 5.000 € unter dem Rechnungsergebnis des Jahres 2010. Zur Jahresmitte konnten allerdings schon rd. 37.000 € realisiert werden, so dass der Ansatz von 55.000 € voraussichtlich überschritten wird.

Beim Stellenanteil wurden 0,3 Stellenanteile bei der Geschäftsbuchhaltung reduziert.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11105	Liegenschaftsverwaltung	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	212	16	43	-187	-71
Personalaufwand in T€	955	997	242	594	142
Stellenanteil			6,26	6,76	
Bilanzbuchungen in T€	-48	42	54	-199	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im RE 2008 wurden u.a. Abrisskosten für Schwarzbauten, Anlagen Sicherheitsbeleuchtung, die Dachsanierung Haus Roseneck, DV-Entgelte an Dritte sowie die Verlustzuweisung Sport- und Begegnungsstätte Quickborn (SBQ) verbucht. Die Maßnahmen sind abgeschlossen.

Der Ansatz 2011 beinhaltet einen Ertrag von 200 T€ für den geplanten Grundstücksverkauf Talstraße. Die Grundstückskaufverträge sind beurkundet. Die Kaufpreiszahlungen erfolgen im zweiten Halbjahr.

Die Stellenanteile haben sich um 0,5 im Bereich der Hausmeister erhöht.

Bei den Bilanzbuchungen wurden im Jahr 2011 zentral bei 11105 die Aktivierung von Eigenleistungen von 200 T€ veranschlagt. Diese werden im Rahmen des Jahresabschlusses auf die einzelnen Produkte verteilt.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Gemeindestraßen, Pauschale Planung	10.000,00	0,00	10.000,00
2. Erwerb von Grundstücken	380.000,00	37.550,80	342.449,20
Rest 2010:			
3. Erwerb von Grundstücken	63.487,73	63.487,73	0,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Gemeindestraßen, Pauschale Planung	Aufträge zur Überprüfung des Straßenaufbaus der Heidkampstraße und des Harksheider Wegs sind bereits erteilt, jedoch bis zum Stichtag 01.07. noch nicht kassenwirksam geworden.
2. Erwerb von Grundstücken	Die Verhandlungen über den Erwerb von weiteren Grundstücken werden im zweiten Halbjahr fortgeführt.
Rest 2010:	
3. Erwerb von Grundstücken	Die übertragenen Mittel sind ausgegeben (Grunderwerb für die Schulhof- erweiterung am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium).

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11107	Gleichstellungsbeauftragte	Frau Glock-Pick	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	4	4	6	8	3
Personalaufwand in T€	24	12	25	22	10
Stellenanteil			0,50	0,50	
Bilanzbuchungen in T€	-19	-1	1	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Gleichstellungsbeauftragte verfügt in der Regel über keine Erträge, d.h. die Aufwendungen sind fast ausschließlich über einen Zuschuss aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12100	Statistik und Wahlen	Herr Dentzin	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	7	-1	9	10	0
Personalaufwand in T€	5	10	34	14	10
Stellenanteil			1,10	1,10	
Bilanzbuchungen in T€	1	-1	7	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die im Jahr 2010 entstandenen Wahlkosten für die Bürgermeisterwahl mit Stichwahl sind genauso wie die Kosten für die Kommunalwahlen in 2008 zu 100 % von der Stadt zu tragen. Eine Wahlkostenerstattung (im Gegensatz zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen) gibt es nicht.

Der Ansatz in 2011 wird nicht benötigt, da in 2011 keine Wahlen stattfinden.

Bei den Bilanzbuchungen 2010 von 7 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12201	Ordnungsaufgaben	Frau Lohse	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-36	-27	-30	-21	-15
Personalaufwand in T€	256	219	245	227	146
Stellenanteil			5,63	5,63	
Bilanzbuchungen in T€	33	21	6	3	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

- Die Erträge aus Bußgeldern sanken von 2009 zum Jahr 2010 um rd. 10.000 €, da 2 Mitarbeiter länger erkrankt waren.
- Dagegen waren im Jahr 2009 vermehrt Aufwendungen für die Unterbringung von als gefährlich eingestuften Hunden und die Entsorgung von Altfahrzeugen und Wohnwagen zu leisten.
- Im investiven Bereich wurde für Verkehrszählungen ein Messgerät im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe mit einem Betrag von 2.472,82 € im August angeschafft. Die Maßnahme wurde durch Mehreinzahlungen durch den Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen gedeckt. Für die Versicherung des Gerätes wurde eine überplanmäßige Ausgabe von 84,95 € bewilligt. Die Deckung erfolgt aus dem Ansatz für Versicherungen der Comenius-Schule Quickborn (Produkt 21600).

Die Beträge bei den Bilanzbuchungen resultieren aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrückstellung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12202	Melde- und Personenstandswesen	Herr Dentzin	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-42	-53	-75	-53	-45
Personalaufwand in T€	495	545	403	452	182
Stellenanteil			8,87	8,87	
Bilanzbuchungen in T€	9	-26	-1	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Verwaltungsgebühren haben sich von ca. 124.000 € in 2009 auf ca. 145.000 € in 2010 erheblich erhöht. Dieses hängt neben zusätzlichen Standesamtsgebühren (u.a. Eheschließungen außerhalb der Öffnungszeiten) maßgeblich von einer verstärkten Nachfrage nach dem „alten“ (d.h. noch vor dem 01.11.2010) sowie nach dem deutlich teureren neuen Personalausweis (ab 01.11.2010 u.a. in Checkkartenformat) ab; zumal die Beschaffungskosten von ca. 63.000 € auf ca. 67.000 € nur leicht angestiegen sind (Ansatz 2011: 80.000 €).

Der Wegfall von Druck und Versand der Lohnsteuerkarten führt zu einer Ersparnis von ca. 5.000 €. Der Betrag wird in 2011 nicht benötigt.

2011: Die Nachfrage nach Dienstleistungen sowie auch die erhebliche Erhöhung der Gebühren für den neuen Personalausweis (wobei auch gleichzeitig die Beschaffungskosten - aber nicht in gleichen Maßen wie die Gebührenerhöhung - angestiegen sind) führen in 2011 voraussichtlich zu einer weiteren Ertragserhöhung bei den Verwaltungsgebühren. Es besteht jedoch eine höhere Unterdeckung als zuvor, weil der Arbeitsaufwand (Personalkosten) erheblich gestiegen ist.

Bei den Bilanzbuchungen 2009 konnte ein Teil der Urlaubs- und Überstundenrückstellung aufgelöst werden; dies führte zu Erträgen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12600	Brandschutz	Frau Lohse	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	76	106	155	172	92
Personalaufwand in T€	159	155	190	162	76
Stellenanteil			3,45	3,45	
Bilanzbuchungen in T€	56	72	111	176	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

1. Im Jahr 2008 konnten rd. 72.300 € an Benutzungsgebühren für Feuerwehreinsätze erzielt werden, 2009 rd. 25.000 € und im Jahr 2010 rd. 8.000 €.
2. Aus der Veräußerung von 2 Fahrzeugen (Unimog und Mannschaftstransportwagen) der Feuerwehr konnte 2010 ein Gesamtbetrag von 21.171 € erzielt werden.
3. Das Ceranfeld und der Gefrierschrank in der Küche sind altersbedingt ausgefallen und mussten im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.116 € ersetzt werden. Die Deckung der Auszahlungen erfolgte durch Mehreinzahlungen aus dem Verkauf der Feuerwehrfahrzeuge.
4. Der Fernmeldetisch in der Zentrale der Feuerwehr musste aufgrund seines Alters und eines Schadens ersetzt werden. Als außerplanmäßige Ausgabe wurde für 3.450 € ein gebrauchter Tisch incl. Zubehör angeschafft. Die Deckung der Auszahlungen erfolgte durch Mehreinzahlungen aus dem Verkauf der Feuerwehrfahrzeuge.
5. Die bis zum 1. Halbjahr 2011 getätigten Aufwendungen und eingegangenen Erträge entsprechen der Planung für dieses Jahr.

Bei den Bilanzbuchungen erhöhen sich aufgrund der getätigten Investitionen die Abschreibungen.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Brandschutz, Inventar und Geräte (zzgl. Rest 2010)	24.796,60	9.926,25	14.870,35
2. Hilfeleistungslöschfahrzeug	350.000,00	69.796,00	280.204,00
3. Feuerwache EDV	15.000,00	0,00	15.000,00
4. Einsatzleitwagen - Ersatz- fahrzeug, außerplanm. Aus- gabe	9.000,00	8.940,00	60,00
Reste 2010:			
5. Schutzkleidung	160.078,26	154.940,46	5.137,80
6. Sanierung Feuerwache	1.297.459,73	366.516,76	930.942,97
7. Küche Feuerwache	13.200,00	10.670,00	2.530,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Brandschutz, Inventar und Geräte	Die Mittel werden im 2. Halbjahr für Anschaffungen benötigt, die nach Fertigstellung des Ausbaus der Innenräume der Wache benötigt werden.
2. Hilfeleistungslöschfahrzeug	Die Lieferung des Fahrzeugs erfolgte am 29. Juni 2011. Die Zahlung der Rechnung erfolgt im 2. Halbjahr.

Finanzbericht

3. Feuerwache EDV	Lieferung und Rechnungsstellung im 2. Halbjahr
4. Einsatzleitwagen - Ersatzfahrzeug, außerplanm. Ausgabe	Der Bericht des TÜV Nord zum Einsatzleitwagen (ELW 1) beinhaltete so erhebliche Mängel, dass das Fahrzeug, das aus dem Jahr 1997 stammt, sofort aus dem Dienstbetrieb genommen werden musste. Die Feuerwehr benötigte jedoch ein mehrsitziges Fahrzeug für den Transport der Einsatzkräfte. Daher wurde das Fahrzeug durch einen gebrauchten VW Caddy 7-Sitzer ersetzt. Die Deckung der Kosten in Höhe von 8.940 € der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch Einsparungen beim Kauf der Waschmaschine und des Trockners sowie Erträgen aus der Grundsteuer B.
Reste 2010:	
5. Schutzkleidung	Die Kleinteile der Schutzbekleidung werden im 2. Halbjahr bestellt und bezahlt.
6. Sanierung Feuerwache	Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Oktober 2011 beendet sein.
7. Küche Feuerwache	Die Küche ist wegen des Ausbaus der Innenräume der Wache noch nicht vollständig geliefert.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21100	Grundschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	430	417	349	340	253
Personalaufwand in T€	83	84	257	180	140
Stellenanteil			5,99	6,12	
Bilanzbuchungen in T€	73	78	86	201	84

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf ist sinkend, da große Unterhaltungsmaßnahmen in den Grundschulen abgeschlossen wurden, z.B. bekam die Turnhalle der Grundschule Waldschule 2008 einen neuen Hallenfußboden.

Von 2009 auf 2010 sank der Ansatz der Bewirtschaftungskosten für die Grundschule Waldschule und die Grundschule Goethe-Schule um insgesamt 50.000 €, da die beiden Turnhallen, dem Produkt 42401 „Sporthallen und Außensportanlagen“ zugeordnet wurden.

Die Erhöhung des Stellenanteils setzt sich zusammen aus 0,03 Stellen Sachbearbeitung und 0,1 Stellen Gebäudeleittechnik.

Bei den Bilanzbuchungen sind zum Haushalt 2011 Aufwendungen aus Verrechnungszuschüssen für die Nutzung der Sporthallen durch die Schulen hinzugekommen und Abschreibungen aus der fertig gestellten Sanierung der Grundschule Mühlenberg.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Grundschule Mühlenberg, Zuweisung Konjunkturpro- gramm II	718.900,00	566.691,64	152.208,36
Reste 2010:			
2. Grundschule Waldschule, Zentrale Gebäudeleittechnik	19.500,00	0,00	19.500,00
3. Grundschule Mühlenberg, energetische Sanierung	256.811,59	71.952,69	184.858,90
4. Grundschule Goethe-Schule Sanierung	13.308,69	4.122,83	9.185,86

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Grundschule Mühlenberg, Zuweisung Konjunkturpro- gramm II	Die bisher bewilligte Förderung in Höhe von 629.657,38 € wurde mit Bescheid vom 20.06.11 um 45.813,20 € auf insgesamt 675.470,58 € erhöht. Der noch nicht ausgezahlte Zuschussanteil wird nach Vorlage des Verwendungsnachweises angewiesen.
Reste 2010:	
2. Grundschule Waldschule, Zentrale Gebäudeleittechnik	Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Durch EDV-technische Änderungen besteht ein Zeitverzug in den abhängigen Projekten.
3. Grundschule Mühlenberg, energetische Sanierung	Die Maßnahme steht kurz vor dem Abschluss. Kleinere Restarbeiten sowie Schlusszahlungen stehen noch aus.
4. Grundschule Goethe-Schule Sanierung	Kleinere Sanierungsarbeiten stehen noch aus.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21200	Hauptschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	145	135	168	-10	-6
Personalaufwand in T€	103	116	227	66	44
Stellenanteil			3,19	1,27	
Bilanzbuchungen in T€	33	34	25	11	11

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2011 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2010:			
1. Hochbauunterhaltung	41.743,17	41.743,17	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Zusammenlegung der Erich Kästner-Schule und der Heinrich-Hertz-Realschule (neues Produkt 21600 „Regionalschule“) ist der Zuschussbedarf für 2011 gesunken. 2010 wurde mit der Sanierung der Erich Kästner-Schule (ab 2011: Produkt 21600) begonnen.

Unter dem Produkt 21200 befindet sich nur noch die Ganztagschule. Zum Haushalt 2012 wird die Ganztagschule ebenfalls dem Produkt 21600 zugeordnet.

Zum Haushalt 2011 wurden die Personalaufwendungen der Erich Kästner-Schule der Comenius-Schule Quickborn zugeordnet. Verblieben sind noch die Aufwendungen für die offene Ganztagschule, die zum Haushalt 2012 dem Produkt 21600 „Comenius-Schule Quickborn“ zugeordnet werden.

Der übertragene Rest wurde ausgegeben für den Umbau des bisherigen Lehrerzimmers in zwei neue Klassenräume im ehemaligen Hauptschulgebäude.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2011 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2010:			
1. Erich Kästner-Schule, Ge- bäudeleittechnik	15.000,00	0,00	15.000,00

Erläuterungen zu den Resten

Rest 2010:	
1. Erich Kästner-Schule, Ge- bäudeleittechnik	Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Durch EDV-technische Änderungen besteht ein Zeitverzug in den abhängigen Projekten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21500	Realschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	206	190	326	122	71
Personalaufwand in T€	52	53	254	85	42
Stellenanteil			4,33	2,36	
Bilanzbuchungen in T€	27	44	83	109	63

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf ist 2011 durch die Gründung der Comenius-Schule Quickborn gesunken. Die Ansätze der ehem. Heinrich-Hertz-Realschule werden ab 2011 in dem Produkt 21600 „Regionalschule“ veranschlagt. Es verbleiben die Ansätze für die Realschule Heidkamp.

Gleiches gilt für die Stellenanteile und die Personalaufwendungen.

Die Bilanzbuchungen, die die Heinrich-Hertz-Realschule betreffen, werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses auf die Comenius-Schule Quickborn übertragen. Die Erhöhungen in den Jahren resultieren aus höheren Abschreibungen durch getätigte Investitionen und der Aufnahme eines Verrechnungszuschusses bei der Realschule Heidkamp für die Nutzung der Sporthalle.

Investitionen	Ansatz 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Realschule Heidkamp / Schulzentrum Süd, Sanierung abzgl. überplanm. Ausgabe	340.000,00 -200.000,00	26.769,04	113.230,96

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Realschule Heidkamp / Schulzentrum Süd, Sanierung abzgl. überplanm. Ausgabe	<p>Die Maßnahme ist in der Ausführung. In der ehemaligen Realschule Heidkamp ist der Umbau der Lehrküche zu einer Ausgabeküche abgeschlossen worden.</p> <p>In der Ratsversammlung am 09.05.2011 wurden überplanmäßig Mittel für die Baumaßnahme „Sanierung Heinrich-Hertz-Realschule“ bewilligt. Die Deckung dafür wurde u.a. aus der Baumaßnahme „Sanierung Realschule Heidkamp / Schulzentrum Süd“ bereitgestellt (vgl. auch Produkt 21600 „Regionalschule“).</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21600	Regionalschule	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	0	0	-95	264	343
Personalaufwand in T€	0	0	0	164	123
Stellenanteil			2,62	7,03	
Bilanzbuchungen in T€	0	-21	14	206	122

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für 2010 sind dem Produkt 21600 „Regionalschule“ die Schulkostenbeiträge (Fälligkeit: September) zugeordnet worden. Da dem jedoch nur geringe Aufwendungen (ab August wurden erst Aufwendungen geplant) gegenüberstanden, sind bei dem Produkt mehr Erträge als Aufwendungen vorhanden.

Für 2011 sind die Produkte 21201 „Erich Kästner-Schule“ und 21502 „Heinrich-Hertz-Realschule“ hier zusammengefasst.

Zum Stichtag 01.07. ist der Großteil der Erträge noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2011 erfolgt.

Überplanmäßige Ausgabe bei 21600-783100 von rd. 5.500 € für die Anschaffung von 2 Smart-Board im Zusammenhang mit dem Umbau des Lehrerzimmers der ehemaligen Erich Kästner-Schule zu 2 Klassenräumen. Die Deckung erfolgte aus Mitteln der Hochbauunterhaltung.

Die Stellenanteile in 2010 setzen sich zusammen aus der Projektplanung, der Fachbereichsleitung Bildung und Anteilen des Fachbereiches Liegenschaften für die Durchführung des Neubauprojektes. In 2011 kommen dann auch die Schulsekretärinnen, Sachbearbeitung Fachbereich Bildung und Sozialpädagogen hinzu.

In den Bilanzpositionen finden sich die ersten Beträge für die Abschreibung des Neubaus und die Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Ausstattung	125.000,00	7.266,32	117.733,68
2. HHRS Sanierung zzgl. überplanm. Ausgabe	1.756.500,00 1.495.000,00	15.553,39	3.235.946,61
3. Außenanlagen	267.400,00	3.023,37	264.376,63
4. Leitungen	250.000,00	0,00	250.000,00
5. Zuweisung Konjunkturpro- gramm II (Haus 5)	728.000,00	0,00	728.000,00
6. energetische Sanierung (Haus 5) (K II)	180.000,00	0,00	180.000,00
Reste 2010:			
7. Neubau	21.636,03	21.635,09	0,94
8. Leitungen	15.570,77	208,56	15.362,21
9. energetische Sanierung	376.055,39	74.936,93	301.118,46
10. Dachsanierung Aula	826.797,87	77.122,87	749.675,00

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Ausstattung	Die Ausstattung steht im direkten Zusammenhang mit der Sanierungsmaßnahme, die erst 2012 abgeschlossen wird.
2. HHRS Sanierung zzgl. überplanm. Ausgabe	<p>Die Planungsarbeiten stehen vor dem Abschluss. Auf die aktuellen Erörterungen im Zusammenhang mit der Schadstoffsanierung wird verwiesen.</p> <p>Im Rahmen der Planung wurde festgestellt, dass die Arbeiten am Gebäude umfangreicher werden, als ursprünglich angenommen und die Notwendigkeit dafür auch dringend gegeben ist. Das führt zu erheblichen Mehrkosten.</p> <p>Die Ratsversammlung hat am 09.05.2011 einer überplanmäßigen Ausgabe von 1.495.000 € für die Sanierung des Hauses 1 der ehemaligen Heinrich-Hertz-Realschule zugestimmt. Die Deckung erfolgte aus:</p> <p>500.000 € Erweiterung Anbau Rathaus (Haushaltsrest) 500.000 € Eigenkapitalzuführung Sparte Telekommunikation 200.000 € Realschule Heidkamp, Sanierung 110.000 € Verschleißdeckensanierung 20.000 € Sporthalle Heidkamp, Sanierung 165.000 € Grundstückserlöse</p> <p>Hinzu kommt die Zustimmung zu einer überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung von 500.000 € zu Lasten der Sanierung der Realschule Heidkamp.</p>
3. Außenanlagen	Die Arbeiten stehen in Abhängigkeit zu den Arbeiten im Hochbaubereich. Voraussichtlich im Herbst 2011 wird die Fläche zwischen der Sporthalle und dem Neubau gestaltet, die Flächen zwischen Haus 1 und 2 folgen voraussichtlich in 2012.
4. Leitungen	Die Arbeiten stehen in Abhängigkeit zu den Arbeiten im Hochbaubereich. Ausführungsbeginn ist voraussichtlich im Herbst 2011.
5. Zuweisung Konjunkturprogramm II (Haus 5)	Der Betrag wurde zwischenzeitlich angefordert.
6. energetische Sanierung (Haus 5) (K II)	Die Maßnahme befindet sich vor dem Abschluss.
Reste 2010:	
7. Neubau	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
8. Leitungen	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung in Anspruch genommen.
9. energetische Sanierung	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung in Anspruch genommen
10. Dachsanierung Aula	Die Dachsanierung Aula gehört zur Maßnahme „Sanierung HHRS“ (Vgl. dazu Nr. 2.) Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung ausgegeben.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21700	Gymnasien	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	6	17	0	129	522
Personalaufwand in T€	76	85	370	257	143
Stellenanteil			5,85	7,02	
Bilanzbuchungen in T€	135	34	217	396	222

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2010:			
1. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Grundausstat- tung	48.779,69	48.779,69	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf ist für 2011 gestiegen, da die bauliche Unterhaltung für das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium um ca. 100.000 € erhöht wurde. Für die Einrichtung des Neubaus Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sind 30.000 € im Ergebnishaushalt eingestellt worden (hierfür wurde der Ansatz entsprechend im Finanzplan gekürzt).

Zum Stichtag 01.07. ist der Großteil der Erträge noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2011 erfolgt.

Aufgrund des Neubaus und der Sanierung kommen in 2011 Stellenanteile für die Projektleitung und aus dem Fachbereich Bildung hinzu.

In den Bilanzpositionen sind Beträge für die Abschreibung von Investitionen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und dem Elsensee-Gymnasium sowie die Verrechnungszuschüsse beider Schulen für die Nutzung der Sporthallen enthalten.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Ausstattung zzgl. überplanm. Ausgabe	125.000,00 28.000,00	0,00	153.000,00
2. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Sanierung zzgl. überplanm. Ausgabe	1.773.000,00 235.000,00	0,00	2.008.000,00
3. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Neubau zzgl. Schadenersatzleistung	50.000,00 10.016,36	0,00	60.016,36
4. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Außenanlagen zzgl. Haushaltsrest 2010	160.000,00 6.059,09	0,00	166.059,09
5. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Zuweisung Land Mensa	604.000,00	0,00	604.000,00
6. Dietrich-Bonhoeffer- Gymnasium, Zuweisung Kreis Sanierung	457.300,00	0,00	457.300,00

Finanzbericht

7. Elsensee-Gymnasium, Trafostation	60.000,00	0,00	60.000,00
Reste 2010:			
8. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung	106.836,66	95.333,20	11.503,46
9. Dietrich- Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung und energetische Sanierung	1.832.288,70	1.077.387,94	754.900,76
10. Dietrich Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	2.359.677,54	1.926.877,95	432.799,59

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

<p>Investitionen:</p> <p>1. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung zzgl. überplanm. Ausgabe</p> <p>2. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung zzgl. überplanm. Ausgabe</p> <p>3. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau zzgl. Schadenersatzleistung</p> <p>4. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen zzgl. Haushaltsrest 2010</p> <p>5. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Zuweisung Land Mensa</p> <p>6. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Zuweisung Kreis Sanierung</p> <p>7. Elsensee-Gymnasium, Trafostation</p> <p>Reste 2010:</p> <p>8. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung</p> <p>9. Dietrich- Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung und energetische Sanierung</p> <p>10. Dietrich Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau</p>	<p>Die Aufträge sind bereits erteilt. Überplanmäßig wurden 28.000 € für die Neuausstattung der Physikräume im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium bereit gestellt. Die Deckung erfolgt aus ersparten Mitteln für die Grundausrüstung der Comenius-Schule Quickborn. Die Ratsversammlung hat am 27.06.2011 zugestimmt.</p> <p>Mit der Sanierung des Altbaus ist Anfang 2011 begonnen worden. Die Maßnahme soll im Frühjahr 2012 abgeschlossen werden. Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 28.02.2011 überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 235.000 € für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Altbausanierung beschlossen (z.B. Fußböden Schadstoffsanierung, Wandverkleidung Info-Zentrum). Die Deckung erfolgt aus der Maßnahme „Rathaus, Erweiterung Polizei“ (vgl. auch 11102 „Innere Verwaltungsangelegenheiten“).</p> <p>Der Neubau wurde im Februar 2011 für den Schulbetrieb freigegeben. Derzeit laufen noch kleinere Restarbeiten.</p> <p>Es wurden u.a. die Aufträge für die Flächen „Eingangsbereich DBG und Sporthalle“ sowie „Müllhaus“ und „Fahrradstellplätze“ erteilt.</p> <p>Es ist noch nicht abzusehen, ob die Fördermittel in 2011 ausgezahlt werden.</p> <p>Der Zuschuss konnte noch nicht angefordert werden, da die notwendigen Vorbereitungen (Energiecontrolling) noch nicht abgeschlossen sind.</p> <p>Die Arbeiten wurden ausgeführt. Es steht noch die Rechnung der Stadtwerke GmbH aus, welche angefordert wurde.</p> <p>Die noch verfügbaren Mittel werden im 2. Halbjahr 2011 ausgegeben.</p> <p>Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung in Anspruch genommen.</p> <p>Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung in Anspruch genommen.</p>
--	---

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
22100	Sonderschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-15	-22	3	-14	24
Personalaufwand in T€	30	28	93	31	40
Stellenanteil			1,75	1,81	
Bilanzbuchungen in T€	-1	-6	1	28	32

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2010 führten erhöhte Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen an der Ernst-Barlach-Schule zu einer Änderung im Zuschussbedarf. Zum Stichtag 01.07. ist der Großteil der Erträge noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2011 erfolgt.

Bei den Stellenanteilen sind 0,01 Stellen Sachbearbeitung Bildung und 0,05 Stellen für die Gebäudeleittechnik hinzugekommen.

Bei den Bilanzzahlen handelt es sich in erster Linie um Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle, Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Aktivierung von Eigenleistungen.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2010: 1. Ernst-Barlach-Schule, Sanie- rung	58.500,07	24.692,50	33.807,57

Erläuterungen zu den Resten

Reste 2010: 1. Ernst-Barlach-Schule, Sanie- rung	Folgende Restarbeiten sind noch auszuführen: Verkabelung (Sicherheitsbeleuchtung, Hausalarmierung) mit der Gebäudeleitzentrale der Comenius-Schule sowie Herrichten einer Außenbeleuchtung.
---	---

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24100	Schülerbeförderung	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	129	113	131	129	-81
Personalaufwand in T€	0	0	7	4	3
Stellenanteil			0,13	0,15	
Bilanzbuchungen in T€	-1	-	-	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Bereich der Schülerbeförderung gibt es immer einen schwankenden Bedarf durch Veränderung der Schülerzahlen. 2009 ist der Zuschussbedarf etwas geringer ausgefallen, da der Kreis Pinneberg für 2008 eine Nachzahlung (außerordentlicher Ertrag) leisten musste. Die Aufwendungen und Erträge für 2011 bewegen sich im Rahmen der Planung.

0,02 Stellenanteile sind im Bereich der Sachbearbeitung Bildung durch interne Verschiebungen hinzugekommen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24300	Sonstige schulische Angelegenheiten	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	148	237	304	283	20
Personalaufwand in T€	199	225	12	122	3
Stellenanteil			0,12	0,12	
Bilanzbuchungen in T€	19	-16	-9	45	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich zum einen durch eine Erhöhung der Schulkostenbeiträge Quickborner Kinder, die auswärtige Schulen besuchen und zum anderen durch eine Umschichtung von Mitteln vom Finanzplan zum Ergebnisplan für die Beschaffung von Schülermobiliar und EDV unter 150 € (Pauschalbeträge). Zum Stichtag 01.07. ist der Großteil der Aufwendungen noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2011 erfolgt.

Bei den Bilanzbuchungen wurden in 2008 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (Urlaubs- und Überstundenrückstellungen) getätigt, die in 2009 zu einem Großteil wieder aufgelöst worden sind. In 2011 wurden die Abschreibungen für die Pauschalbeträge Schülermobiliar, EDV an Schulen und Inventar und Geräte veranschlagt. Eine Aufteilung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses nach den aktivierten Investitionen bei den jeweiligen Schul-Produkten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24310	Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	0	0	0	-25	11
Personalaufwand in T€	0	0	0	96	28
Stellenanteil			0,00	3,28	
Bilanzbuchungen in T€	0	0	0	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Derzeit liegen die Erträge noch nicht auf dem für dieses Jahr geplanten Niveau, was durch die deutlich verzögerte Betriebsaufnahme und die Anlaufphase insbesondere in der Comenius-Schule bedingt ist.

Abzuwarten bleibt die Entwicklung im Elsensee-Gymnasium, das am 01.07. mit der Mittagsverpflegung startet.

Spätestens im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten werden die Gebäudeanteile und Inventare für den Betrieb der Küche und der Mensen in den Schulen diesem Produkt zugeordnet und entsprechend abgeschrieben. Bisher liegen noch nicht alle Schlussrechnungen vor.

Investitionen	Ansatz 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Inventar und Geräte, Fahrzeug, Ausgabeterminals	20.000,00	19.989,86	10,14

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:

1. Inventar und Geräte, Fahrzeug, Ausgabeterminals

Das Fahrzeug, die Ausgabeterminals und Inventare für die Mittagsversorgung wurden beschafft.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
26200	Musikpflege	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	8	7	7	6	0
Personalaufwand in T€	3	2	2	3	1
Stellenanteil			0,03	0,03	
Bilanzbuchungen in T€	6	6	5	5	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse, die zum 01.07.2011 noch nicht gebucht worden sind.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
26300	Musikschulen	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	29	31	29	30	15
Personalaufwand in T€	0	0	1	1	1
Stellenanteil			0,03	0,03	
Bilanzbuchungen in T€	74	73	75	75	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse, die zum 01.07.2011 noch nicht gebucht worden sind.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
27100	Volkshochschule	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-78	-122	-205	-122	-57
Personalaufwand in T€	192	204	255	233	118
Stellenanteil			1,75	2,13	
Bilanzbuchungen in T€	-4	-3	-2	2	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch wachsende Entgelte (in erster Linie Hörerentgelte) verringert sich der Zuschussbedarf. In 2011 stehen erhöhte Aufwendungen von rd. 60.000 € für die Anmietung, Ausstattung und Bewirtschaftung weiterer Räume im Forum dagegen.

Die Steigerung der Anteile um 0,38 Stellen resultiert aus der Erweiterung des Angebots für die Weiterbildung. Im Gegenzug konnten die Hörerentgelte gesteigert werden.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Volkshochschule.

Investitionen	Ansatz 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2011 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. VHS Elektroinstallation	15.000,00	0,00	15.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. VHS Elektroinstallation	Die durch die Stadt Quickborn zu übernehmenden Aufträge wurden zwischenzeitlich erteilt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
27200	Bücherei	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	153	141	152	157	115
Personalaufwand in T€	157	155	161	151	64
Stellenanteil			3,31	3,31	
Bilanzbuchungen in T€	2	7	-15	8	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der niedrigere Zuschussbedarf 2009 ergab sich u.a. durch Mehrerträge bei dem Zuschuss des Büchereiver-eins.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Bücherei, in 2010 erga-ben sich Erträge aus der Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Investitionen	Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2010:			
1. Mediensicherung	24.470,29	0,00	24.470,29

Erläuterungen zu den Resten

Rest 2010:	
1. Mediensicherung	Die Anschaffung ist im 2. Halbjahr 2011 vorgesehen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
28100	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	36	33	32	35	11
Personalaufwand in T€	127	46	74	51	37
Stellenanteil			1,67	1,27	
Bilanzbuchungen in T€	16	7	36	28	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Der Anteil einer Sachbearbeiterstelle im Fachbereich Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen wurde um 0,4 reduziert.

Die Bilanzbuchungen setzen sich in erster Linie aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Zuschussgewährungen an Dritte zusammen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31100	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-95	-87	-109	-56	-33
Personalaufwand in T€	162	156	174	192	109
Stellenanteil			2,94	2,94	
Bilanzbuchungen in T€	-133	5	-94	-	3

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2010 wurden in einem Alt-BSHG-Fall vom Kreis Pinneberg 30.000 € Stadtanteil überwiesen.

Die tatsächlichen Erträge aus den Vorjahren für Säumniszuschläge, Vollstreckungskosten u.ä. von vormals über 15.000 € sind nicht kalkulierbar, so dass der Ansatz in 2011 gegenüber dem Rechnungsergebnis 2010 reduziert wurde.

2011: Der Ansatz bei den Erträgen wird voraussichtlich deutlich überschritten. Dieses hängt zu einem mit der erhöhten Rückzahlung von BSHG-Leistungen (u.a. durch Sicherung einer Grundschuld) und zum anderen mit nicht kalkulierbaren zusätzlichen Erträgen bei den Säumniszuschlägen zusammen. Auch hat sich die Fallkostenpauschalerstattung des Kreises erhöht.

Bei den Bilanzbuchungen kam es in 2008 und 2010 zu Erträgen aus der Pensionsrückstellung. Diese wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31200	Grundsicherung f. Arbeitssuchende SGB II	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	297	316	325	340	299
Personalaufwand in T€	-93	-26	13	85	40
Stellenanteil			20,06	19,06	
Bilanzbuchungen in T€	-164	-3	13	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Stadtanteil an den Kosten der Unterkunft ist seit 2008 von ca. 300.000 € in 2009 auf 316.000 € und 2010 auf 325.000 € angestiegen.

Da die Fallzahlen/Kosten nach dem SGB II gegenüber dem Vorjahr stagnieren, wird der Ansatz 2011 von 340.000 € voraussichtlich um 15.000 € auf dem Niveau des Rechnungsergebnisses 2010 in Höhe von 325.000 € unterschritten.

Die Personalaufwendungen ergeben sich aus Aufwendungen für das Personal, das bei der ArGe beschäftigt ist und denen Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüberstehen. Da hierzu auch die Erstattung eines Verwaltungskostenanteils gehört, sind die Aufwendungen in diesem Produkt niedriger als die Erstattungen.

Bei den Bilanzbuchungen kam es in 2008 zu Erträgen aus der Pensionsrückstellung, in 2010 mussten rd. 13.000 € zugeführt werden. Die Rückstellung wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31501	Beseitigung von Obdachlosigkeit	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.2011
Sachaufwand in T€	13	-3	2	16	16
Personalaufwand in T€	41	42	44	42	19
Stellenanteil			0,52	0,52	
Bilanzbuchungen in T€	7	8	12	6	-

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
Abrisskosten Feldweg	48.000,00	36.613,92	11.386,08

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Erträge (u.a. Nutzungsentgelte in den städtischen Unterkünften) konnten gegenüber 2008 (30.000 €) in 2009 auf 36.000 € und 2010 auf 38.000 € erhöht werden. Durch den Leerstand im Feldweg werden sich voraussichtlich die Nutzungsentgelte in 2011 auf 30.000 € reduzieren.

Auf der Aufwandsseite hat und wird sich der Unterhaltungsaufwand der Gebäude im Bereich der vorhandenen Unterkünfte erhöhen (Erneuerungen Sanitär- und Küchenausstattung).

Da im Jahr 2011 keine Mittel für Investitionen (Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens von 150 € bis 1.000 €) bereitstehen, mussten für den Kauf einer Waschmaschine in der Obdachlosenunterkunft Feldweg außerplanmäßig 499,00 € genehmigt werden. Die Deckung erfolgte aus Mitteln der Hochbauunterhaltung.

Der Ansatz für die Hochbauunterhaltung ist durch erhebliche Probleme mit der Heizungsanlage in der Unterkunft Bahnstraße inzwischen verbraucht.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Abschreibungen.

Der Abriss des Altbaus Feldweg ist abgeschlossen. Die noch verfügbaren Mittel werden nicht mehr benötigt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31502	Sonst. soziale Einrichtungen, Aussiedler	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	99	127	164	107	62
Personalaufwand in T€	0	0	20	11	7
Stellenanteil			0,47	0,47	
Bilanzbuchungen in T€	64	64	65	32	-

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
Hochbauunterhaltung, Talgen- berghaus	11.900,00	0,00	11.900,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Zuschüsse an die Diakonie wurden gem. Veranschlagung ausgezahlt. Die Stadt musste einmalig ca. 50.000 € für die Gebäudeunterhaltung (Brandschaden) des „Hauses Roseneck“ zahlen; dem stehen Versicherungsleistungen gegenüber; s. auch unten „Reste Aufwand“. In 2011 entfallen jegliche Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung.

2011: Die geleisteten bzw. zu leistenden Aufwendungen entsprechen den Verpflichtungen aus Verträgen / Beschlüssen. Der Ansatz von insgesamt 107.000 € wird erreicht und ist ausreichend.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Abschreibungen.

Der Haushaltsrest wird für die Einbindung der Brandmeldeanlage in das städtische System in Anspruch genommen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
33100	Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.2011
Sachaufwand in T€	102	-492	96	117	54
Personalaufwand in T€	0	0	5	3	2
Stellenanteil			0,09	0,09	
Bilanzbuchungen in T€	17	317	13	10	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2009 konnten außerordentliche Erträge durch eine Teilauszahlung des Barvermögens des Altenzentrums Kummerfeld (AZK) an die verbandsangehörigen Gemeinden in Höhe von ca. 567.000 € sowie in den Jahren 2005 – 2008 nicht vollständig ausgeschöpfte vertragliche Zuschüsse bei der DRK - Sozialstation in Höhe von ca. 28.000 € (d.h. insgesamt über 595.000 €) erzielt werden.

Die Erhöhung des Ansatzes 2011 gegenüber 2010 um 18.000 € hängt damit zusammen, dass einerseits in 2011 nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, dass es auch in diesem Jahr beim Betrieb der DRK-Sozialstation zu außerordentlichen Erträgen (in 2010 für 2009 ca. 9.000 €) kommt und andererseits sich die Zuschüsse an Vereine und Verbände um ca. 9.000 € erhöhen.

Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Die Teilauszahlung vom AZK spiegelt sich auch in den Bilanzbuchungen 2009 wieder, als Wertveränderung von Finanzanlagen. Ansonsten werden hier Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte erfasst.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36200	Jugendarbeit	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	66	57	45	63	24
Personalaufwand in T€	123	119	153	112	69
Stellenanteil			8,00	8,50	
Bilanzbuchungen in T€	11	45	20	31	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren 2008 bis 2011 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Zuschüssen und Spenden sowie durch Minderaufwendungen wegen nicht abgeforderter Zuschüsse an Vereine/Verbände. In 2011 sind noch nicht alle Maßnahmen durchgeführt, bzw. abgerechnet. Die Zuschüsse an Vereine sind noch nicht zur Auszahlung gekommen.

Außerplanmäßig wurden 2.000 € für die Schaffung einer Einsatzstelle „Freiwilliges soziales Jahr“ im Bereich der Jugendarbeit nach dem Wegfall der Zivildienststelle bereit gestellt. Die Deckung erfolgte innerhalb des Produktes aus den Mitteln für Veranstaltungen und Fahrten.

Der Stellenanteil hat sich um 0,5 im Bereich der Sachbearbeitung erhöht, im pädagogischen Bereich wurden dagegen 34 Stunden außerhalb des Bereiches Jugend eingesetzt (Einsatz in der städtischen Kita).

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Verrechnungszuschüsse und Abschreibungen von Inventar und Geräten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36501	Kindertagesstätte Zauberbaum	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-422	-518	-436	-458	-282
Personalaufwand in T€	1.012	1.028	1.060	989	476
Stellenanteil			20,40	20,09	
Bilanzbuchungen in T€	60	44	22	28	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahre 2009 wurden nicht so viele Unterhaltungsarbeiten vorgenommen wie in 2008 (Minderaufwendungen von rd. 65.000 €) und es wurden Mehrerträge von rd. 28.000 € für Einzel-Integrationsmaßnahmen erzielt. Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Der Stellenanteil hat sich im Sachbearbeiterbereich um 0,31 Stellen verringert.

In 2009 sind die Bilanzbuchungen geringer, da mit der Sanierung der Kindertagesstätte Eigenleistungen aktiviert werden konnten. In 2010 verringern sich die Eigenleistungen, da die Sanierungsarbeiten abgeschlossen worden sind. Weiterhin reduziert sich in 2010 die Zuführung an die Pensions- und an die Altersteilzeitrückstellung. In 2011 sind in erster Linie die Abschreibungen aufgeführt, die sich durch die Aktivierung der Sanierungsmaßnahme erhöht haben.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Kita Zauberbaum, Inventar und Geräte zzgl. Haushaltsrest 2010	20.000,00 5.600,00	24.845,80	754,20

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Kita Zauberbaum, Inventar und Geräte zzgl. Haushaltsrest 2010	Die Maßnahme ist abgeschlossen und abgerechnet. Der Restbetrag wird nicht mehr benötigt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36502	Zuschüsse an Kindertagesstätten	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	2.162	2.305	2.405	2.638	2.608
Personalaufwand in T€	30	23	20	30	13
Stellenanteil			0,60	0,60	
Bilanzbuchungen in T€	294	294	312	190	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn seit 2009 durch investive Maßnahmen (AWO-Kita, DRK-Kita, Ev. Kita und Kath. Kiga) sowie Gruppenumstrukturierungen (Johanniter Kinderhaus Quickelbü und Johanniter-Haus Wilde 13) steigt der Zuschussbedarf. Der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Abschreibungen für Investitionszuschüsse an Dritte (u.a. zum Bau von Kindertagesstätten).

Investitionen	Ansatz 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Rückzahlung Zuschuss	0,00	10.000,00	10.000,00
2. Schaffung von Krippenplät- zen	20.400,00	0,00	20.400,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Rückzahlung Zuschuss	Für die Schaffung von 5 Krippenplätzen in der AWO-Kita (Theodor-Storm-Straße 59) im Jahre 2009 hat der Bund aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ nachträglich noch einen Zuschuss von 10.000 € gewährt. Da die Stadt Quickborn die Maßnahme in voller Höhe finanziert hatte, wurde der Betrag von der AWO an die Stadt Quickborn weitergeleitet.
2. Schaffung von Krippenplät- zen	Die Kath. Kirchengemeinde wird im September 2011 mit der Umsetzung der Investitionsmaßnahme beginnen. Dann wird der Zuschussbetrag der Stadt Quickborn ausgezahlt (1. Rate über 18.400 €). Die Auszahlung des Restbetrages von 2.000 € erfolgt in 2012 nach Vorlage und Prüfung des entsprechenden Verwendungsnachweises.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36600	Einrichtungen der Jugendarbeit	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	45	45	49	52	46
Personalaufwand in T€	179	175	148	164	51
Stellenanteil			0,15	0,15	
Bilanzbuchungen in T€	-17	-10	1	12	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Einrichtungen der Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren 2008 bis 2011 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Spenden und Erstattungen sowie einem unterschiedlichen Bedarf für die bauliche Unterhaltung. In 2008 kam es zu Erträgen aus der Altersteilzeitrückstellung. In 2009 konnten mit der Sanierung des Hauses der Jugend Eigenleistungen aktiviert werden. In 2010 verringern sich die Eigenleistungen, da die Sanierungsarbeiten abgeschlossen worden sind. In 2011 sind in erster Linie die Abschreibungen aufgeführt, die sich durch die Aktivierung der Sanierungsmaßnahme erhöht haben.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2010:			
1. Haus der Jugend, Sanierung	25.488,22	23.656,30	1.831,92

Erläuterungen zu den Resten

Rest 2010:	
1. Haus der Jugend, Sanierung	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Schlussrechnung ist erstellt, letzte Zahlung dazu erfolgte am 07.07.2011; verfügbar nach Restzahlung 681,16 €.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36700	Suchtberatung	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	19	14	14	26	0
Personalaufwand in T€	0	0	5	1	2
Stellenanteil			0,10	0,10	
Bilanzbuchungen in T€	0	0	0	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Ansatz in 2011 erhöht sich um 10.000 € für das Projekt „Kleine Riesen“.

Die Zahlungsverpflichtungen für die ATS-Suchtberatungsstelle für Miete, Präventionsarbeit sowie der zusätzliche Zuschuss „Kleine Riesen“ (10.000 €) in Höhe von insgesamt 24.000 € wurde zwischenzeitlich angewiesen. Der Ansatz 2011 von insgesamt 26.000 € ist daher voraussichtlich ausreichend. Der Anteil für bauliche Unterhaltung von 2.000 € wurde noch nicht benötigt.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42100	Förderung des Sports	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	9	83	-1	1	4
Personalaufwand in T€	1	0	4	2	2
Stellenanteil			0,08	0,08	
Bilanzbuchungen in T€	236	243	234	274	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Das Rechnungsergebnis 2009 beinhaltet den rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 75.000 €, den die Stadt dem TuS Holstein Quickborn Tennis e.V. gewährt hat. Die Beträge der Jahre 2010 und 2011 beinhalten u.a. die entsprechenden Zins- und Tilgungszahlungen durch den Verein von 7.500 € bzw. 7.400 € (als Zahlungen an die Stadt). Der Anteil für 2011 wurde im Laufe des Juli gezahlt, der Sachaufwand 2011 liegt im geplanten Rahmen.

Die Bilanzbuchungen setzen sich zusammen aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42401	Sporthallen und Außensportanlagen	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	295	291	316	432	200
Personalaufwand in T€	139	153	232	173	93
Stellenanteil			4,24	5,65	
Bilanzbuchungen in T€	-99	-98	-28	-616	-527

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
1. Holsten-Stadion, Hochbauun- terhaltung abzgl. außerplanm. Ausgabe	45.218,69 -15.400,00	0,00	29.818,69

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Ansatz 2011 wurde um 126 T€ erhöht; die größten Positionen ergeben sich durch die Inbetriebnahme der beiden neuen Sporthallen. In den Jahren 2008 bis 2010 mussten keine Aufwendungen für die abgerissene Sporthalle Mühlenberg geleistet werden, zudem stehen seit 2011 eine Sporthalle und ein Hallenteil mehr zur Verfügung. Weiterhin sind 12.000 € für Unterhaltungsmaßnahmen an der Sporthalle Heidkamp vorgesehen.

Überplanmäßig wurden 3.050 € für die Anschaffung eines Frontladers und einer Mehrzweckschaufel für die beiden neu erworbenen Traktoren für die Außensportanlagen bereit gestellt. Die Deckung erfolgte aus dem Verkaufserlös der beiden alten Traktoren.

Die Stellenanteile haben sich von 2010 auf 2011 um 1,41 Anteil erhöht. Diese ergeben sich aus 0,4 Anteil Gebäudeleittechnik, 1,0 Anteile Mitarbeiter Außenanlagen, 0,01 Anteile Sachbearbeitung Liegenschaftsverwaltung.

Die Verrechnungszuschüsse, die bei den Schulen als Aufwendungen gebucht werden, werden hier als Erträge vereinnahmt. Dagegen steigen die Abschreibungen durch die Aktivierung der getätigten Investitionen.

Reste Aufwand 2010:

Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 09.05.2011 außerplanmäßige Mittel für Lagercontainer Außen-sportanlage Mühlenberg beschlossen (s. Investitionen Ziffer 2). Die Deckung ist u.a. gewährleistet durch Ein-sparungen in Höhe von 15.400 € bei Hochbauunterhaltungsmaßnahmen im Holsten-Stadion. Der verbleibende Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Bauausführung in Anspruch genommen. Bislang sind die Aufträge für die Herstellung der Fluchtwege und der Sicherheitsbeleuchtung / Hausalarmierung vergeben.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Außensportanlage Mühlen- berg, Grandplatz	440.000,00	15.921,68	424.078,32
2. Außensportanlage Mühlen- berg, Lagercontainer	19.200,00	1.395,87	17.804,13
3. Außensportanlagen, Traktor	30.000,00	26.379,50	3.620,50
4. Außensportanlagen, Anbau- geräte Traktor zzgl. überplanm. Ausgabe	20.000,00 3.050,00	19.992,00	3.058,00
5. Sporthalle Heidkamp, Sanie- rung abzgl. überplanm. Ausgabe	20.000,00 -20.000,00	0,00	0,00

Finanzbericht

Reste 2010			
6. Außensportanlagen, Traktor	30.000,00	30.000,00	0,00
7. Comenius Sporthalle, Neubau	279.706,83	191.396,81	88.310,02
8. Lilli-Henoch-Halle, Neubau	35.784,91	4.734,98	31.049,93

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Außensportanlage Mühlenberg, Grandplatz	Die Umgestaltung des Platzes hat begonnen. Die Maßnahme wird voraussichtlich im September abgeschlossen sein.
2. Außensportanlage Mühlenberg, Lagercontainer	Die Ratsversammlung hat am 09.05.2011 der Bereitstellung von 19.200 € für Lagercontainer an der Außensportanlage Mühlenberg zugestimmt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 15.400 € aus Resten zur Hochbauunterhaltung des Holsten-Stadions und von 3.800 € aus dem Rest zur Erweiterung des Rathauses.
3. Außensportanlagen, Traktor	Kauf und Lieferung des zweiten Traktors erfolgten plangemäß.
4. Außensportanlagen, Anbaugeräte Traktor zzgl. überplanm. Ausgabe	Für die optimale Auslastung der beiden Traktoren (Winterdienst, Reinigung und Mäharbeiten der Sportflächen) wurden jeweils zwei Mähwerke, Straßenstreuer und anbaubare Frontkehrmaschinen angeschafft. <u>Zur überplanmäßigen Ausgabe:</u> Für die Unterhaltung der Außensportanlagen war weiterhin die Anschaffung eines Frontladers, einer Mehrzweckschaufel und einer Palettengabel im Wert von 6.000 € erforderlich. Da die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten, wurden überplanmäßig 3.050 € bereitgestellt. Die Deckung wurde durch Mehrerträge bei den Produktkonten 24300-454200 (Sonstige schulische Angelegenheiten) und 42401-454200 (Außensportanlagen) durch den Verkauf von zwei alten Zugmaschinen gewährleistet. Die Abwicklung erfolgte im Juli.
5. Sporthalle Heidkamp, Sanierung abzgl. überplanm. Ausgabe	Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 09.05.2011 überplanmäßige Mittel in Höhe von 1.495.500 € für die Maßnahme „Sanierung Heinrich-Hertz-Realschule“ beschlossen. Die Deckung erfolgt u.a. aus der Maßnahme „Sanierung Sporthalle Heidkamp“ in Höhe von 20.000 € (vgl. auch Produkt 21600 „Regionalschule“).
Reste 2010:	
6. Außensportanlagen, Traktor	Der erste Traktor wurde im Januar ausgeliefert und bezahlt.
7. Comenius Sporthalle, Neubau	Die Comenius-Sporthalle ist bis auf einen Teil der Außenanlagen fertiggestellt. Die Schlussrechnung steht noch aus, da noch Restarbeiten anstehen.
8. Lilli-Henoch-Halle, Neubau	Die Lilli-Henoch-Halle ist bis auf einen Teil der Außenanlagen fertiggestellt. Die Schlussrechnung steht noch aus, da noch Restarbeiten anstehen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42402	Freibad	Herr Gercken	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	226	272	236	315	308
Personalaufwand in T€	1	1	3	2	1
Stellenanteil			0,08	0,06	
Bilanzbuchungen in T€	2	-	-	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

RE 2009: Die Verlustzuweisung beinhaltet eine Kürzung um 2,5 % (Haushaltssperre wg. der angespannten Haushaltslage) und eine Restzahlung für 2007 in Höhe von 28.622,74 €.

RE 2010: gemeldeter Bedarf = 268.000 €, gekürzt um 60.000 € (wg. Konsolidierungsliste, erhoffte Deckung durch Erhöhung der Freibadgebühren) auf 208.000 €, spätere Erhöhung um 13.000 € gem. Beschluss Ratsversammlung vom 29.03.2010 auf nunmehr 221.000 € sowie einer Restzahlung in Höhe von 14.620,15 € als Verlustausgleich für 2008.

Ansatz 2011: Bis zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs lagen keine Meldungen seitens der Kommunalbetriebe vor. Der Ansatz setzt sich aus einem geschätzten Zuschussbedarf für 2011 in Höhe von 280.000 € und einer Nachzahlung für 2009 von 34.800 € zusammen.

Lt. inzwischen vorliegendem Jahresabschluss 2009 beträgt die Nachzahlung 33.959,92 € und der Bedarf für 2011 lt. Erfolgsübersicht 288.000 €. (Hiervon sind 25.000 € für eine 2`te Saisonkraft bis zum 08.03.2011 gesperrt.) Die Gesamtsumme beträgt 322 T€ und wurde gem. Wirtschaftsplan durch die Ratsversammlung am 20.12.2010 beschlossen.

Stand 01.07.2011: Von den im Haushalt bereit gestellten Mittel für den Verlustausgleich 2009 wurden tatsächlich rund 7.000 € weniger abgefordert. Grund hierfür sind interne Abrechnungen aus Vorjahren.

Dieser Betrag wird voraussichtlich als Verlustausgleich für 2011 herangezogen (gemeldeter Bedarf um 8.000 € höher als im Haushalt bereitgestellt) und mit der 4`ten Rate im Oktober ausgezahlt. Der regenreiche Sommer wird den tatsächlichen Bedarf für 2011 weiter erhöhen (weniger Eintrittsgelder, höhere Heizkosten).

Der Sperrvermerk zur Einstellung einer 2`ten Saisonkraft wurde aufgehoben.

Beide Punkte werden Gegenstand der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen am 15.11.2011 sein.

Die Stellenanteile haben sich durch interne Verschiebungen um 0,02 im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
51100	Räumliche Planung und Entwicklung	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	199	94	84	150	15
Personalaufwand in T€	388	470	380	399	149
Stellenanteil			5,91	5,91	
Bilanzbuchungen in T€	-117	-26	-35	5	-

	Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
1. Geschäftsaufwendungen	103.024,97	103.024,97	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand ist wesentlich bestimmt von (der Höhe der) Aufwendungen für Leistungen beauftragter Planungs- / Ingenieurbüros, da diese bei den relevanten Aufwandsarten (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, sonstige ordentliche Aufwendungen) mit großem Abstand am stärksten zu Buche schlagen. Die Haushaltsmittel für Orts- und Regionalplanung sind auf der Basis der vergebenen Planungsleistungen geplant und ausgegeben worden. Darüberhinaus wurden auch Mittel für nicht vorhergesehene Maßnahmen (z.B. für Verkehrskonzepte, seismische Untersuchungen zur Abklärung von Erdfallrisiken) benötigt.

Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Anpassungen bei der Pensionsrückstellung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
52100	Bau- und Grundstücksordnung	Herr Dentzin	ASU

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-2	-4	-8	-8	-4
Personalaufwand in T€	119	123	138	120	51
Stellenanteil			3,37	3,37	
Bilanzbuchungen in T€	-11	-14	-3	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Anhebung der Verwaltungsgebühr für die Negativbescheinigungen (Verzicht des Vorkaufsrechtes) haben sich auch die Erträge erhöht.

Die angesetzten Erträge aus Verwaltungsgebühren für das Jahr 2011 von insgesamt 8.000 € werden erreicht. Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Anpassungen bei der Altersteilzeitrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
52200	Wohnungsbauförderung	Herr Dentzin	ASU

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	60	69	79	119	93
Personalaufwand in T€	1	0	18	4	9
Stellenanteil			0,28	0,28	
Bilanzbuchungen in T€	44	9	2	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Folgende Teilbeträge des Sachaufwands für das Produkt „Wohnungsbauförderung“ für die Jahre 2008 bis 2011 beziehen sich auf die Beteiligung der Stadt Quickborn (1/6 der Gesamtkosten Schallschutzfenster) am 8. Freiwilligen Lärmschutzprogramm:

Sachaufwand in T€:	44	57	65	107	81
--------------------	-----------	-----------	-----------	------------	-----------

Die Antragsfrist endete zwar am 31.12.2010, mit der Abarbeitung der zum Ende der Frist besonders gesteigerten Antragsflut ist die Flughafen GmbH nach eigenem Bekunden noch das ganze Jahr 2011 beschäftigt. Die kontinuierliche Steigerung des Sachaufwands in den Jahren 2008 bis 2011 ist u.a. dadurch zu erklären, dass sowohl durch den Informations-Flyer an alle Haushalte im Fördergebiet, den Presseberichten über das Programm als auch durch Mundpropaganda die im Fördergebiet ansässigen Hauseigentümer in gesteigerter Anzahl Anträge auf Förderung von Schallschutzfenstern gestellt haben und zwar letztlich in einem Ausmaß, dass die für das Jahr 2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zur Jahresmitte 2011 bereits zu ca. ¾ aufgebraucht waren.

Die 2011 zur Verfügung stehenden Mittel werden bis zum Jahresende vollständig aufgebraucht sein.

Die Flughafen GmbH hat nach Durchführung einer erneuten Hochrechnung der Gesamtkosten mitgeteilt, dass sich voraussichtlich der Quickborner Anteil an den Gesamtkosten von 272.500 € um rund 57.500 € auf ca. 330.000 € erhöhen wird.

Die Entscheidung der Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel im Haushalt 2012 wird voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 06.10.2011 vorbereitet (Sitzungsvorlage DS-Nr. IX/426 und 426 a).

Planmäßig wurden jährlich die Zinszuschüsse in Höhe von rd. 12.600 € an private Wohnungsbauunternehmen im Rahmen der Wohnungsbauförderung ausgezahlt.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich in erster Linie um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
53500	Kombinierte Versorgung	Frau Wölfel	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-1.258	-1.286	-1.479	-1.237	-702
Personalaufwand in T€	2	0	7	4	4
Stellenanteil			0,10	0,10	
Bilanzbuchungen in T€	1	0	0	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Entwicklung der Konzessionsabgabe in den Jahren 2008 bis 2011:

2008	2009	2010	2011
1.257.863,54 €	960.000 €	1.114.000 €	900.000 €

Entwicklung der Gewinnabführungen in den Jahren 2008 bis 2011:

2008	2009	2010	2011
0,00 €	294.612,50 €	255.006,88 €	252.525,00 €

Im Jahr 2009 kam es zusätzlich zu Mehrerträgen aus der Abrechnung der Kapitalertragssteuer für das Jahr 2001 und der Konzessionsabgabe 2008 von rd. 268 T€. Dem standen in dem Jahr Mehraufwendungen von rd. 236 T€ für Gewinnrückzahlungen für die Jahre 2003, 2004 und 2007 gegenüber.

Im Jahr 2010 wurden der Stadt rd. 109 T€ aus Abrechnungen der Jahre 2004 (Kapitalertragsteuer) und 2009 (Konzessionsabgabe) gezahlt.

Weiterhin waren im Rechnungsergebnis 2010 bei den Erträgen u.a. 20.000 € von der Tel.Quick für die Bereitstellung von 1 Mio. € Eigenkapital eingeplant, abzufordern im Laufe des Jahres. Tatsächlich abgefordert wurden Ende 2010 170.000 € und die Erstattung betrug bei einem Zinssatz von 3% lediglich 127,50 €. Die für das Jahr 2011 eingeplanten 30.000 € werden auch nicht in voller Höhe gezahlt, da in 2011 bislang keine weitere Eigenkapitalzuführung erfolgt ist. Für die im Vorjahr ausgezahlten 170.000 €, wurde ein Betrag in Höhe von rd. 2.600 € geltend gemacht. (Fälligkeit: Ende August 2011.)

Von der geplanten Konzessionsabgabe 2011 wurde die Hälfte zur Jahresmitte an die Stadt ausgezahlt. Ein Gewinnabschlag wurde in Höhe von 300.000 € zur Jahresmitte geleistet, allerdings abzüglich der zu zahlenden Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. 48 T€.

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Kommunalbetriebe Telekom- munikation, Eigenkapital abzgl. überplanm. Ausgabe	500.000,00 -500.000,00	0,00	0,00
Reste 2010:			
2. Kommunalbetriebe Telekom- munikation, Eigenkapital	830.000,00	0,00	830.000,00

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

<p>Investitionen:</p> <p>1. Kommunalbetriebe Telekommunikation, Eigenkapital abzgl. überplanm. Ausgabe</p>	<p>Der Ansatz wurde in voller Höhe zur Deckung der Mehrausgaben für die Sanierung des Haus 1 der ehemaligen Heinrich-Hertz-Realschule bereit gestellt (überplanmäßige Ausgabe, Ratsversammlung am 09.05.2011, siehe auch Produkt 21600 „Regionalschule“). Der Ansatz soll im Haushalt 2012 erneut veranschlagt werden.</p>
<p>Reste 2010:</p> <p>2. Kommunalbetriebe Telekommunikation, Eigenkapital</p>	<p>Voraussichtlich werden in 2011 noch Investitionen von insgesamt rd. 2,45 Mio. € getätigt, daraus ergibt sich eine Kapitalzuführung von rd. 735.000 € (ca. 1/3 der Investition). Der verbleibende Rest muss auf das Jahr 2012 übertragen werden.</p>

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
53700	Abfallwirtschaft	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	3	4	-15	-16	-8
Personalaufwand in T€	0	0	6	1	3
Stellenanteil			0,07	0,07	
Bilanzbuchungen in T€	26	1	2	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für den Unterhalt und den Betrieb der Gartenabfallverwertungsanlage sind im Jahr 2010 Fremdkosten in Höhe von 6.539,05 € angefallen. Hinzu kommen die unter dieser Position nicht nachgewiesenen Personal- und Gerätekosten des Bauhofes in Höhe von insgesamt rd. 13.000 €. Der Betrieb in 2011 verläuft planmäßig, die Erträge entwickeln sich erwartungsgemäß.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
53800	Abwasserbeseitigung	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	85	104	-49	-17	121
Personalaufwand in T€	0	0	37	17	14
Stellenanteil			0,60	0,60	
Bilanzbuchungen in T€	558	471	388	436	-

	Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
1. Geschäftsaufwendungen	25.000,00	25.000,00	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Enthalten sind 154.000 € aus der Verzinsung des Eigenkapitals der Sparte Abwasser, veranschlagt in den Jahren 2010, 2011 und 2012. Die Zahlung für 2011 ist erst in der 2`ten Jahreshälfte fällig.

Die Hauptpositionen bei den Bilanzbuchungen sind die Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Auflösung von hierfür erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen.

Die am 07.12.2010 beauftragte Maßnahme „TV-Kanalbefahrung der Bahnstraße“ ist abgeschlossen und schlussgerechnet, die Reste von 25.000 € sind damit ausgeschöpft.

Investitionen	Ansatz 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Regenrückhaltebecken Tal- straße, Tauchwand	90.000,00	0,00	90.000,00
2. Ellerauer Straße, Sandfang Gronau	15.000,00	0,00	15.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Regenrückhaltebecken Tal- straße, Tauchwand	Die vorgesehene Entschlammung des Beckens ist in Planung, die Vermesung beauftragt.
2. Ellerauer Straße, Sandfang Gronau	Die Ergebnisse der Kanalbefahrung liegen vor. Die Ausführung erfolgt im 2. Halbjahr 2011.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54100	Gemeindestraßen	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	465	604	504	676	270
Personalaufwand in T€	33	37	136	39	59
Stellenanteil			2,86	1,22	
Bilanzbuchungen in T€	1.109	944	1.093	928	2

	Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste Aufwand 2010:			
1. Unterhaltung der Straßen	215.241,97	101.942,12	113.299,85
2. Unterhaltung Straße, Wege, Brücken	62.112,68	45.035,87	17.076,81
3. Unterhaltung Straße, Wege, Brücken, Schadenfall Bahn- hofstraße	15.000,00	0,00	15.000,00
4. Geschäftsaufwendungen, Schadenfall Bahnhofstraße	14.577,15	0,00	14.577,15

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für die Beseitigung der Winterschäden 2009/2010 wurden in 2010 Fördermittel in Höhe von 67.500 € bewilligt. Bezuschusst wurden die Asphaltierungen des Harksheider Weges, der Jahnstraße und der Klaus-Groth-Straße. Die Maßnahmen werden in Kürze beendet und abgerechnet. Die übertragenen Reste (Ziffer 1) sind damit ausgeschöpft.

Die abschließende Sanierung der Marienhöhe und des Stichweges nach dem Erdfall im Juni 2010 ist zurzeit nicht möglich. Um eine Setzung und damit die notwendige Verdichtung des Bodens zu erreichen, wurde die Straße gesperrt und Auflast in Form eines Hügels aufgebracht. Um den Erfolg der Maßnahme zu überwachen, werden Setzungsmessungen vorgenommen. Für den Abschluss dieses Vorgangs wird mit einer Dauer von 2 Jahren gerechnet. Danach kann mit der endgültigen Sanierung begonnen werden. Die übertragenen Reste (Ziffer 2) werden somit nicht voll ausgeschöpft.

Ca. 20.000 € sind in 2011 bereitgestellt für die Jungbaumpflege der hochwertigen Bäume in der Innenstadt. Die entsprechenden Aufträge sind vergeben und werden plangerecht durchgeführt.

Die Schadenbeseitigung in der Bahnhofstraße wurde ausgeführt, die Abrechnung liegt jedoch noch nicht vor (Ziffer 3 und 4).

Die Stellenanteile haben sich von 2010 nach 2011 um 1,64 Anteile verringert. Diese verteilen sich auf eine Ingenieurstelle mit 0,95 Anteilen und eine Sachbearbeiterstelle mit 0,69 Anteilen für den abgeschlossenen Teil der Innenstadtsanierung.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen von rd. 1,5 Mio. € die Auflösung von Zuwendungen und Beiträgen von rd. 0,5 Mio. € gegenüber.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Schillerstraße, Beiträge	180.000,00	0,00	180.000,00
2. Kleiststraße, Beiträge	40.000,00	0,00	40.000,00
3. Bahnhofstraße (West/Ost), Beiträge	445.000,00	0,00	445.000,00
4. Dorotheenstraße, Beiträge	50.000,00	163.762,92	-113.762,92
5. Zufahrt ALDI, Beiträge	37.000,00	0,00	37.000,00
6. Justus-von Liebig-Ring, Bei- träge	0,00	69.952,15	-69.952,15
7. Innenstadtbereich, Beiträge	0,00	59.403,11	-59.403,11
8. Straßenbeleuchtung, Bau	30.000,00	0,00	30.000,00
9. Theodor-Körner-Straße, Pla- nung und Bau zzgl. Haushaltsrest zzgl. überplanm. Ausgabe	318.000,00 7.932,54 116.000,00	27.639,88	414.292,66
10. Hebbelstraße, Planung und Bau, (Ost u. West) zzgl. Haushaltsrest	126.000,00 6.991,91	4.913,81	128.078,10
11. Hölderlinstraße, Planung und Bau, (Mitte, Ost/West) abzgl. überplanm. Ausgabe	56.000,00 -28.000,00	0,00	28.000,00
12. Liliencronstraße, Planung und Bau (Ost, Süd/West)	26.000,00	0,00	26.000,00
13. Lenastraße Planung und Bau (West) abzgl. überplanm. Ausgabe	40.000,00 -40.000,00	0,00	0,00
14. Innenstadt, Verbindungs- wege Bahnhofstraße / Am Freibad abzgl. überplanm. Ausgabe	48.000,00 -48.000,00	0,00	0,00
15. Innenstadt, Gehwege Bahnhofstraße Nord	25.000,00	0,00	25.000,00
Reste 2010:			
16. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	80.000,00	0,00	80.000,00
17. Friedhofsweg, Planung und Bau	25.439,31	0,00	25.439,31
18. Kleiststraße, Planung und Bau	67.146,72	3.358,73	63.787,99
19. Innenstadt, Gehweg Bahn- hofstraße Nord	99.391,04	16.858,56	82.532,48
20. Innenstadt, EkrM Justus- von-Liebig-Ring, Entwick- lungspflege Grün, Nachar- beiten Kreisel und Bushal- testelle	29.706,11	750,00	28.956,11
21. Innenstadt, Entwicklungs- pflege	22.197,51	1.455,36	20.742,15
22. Innenstadt, Restarbeiten	12.613,37	11.568,63	1.044,74
21. Straßenbeleuchtung	44.479,67	2.646,41	41.833,26

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Schillerstraße, Beiträge	Die Abrechnung ist im 2. Halbjahr 2011 erfolgt.
2. Kleiststraße, Beiträge	Die Abrechnung erfolgt nach Vorliegen der Schlussrechnung.
3. Bahnhofstraße (West/Ost), Beiträge	Die Abrechnung erfolgt nach Vorliegen der Schlussrechnung.
4. Dorotheenstraße, Beiträge	Die Abrechnung ist im 1. Halbjahr 2011 erfolgt.
5. Zufahrt ALDI, Beiträge	Die Abrechnung erfolgt im 2. Halbjahr 2011.
6. Justus-von-Liebig-Ring, Beiträge	Es handelt sich um Zahlungseingänge aus der Veranlagung 2010.
7. Innenstadtbereich, Beiträge	Es handelt sich um Zahlungseingänge aus Veranlagungen von Vorjahren.
8. Straßenbeleuchtung, Bau	Die Förderung der LED-Beleuchtung liegt seit dem 28.07.2011 vor. Die Arbeiten in der Kieler Straße (tlw.), Ellerauer Straße (tlw.), Marktstraße und im Grandweg werden in der 2. Jahreshälfte abgewickelt; Höhe des Förderbescheides: 28.008 €.
9. Theodor-Körner-Straße, Planung und Bau zzgl. Haushaltsrest zzgl. überplanm. Ausgabe	Die Umgestaltung der Theodor-Körner Straße befindet sich in Ausführung. <u>zur überplanmäßigen Ausgabe:</u> Da sich nach der Ausschreibung zeigte, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen, wurden überplanmäßig Mittel in Höhe von 116.000 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Inanspruchnahme der Produktkonten 54100-785251 (Innenstadt Verbindungswege) mit 48.000 € 54100-785207 (Hölderlinstraße, Planung) mit 28.000 € 54100-785209 (Lenastraße (West) Planung) mit 40.000 €.
10. Hebbelstraße, Planung und Bau, (Ost u. West) zzgl. Haushaltsrest	Die Maßnahme wurde auf Grund des Ausschreibungsergebnisses Theodor-Körner-Straße zurückgestellt. Die Mittel hätten zur Durchführung nicht gereicht.
11. Hölderlinstraße, Planung und Bau, (Mitte, Ost/West) abzgl. überplanm. Ausgabe	28.000 € sind per überplanmäßiger Ausgabe zur Deckung der Maßnahme Umgestaltung Theodor-Körner-Straße (s. Ziffer 9) verwendet.
12. Liliencronstraße, Planung und Bau (Ost, Süd/West)	Maßnahme ist in Planung, Rechnungen bisher nicht kassenwirksam.
13. Lenastraße Planung und Bau (West) abzgl. überplanm. Ausgabe	Die kompletten Mittel sind per überplanmäßiger Ausgabe zur Deckung der Maßnahme Umgestaltung Theodor-Körner-Straße (s. Ziffer 9) verwendet worden.
14. Innenstadt, Verbindungswege Bahnhofstraße / Am Freibad abzgl. überplanm. Ausgabe	Die Mittel sind per überplanmäßiger Ausgabe komplett zur Deckung der Maßnahme Umgestaltung Theodor-Körner-Straße (s. Ziffer 9) verwendet worden.
15. Innenstadt, Gehwege Bahnhofstraße Nord	Die beauftragten Arbeiten werden ausgeführt und sind bisher nur zum Teil abgerechnet.
Reste 2010:	
16. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	Der Eigenanteil der Stadt Quickborn für die Eisenbahnkreuzungsmaßnahme Mohlstedter Weg wurde noch nicht abgerufen, da die Maßnahme noch nicht abgerechnet ist.
17. Friedhofsweg, Planung und Bau	Der Auftrag für die Ingenieurleistung ist erteilt. Der Grunderwerb gestaltet sich weiterhin schwierig.
18. Kleiststraße, Planung und Bau	Die Maßnahme befindet sich in Ausführung und wird in 2011 beendet und abgerechnet.

Finanzbericht

19. Innenstadt, Gehweg Bahnhofstraße Nord	Die beauftragten Arbeiten werden ausgeführt und sind bisher nur zum Teil abgerechnet. Die Abnahme wird im August 2011 erfolgen.
20. Innenstadt, EkrM Justus-von-Liebig-Ring, Entwicklungspflege Grün, Nacharbeiten Kreisell und Bushaltestelle	<p>Die Nacharbeiten für die Bushaltestelle sind ausgeführt; die Leistung noch nicht abgerechnet. Die Nacharbeiten des Kreisells wurden aufgrund der gerügten Mängel des Asphaltes zunächst zurückgestellt.</p> <p>28.956,11 € stehen zur Verfügung</p> <p>-4.736,11 € in 2011 für Entwicklungspflege Fa. Meyer's Grün</p> <p>-7.000,00 € in 2011 für Asphalt Schäden J.v.Liebig Neubaustrecke (Auftrag an Schäfer Consult u. Bohrunternehmen)</p> <hr/> <p>17.220,00 € verbleiben voraussichtlich zur Übertragung nach 2012</p> <p>-1.700,00 € in 2012 voraussichtlich für Entwicklungspflege</p> <p>-15.520,00 € in 2012 voraussichtlich für Kreisell und Bushaltestelle</p>
21. Innenstadt, Entwicklungspflege	<p>Von den zur Verfügung stehenden 20.742,15 € werden voraussichtlich in diesem Jahr für Entwicklungspflege und Bauleitung/Rechnungsprüfung noch fällig: ca. 12.600 €.</p> <p>Die voraussichtlich Ende 2011 noch zur Verfügung stehende Restsumme von ca. 8.000 € wird in 2012 noch vollständig benötigt und somit zur Übertragung beantragt werden.</p>
22. Innenstadt, Restarbeiten	Die noch zur Verfügung stehenden Mittel von 1.044,74 € werden noch für die restliche Räumung des Lagerplatzes für Pflaster benötigt.
23. Straßenbeleuchtung	Die verbleibenden Mittel werden für die Sanierung der Beleuchtung durch LED-Technik verwendet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54600	Parkeinrichtungen	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	62	45	50	74	39
Personalaufwand in T€	0	0	8	3	3
Stellenanteil			0,15	0,15	
Bilanzbuchungen in T€	16	16	17	17	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Rechnungsjahr 2008 waren Nachzahlungen für Strom Parkpalette zu leisten. Der Ansatz 2011 für die Unterhaltung des Grundstücks und des sonstigen unbeweglichen Vermögens entspricht dem der Vorjahre; in 2009 und 2010 lagen zum einen die Rechnungsergebnisse unter den Ansätzen. Im zweiten Halbjahr sind noch verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen (Erneuerung der Fahrbahnmarkierungen, Ausstattung der Kameras mit Fischaugenobjektiven, um mehr Fläche abzudecken) geplant.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen von rd. 40 T€ die Auflösung von Zuwendungen von rd. 25 T€ gegenüber.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54700	ÖPNV	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	48	47	47	53	34
Personalaufwand in T€	0	0	24	1	9
Stellenanteil			0,40	0,35	
Bilanzbuchungen in T€	3	-1	-2	-	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Aufwendungen betreffen einen Beitrag für die tarifliche Einbeziehung Quickborns in den HVV-Großbereich sowie die Beteiligung an den Kosten der Nachtbuslinie 623 und der Linie 594. Bezüglich der Kofinanzierung der genannten Buslinien wird kein fixer Betrag geschuldet, sondern ein festgelegter (prozentualer) Anteil am Gesamtdefizit dieser Linien. Grundlage der dynamischen Entwicklung der Finanzierungsbeiträge sind Abrechnungen des HVV, die für eine mehrjährige Periode noch ausstehen. Die *Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH* kündigte im Jahr 2010 an, zeitnah ein Konzept zur Fortschreibung der Finanzierungsvereinbarungen in den Verträgen mit kreisangehörigen Kommunen über die gemeindliche Bestellung und Finanzierung von ÖPNV-Leistungen vorlegen zu wollen. Aus den ausstehenden Wirtschaftlichkeitsanalysen könnten sich Nachforderungen ergeben.

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,05 betrifft eine Stelle der Sachbearbeitung zur abgeschlossenen Sanierung der Innenstadt.

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Zuführungen zu und Entnahmen aus der Altersteilzeitrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
55102	Spielräume für Kinder und Jugendliche	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	3	6	4	5	5
Personalaufwand in T€	0	0	0	0	0
Stellenanteil			0,25	0,25	
Bilanzbuchungen in T€	25	36	41	50	10

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Kein Erläuterungsbedarf.

Die Bilanzbuchungen sind Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen, in erster Linie die Spielgeräte auf den Spielplätzen.

Investitionen	Ansatz/Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Ausstattung Spielplätze	59.500,00	0,00	59.500,00
Reste 2010:			
2. Ausstattung Spielplätze	26.241,25	5.845,32	20.395,93

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:

1. Ausstattung Spielplätze

Die Ergebnisse der Beteiligungsaktionen Danziger Straße und Heinrich-Heine-Straße wurden jetzt umgesetzt – beide Spielplätze sind inzwischen fertig. Rechnungsstellung erst nach dem 1.7.2011.

Reste 2010:

2. Ausstattung Spielplätze

Verzögerungen u.a. wegen des Erdfalls Marienhöhe.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
55400	Naturschutz und Landschaftspflege	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	24	29	18	18	-3
Personalaufwand in T€	71	70	27	56	12
Stellenanteil			0,39	0,39	
Bilanzbuchungen in T€	137	-2	-46	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der durchschnittliche Bedarf an Unterhaltungskosten beträgt pro Jahr ca. 18.000 €. Der abweichende Sachaufwand ergibt sich wie folgt:

2008: In diesem Jahr ergab sich ein zusätzlicher Bedarf durch eine kleinere Nachpflanzaktion für Straßenbäume von ca. 7.000 €.

2009: Der erhöhte Unterhaltungsbedarf ist entstanden durch die reguläre große Nachpflanzaktion für Straßenbäume von ca. 11.000 €. Diese große Pflanzaktion findet in einem 3-jährigen Rhythmus statt, sodass in den beiden Folgejahren nur verminderte Kosten für Fertigstellungs- und Entwicklungspflege sowie für Wässerung anfallen.

2010: Der geringere Sachaufwand ist durch Erträgen von ca. 3.000 € für Schadenersatzleistungen entstanden. Diese wurden von den Verursachern von Schäden an städtischen Bäumen geleistet (Unfallschäden, Vandalismus).

2011: Von den zur Verfügung gestellten 17.100 € sind bis 01.07.2011 gut 10.500 € ausgegeben worden für diverse Biotopunterhaltungsmaßnahmen (wie z.B. Durchforstungen verschiedener städtischer Waldflächen - Amselweg, Holstenstadion und am Holmmoor -, ferner Totholzentrfernung an öffentlichen Bäumen, Instandsetzung von Wildschutzzäunen und Abbau eines Wildschutzzaunes, Baumgutachten).

Im gleichen Zeitraum wurden Erträge erzielt von 14.400 €. Diese setzen sich zusammen aus Erträgen aus dem Verkauf des Holzes, das bei den Durchforstungen angefallen ist, Erstattungen für die Entnahme städtischer Straßenbäume sowie Schadenersatzleistungen aus Baum-Unfallschäden. Insofern hat sich zur Jahresmitte ein Überschuss von 3.900 € ergeben. Es ist aber voraussichtlich damit zu rechnen, dass bis zum Jahresende die zur Verfügung gestellten 17.100 € aufgebraucht sein werden. Darüber hinaus ist auch damit zu rechnen, dass ein Mehrbedarf von ca. 4.000 € entstehen wird (entspricht etwa den Ausgaben für den Holzeinschlag), der zu gegebener Zeit durch Umbuchung eines Teils der erzielten Erträge auf das Aufwandsproduktkonto gedeckt werden kann.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Investitionen	Ansatz/Rest 2010 in €	Anordnungssoll zum 01.07.11 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Anlegung von Biotopen und Waldflächen:	10.000,00	0,00	10.000,00
2. Erstattungen	0,00	10.735,53	-10.735,53
Reste 2010:			
3. Anlegen von Biotopen und Waldflächen	10.300,00	636,65	9.663,35
4. Ersatzknick B-Plan 95	17.500,00	2.318,85	15.181,15

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57100	Wirtschaftsförderung	Frau Rusch	HA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	26	31	21	90	6
Personalaufwand in T€	37	41	40	39	16
Stellenanteil			0,70	0,70	
Bilanzbuchungen in T€	5	-169	2	2	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für das Stadtmarketing wurde im Jahr 2010 ein Betrag in Höhe von 25.000 € bereitgestellt. Diese Mittel wurden nicht verausgabt. Der Ansatz im Jahr 2011 ist erhöht, da in diesem Jahr 50.000 € für direkte Standortwerbung / Stadtmarketing eingeplant sind.

Bei den Erträgen und Aufwendungen sind zur Jahresmitte keine Abweichungen festzustellen, daher besteht kein Erläuterungsbedarf.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57301	Märkte	Frau Lohse	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-11	-13	-9	-12	-6
Personalaufwand in T€	14	7	9	8	5
Stellenanteil			0,34	0,34	
Bilanzbuchungen in T€	0	0	83	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch den langen strengen Winter 2009/2010 und der im Oktober beginnenden Kälte mit frühem Frost im November 2010 konnten diverse Pflanzenverkaufsstände nicht am Wochenmarkt teilnehmen, so dass die Benutzungsgebühren in 2010 sanken.

Bei den 83 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57302	Dorfgemeinschaftshaus Renzel	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	1	4	1	3	1
Personalaufwand in T€	1	1	4	2	1
Stellenanteil			0,1	0,1	
Bilanzbuchungen in T€	-2	-1	-1	-2	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Erträge und Aufwendungen liegen im Rahmen der Planungen. Im Rechnungsjahr 2009 wurden Bodenbelagsarbeiten durchgeführt (rd. 3.000 €). Für 2011 stehen im Ansatz 2.000 € für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse von rd. 5 T€ auf der Ertragsseite und Abschreibungen von rd. 4 T€ auf der Aufwandsseite.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57303	Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-1	154	-560	1	-22
Personalaufwand in T€	0	0	3	2	1
Stellenanteil			0,05	0,05	
Bilanzbuchungen in T€	0	0	18	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Verlustzuweisung 2008 betrug 72.400 € (ausgewiesen im Produkt 11105 „Liegenschaftsverwaltung“). Die Verlustzuweisung 2009 inklusive einer Nachzahlung für 2008 betrug 149.500 €.

Die Bewirtschaftung der Einrichtung erfolgt seit dem 01.01.2010 durch die Stadt und nicht mehr durch die Kommunalbetriebe. In 2010 wurden rd. 60.000 € für den Betrieb der Sport- und Begegnungsstätte aufgewendet. Dem stehen in gleicher Höhe Erträge aus Vermietung gegenüber. Weiterhin kommen aus der Übernahme der Bilanzwerte und Konten von den Kommunalbetrieben einmalige Effekte und Abrechnungen hinzu, die das Jahresergebnis 2010 entsprechend beeinflussen. Vergleiche über den Zuschussbedarf nach der Übernahme der Einrichtung lassen sich erst ab dem Jahr 2011 ziehen.

Beim Ansatz für Sachaufwendungen 2011 stehen Erträge aus der Vermietung der Sport- und Begegnungsstätte (Dauervermietungen an den TUS, VHS sowie an Drittnutzer) den Aufwendungen aus dem Betrieb der Einrichtung in fast gleicher Höhe gegenüber. Die Bewirtschaftungskosten liegen nach jetzigem Stand im Rahmen der Planung.

Mit der Übernahme der Sport- und Begegnungsstätte zum 01.01.2010 wurden in 2010 erstmalig Abschreibungen gebucht. Die Abschreibungen für das Jahr 2011 erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57304	Bauhof	Herr Gercken	AKD

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	900	1.035	1.080	1.122	1.122
Personalaufwand in T€	3	3	6	5	5
Stellenanteil			0,18	0,11	
Bilanzbuchungen in T€	0	0	1	0	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf steigt jährlich wegen Modernisierungsmaßnahmen nach Übernahme durch die Kommunalbetriebe, höhere Aufwendungen für Material, Reparaturen an Spezialfahrzeugen, Fremdleistungen, Zinsen, Abschreibungen, Altersteilzeitrückstellungen, etc..

Ansatz 2011: Bis zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs lagen keine Meldungen seitens der Kommunalbetriebe vor. Der Ansatz setzt sich aus einem geschätzten Zuschussbedarf für 2011 in Höhe von 997.000 € und einer Nachzahlung für 2009 von 125.000 € zusammen.

Am 09.11.2010 hat sich der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen mit der Kostenentwicklung Bauhof befasst und sie zur Kenntnis genommen. Aus den vorgelegten Zahlen ergab sich ein erhöhter Bedarf im Jahr 2011 von 1.276.000 €. Ein Deckungsvorschlag konnte verwaltungsseitig nicht gemacht werden, so dass 1.122.000 € im Haushaltsplan festgeschrieben wurden (Unterdeckung= 154.000 €).

Laut inzwischen vorliegendem Jahresabschluss 2009 beträgt die Nachzahlung 128.490,86 € und der Bedarf für 2011 lt. Erfolgsübersicht 1.143.000 €. Die Gesamtsumme beträgt 1.271 Mio. € und wurde gem. Wirtschaftsplan durch die Ratsversammlung am 20.12.2010 beschlossen (Unterdeckung nunmehr= 149.000 €).

Hinzu kommt ein weiterer Bedarf für 2009 in Höhe von 26.481,05 €, resultierend aus den pauschalen Kürzungen um 2,5 % (angespannte Wirtschaftslage), die nicht umgesetzt werden konnten (Unterdeckung aktuell= 175.500 €).

Der Mehrbedarf von voraussichtlich rd. 175 T€ sollte im Rahmen einer Haushaltsüberschreitung finanziert werden. Dies wird Thema im Ausschuss für kommunale Dienstleistungen am 13.09.2011 sein, vgl. DS-Nr. IX/443. Sobald die Deckungsmittel bereitstehen, werden der Finanzausschuss und die Ratsversammlung eingebunden.

Die Stellenanteile wurden durch interne Verschiebungen um 0,07 Anteile im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert.

Die Bilanzbuchungen sind Zuführungen an und Entnahmen aus der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

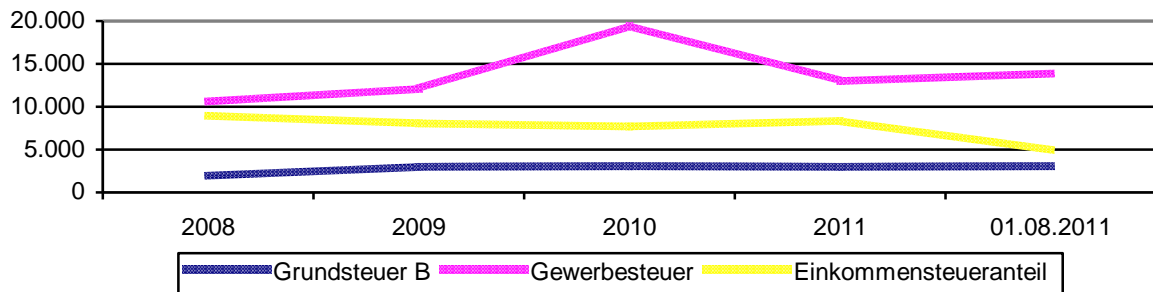
Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
61100	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.08.11
Sachaufwand in T€	-8.925	-12.928	-18.816	-10.001	-12.386
Personalaufwand in T€	51	38	55	47	34
			0,92	0,92	
Bilanzbuchungen in T€	-3.580	-2.929	186	-4.866	7

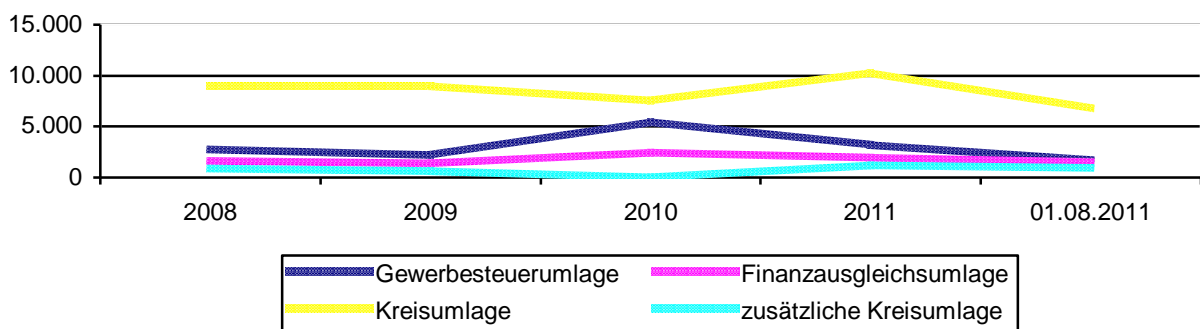
Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Entwicklung der 3 Hauptertragsquellen in den Jahren 2008 bis 2011 in T€:



Ertrag	2008	2009	2010	2011	01.08.2011
Grundsteuer B	1.959.892,96 €	2.988.338,40 €	3.067.472,05 €	2.980.000,00 €	3.041.070,47 €
Gewerbesteuer	10.621.823,80 €	12.063.532,15 €	19.462.166,91 €	13.000.000,00 €	13.854.716,29 €
Einkommen- steueranteil	8.960.583,00 €	8.085.714,00 €	7.650.605,00 €	8.373.400,00 €	4.917.722,00 €

Entwicklung der großen Aufwandsarten in den Jahren 2008 bis 2011 in T€:



Aufwand	2008	2009	2010	2011	01.08.2011
Gewerbesteuer- umlage	2.733.068,00 €	2.220.869,00 €	5.454.004,00 €	3.182.800,00 €	1.665.334,00 €
Finanzaus- gleichsumlage	1.640.748,00 €	1.390.668,00 €	247.452,00 €	1.961.000,00 €	1.493.432,00 €
Kreisumlage	8.999.936,35 €	8.959.136,91 €	7.539.828,66 €	10.299.100,00 €	6.796.516,48 €
zusätzliche Kreisumlage	863.386,36 €	640.112,77 €	0,00 €	1.197.500,00 €	965.683,44 €

Finanzbericht

Im Jahr 2009 kam es zu einer erheblichen Rückzahlung der Gewerbesteuerumlage aus dem Jahr 2008 von rd. 1,1 Mio. €.

Die hohen Aufwendungen aus den Finanzausgleichsumlagen im Jahr 2011 entstehen durch die erheblichen Gewerbesteuerermehrerträge im Jahr 2010. Sie sollen durch die Auflösung einer Finanzausgleichsrückstellung aus dem Jahr 2010 in Höhe von rd. 4,9 Mio. € aufgefangen werden. Diese ist im Jahr 2011 bei den Bilanzbuchungen ersichtlich.

Zur Beurteilung der Entwicklung der Steuererträge wird auch auf den Bericht „Steuerentwicklung“ hingewiesen.

In den Jahren 2008 und 2009 sind bei den Bilanzbuchungen Entnahmen aus der Finanzausgleichsrückstellung von 3,6 Mio. € und 3 Mio. € erfolgt. Diese wurde aus Gewerbesteuermehreinnahmen 2007 gebildet.

Daneben wurden Wertminderungen von Forderungen gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
61200	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2008	RE 2009	RE 2010	Ansatz 2011	Stand 01.07.11
Sachaufwand in T€	-42	381	754	679	570
Personalaufwand in T€	14	13	24	92	30
Stellenanteil			0,15	0,15	
Bilanzbuchungen in T€	74	-8	-8	57	-

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Zinserträge aus der Anlage von liquiden Mitteln sind von 2008 bis 2010 von 167 T€ auf 5 T€ gesunken. Für das Jahr 2011 wurde der Ansatz für Zinserträge von 100 T€ auf 50 T€ halbiert; nach dem heutigen Stand kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass der Ansatz erreicht wird.

Die Zinsen für aufgenommene Kredite sind von 2008 bis 2011 von 100 T€ auf über 700 T€ gestiegen. Im Jahr 2010 kamen zusätzlich noch Zahlungen für Vorfälligkeitsentschädigungen von rd. 180 T€ hinzu. Hierfür wurden Kredite mit Zinssätzen über 5 % abgelöst, die die Stadt von den Kommunalbetrieben, Sparte Städtische Liegenschaftsverwaltung (SBQ) zum 01.01.2010 übernommen hat.

Der Ansatz für das Jahr 2011 ist ausreichend, in dem Anordnungssoll sind bereits alle Zinsaufwendungen bis zum Jahresende für die bestehenden Kredite von insgesamt 35,5 Mio. € enthalten. Es besteht noch eine Restkreditermächtigung von rd. 7,3 Mio. €, hierbei ist die Kürzung der Ermächtigung um 471.200 € vom Innenministerium zur Haushaltssatzung 2011 berücksichtigt.

Zum 01.09.2011 sieht die derzeitige Kreditstruktur wie folgt aus:

Betrag	Laufzeit	Zinssatz in %	Laufzeitende
<u>kurzfristig:</u>			
6 Mio. €	7 Monate	1,425	30.09.2011
6 Mio. €	10 Monate	1,565	30.12.2011
<u>mittelfristig:</u>			
10 Mio. €	5 Jahre	3,04 und 3,11	2014
<u>langfristig:</u>			
rd. 2,5 Mio. €	„alte“ Kredite		
6 Mio. €	20 Jahre	3,670	30.06.2031
5 Mio. €	17 Jahre	3,400	30.06.2028

Bei den Personalaufwendungen sind im Ansatz 2011 die Zahlungen für das Leistungsorientierte Entgelt (LOE) enthalten, die erst nach Berechnung der individuellen Prämien aufgeteilt werden.

Finanzvergleich der Mittelstädte



Nachstehend sind unterschiedliche Finanzdaten von ausgesuchten Mittelstädten aufgeführt, die auf die Doppik umgestellt haben. Die Zahlen stammen aus den veröffentlichten Haushaltsplänen 2011.

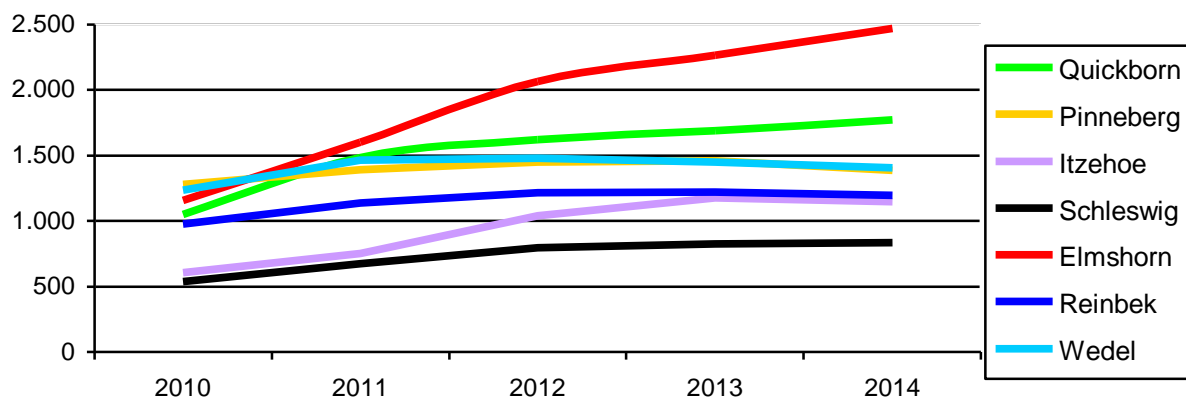
Umstellungszeitpunkte: Stadt Quickborn 01.01.2008
 Stadt Pinneberg 01.01.2009
 Stadt Itzehoe 01.01.2010
 Stadt Schleswig 01.01.2010
 Stadt Elmshorn 01.01.2010
 Stadt Reinbek 01.01.2010
 Stadt Wedel 01.01.2011

1. Schuldenstand / Schuldenentwicklung in T€

Kommune	2010	2011	2012	2013	2014
Quickborn	21.329	30.419	33.212	34.609	36.361
Pinneberg	54.127	58.860	61.251	61.785	58.719
Itzehoe	19.707	24.526	33.849	38.251	37.265
Schleswig	12.946	16.190	19.072	19.760	20.015
Elmshorn	56.064	77.672	100.160	109.949	119.932
Reinbek	25.188	29.430	31.395	31.579	30.940
Wedel	39.792	47.131	47.599	46.679	45.199

2. Schuldenstand / Schuldenentwicklung in € je Einwohner

Kommune	2010	2011	2012	2013	2014
Quickborn	1.051	1.484	1.620	1.688	1.774
Pinneberg	1.280	1.392	1.448	1.461	1.388
Itzehoe	606	754	1.041	1.176	1.146
Schleswig	539	674	794	823	833
Elmshorn	1.155	1.600	2.064	2.265	2.471
Reinbek	975	1.140	1.216	1.223	1.198
Wedel	1.236	1.464	1.479	1.450	1.404



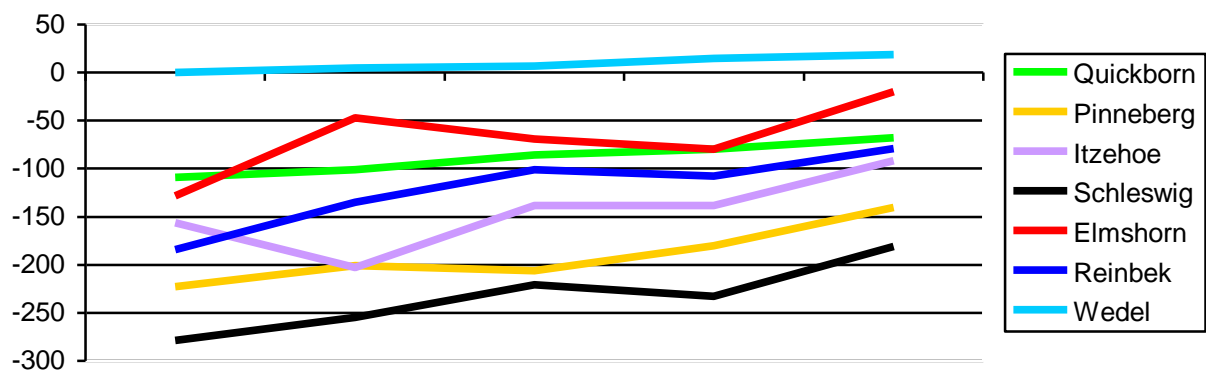
3. Entwicklung der Ergebnizrücklagen und des Eigenkapitals

Da derzeit nur von der Stadt Quickborn eine Eröffnungsbilanz vorliegt, können keine Aussagen über die Entwicklung der Ergebnizrücklagen oder des Eigenkapitals für die anderen Städte gemacht werden.

4. Entwicklung des Ergebnisplanes in € je Einwohner

Kommune	2010	2011	2012	2013	2014
Quickborn	-109	-101	-86	-80	-68
Pinneberg	-223	-201	-206	-180	-140
Itzehoe	-156	-203	-138	-138	-92
Schleswig	-279	-255	-221	-233	-181
Elmshorn	-128	-47	-69	-80	-20
Reinbek	-184	-135	-101	-108	-79
Wedel	-	5	7	15	19

Grafische Darstellung der Entwicklung des Ergebnisplanes von 2010 bis 2014:



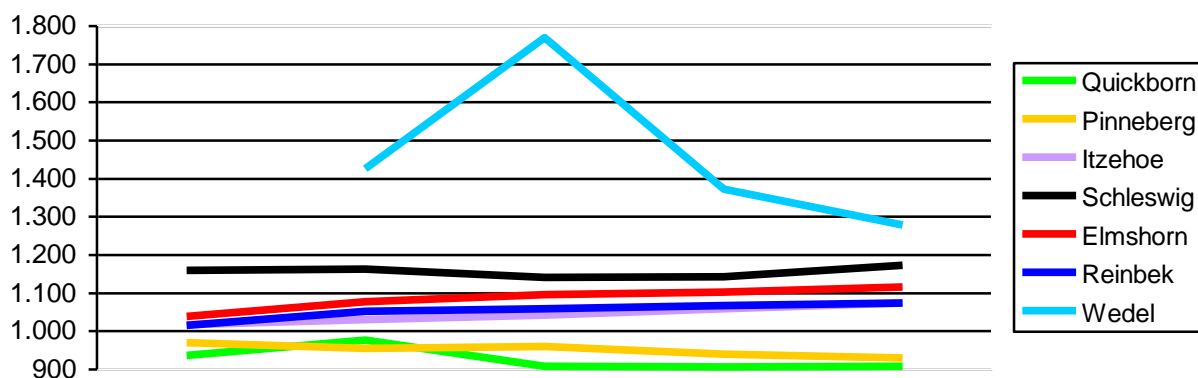
5. Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in T€

Kommune	2010	2011	2012	2013	2014
Quickborn	19.207	20.028	18.612	18.588	18.631
Pinneberg	41.246	40.764	40.808	39.994	39.559
Itzehoe	33.108	33.536	33.883	34.456	34.942
Schleswig	27.835	27.939	27.415	27.459	28.189
Elmshorn	50.852	52.692	53.610	53.910	54.599
Reinbek	26.216	27.152	27.380	27.551	27.719
Wedel	-	45.968	56.970	44.177	41.166

5. Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit je Einwohner

Kommune	2010	2011	2012	2013	2014
Quickborn	937	977	908	907	909
Pinneberg	970	956	960	941	931
Itzehoe	1.018	1.031	1.042	1.059	1.074
Schleswig	1.159	1.163	1.142	1.143	1.174
Elmshorn	1.039	1.077	1.096	1.102	1.116
Reinbek	1.015	1.052	1.060	1.067	1.074
Wedel	-	1.427	1.769	1.372	1.278

Grafische Darstellung der bereinigten Auszahlungen von 2010 bis 2014:

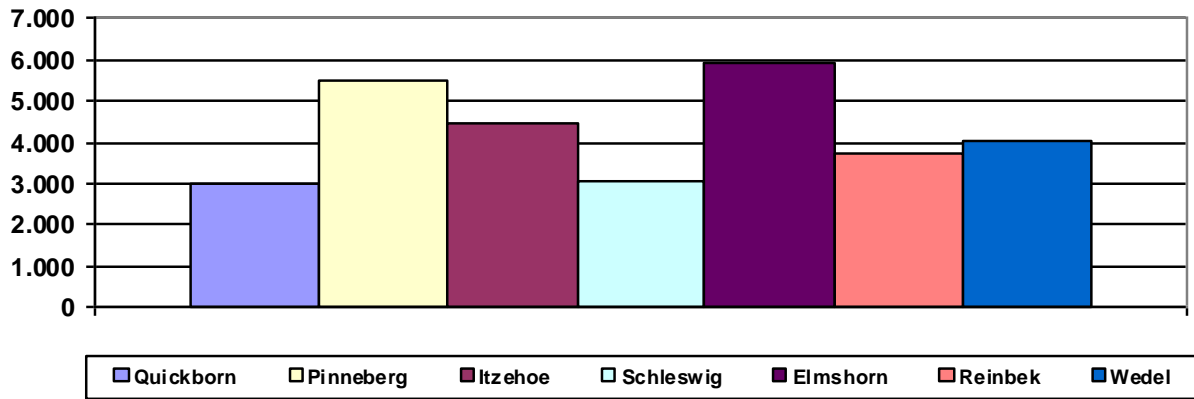


Die Grafik zeigt anschaulich, dass Quickborn die geringsten Verwaltungskosten je Einwohner hat. Entsprechend stehen mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung.

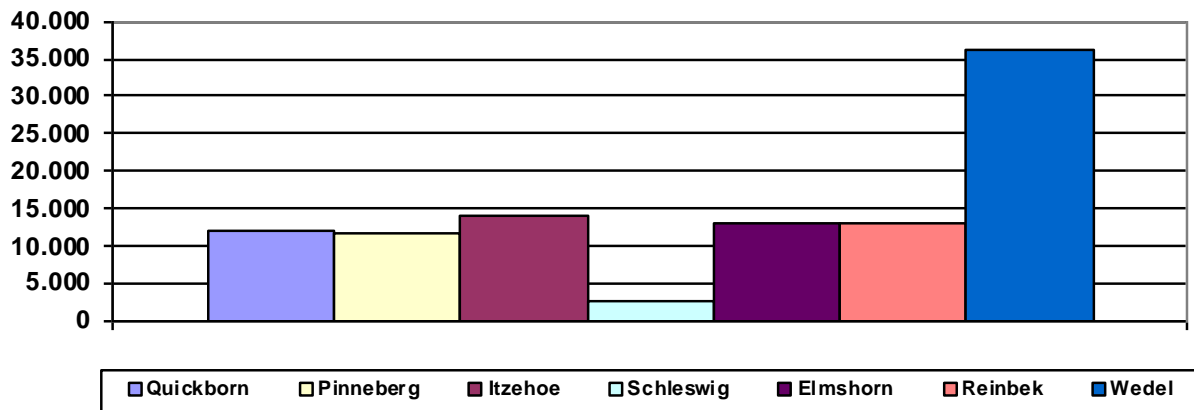
6. Übersicht über wichtige Steuererträge 2010 in T€

Kommune	Grundsteuer B	Hebesatz	Gewerbesteuer	Hebesatz	Einkommensteueranteil	allg. Schlüsselzuweisungen (+) / Finanzausgleichsumlage (-)
Quickborn	2.980	340	12.000	290	8.049	-248
Pinneberg	5.500	370	11.600	350	14.086	3.368
Itzehoe	4.450	370	14.000	350	8.204	1.415
Schleswig	3.050	370	2.500	350	5.550	4.489
Elmshorn	5.930	370	13.000	380	13.680	5.356
Reinbek	3.750	350	13.000	360	10.521	-823
Wedel	4.050	290	36.200	310	10.800	-4.039

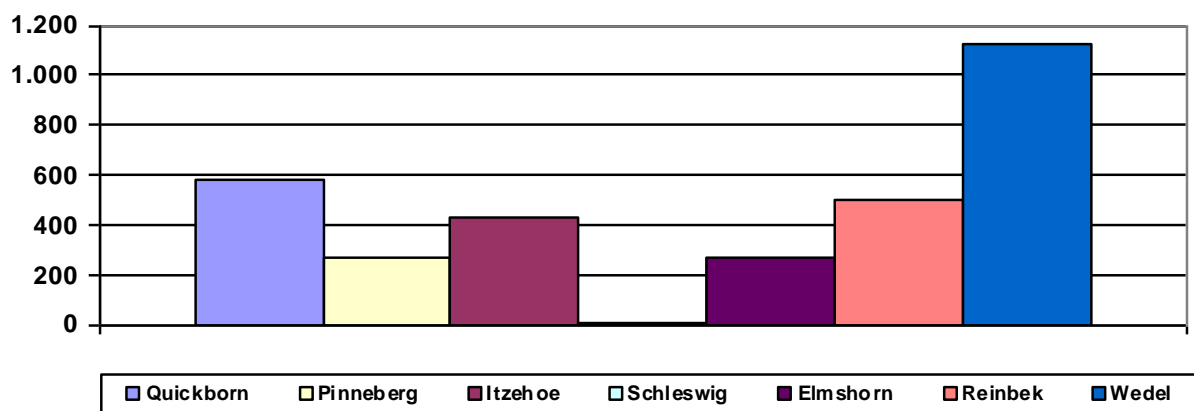
Grundsteuer B (in T€)



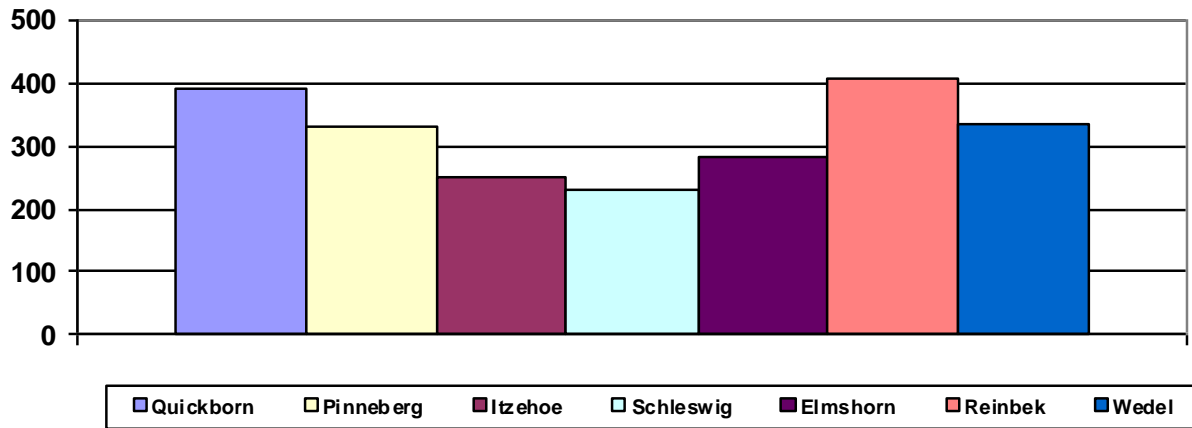
Gewerbesteuer (in T€)



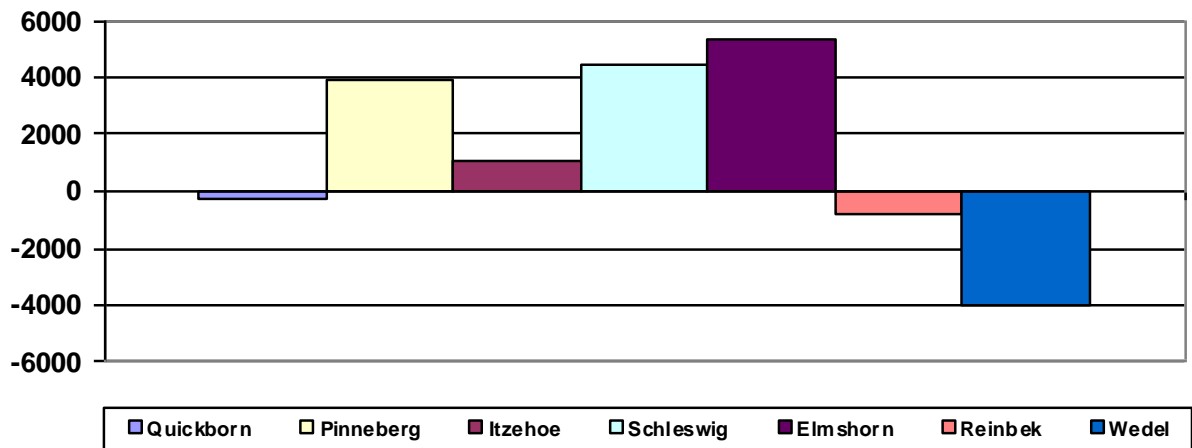
Gewerbesteuer je Einwohner



Einkommensteueranteil je Einwohner



Allg. Schlüsselzuweisungen (+) / Finanzausgleichszahlungen (-) in T€



Entwicklungsberichte



Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

1. Entwicklung der Personalkosten

Personalkosten in € (ohne ARGE/jobcenter)					
Jahr	Verwaltung	Einrichtungen	Gesamtkosten*	Steigerung in %	% **
2001	4.006.726	2.585.693	6.592.419	4,05	32,74
2002	4.065.682	2.163.194	6.228.876	- 1,72	27,68
2003	4.174.695	2.178.208	6.352.903	1,99	30,34
2004	4.449.550	2.323.346	6.772.896	6,61	29,83
2005	4.461.757	2.265.586	6.727.343	- 0,67	26,83
2006	4.195.321	2.387.287	6.582.608	- 2,15	24,24
2007	4.210.000	2.401.700	6.637.275	0,83	23,13
2008	4.539.500	2.482.100	6.937.648	4,53	entfällt
2009	***	***	7.194.442	3,70	entfällt
2010	***	***	7.339.082	2,01	entfällt
2011	***	***	6.951.300	- 5,28	entfällt

- * Es sind die Rechnungsergebnisse angegeben. Für 2011 sind die zu erwarteten Personalkosten aufgeführt.
- ** Anteil an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in % abzüglich kalkulatorischer Kosten, innerer Verrechnungen und Zuführungen zum Vermögenshaushalt. Da das Innenministerium die für den Vergleich notwendigen Vorgaben bei der Doppik noch nicht bekannt gegeben hat, wurde ab 2008 der Anteil an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes prozentual nicht berechnet.
- *** Eine Differenzierung der Personalkosten zwischen Verwaltung und Einrichtungen ist derzeit nicht möglich, weil die Kriterien der allgemein gültigen Abgrenzung zu ermitteln sind.

Die Personalkostenerhöhungen der letzten Jahre sind u. a. auf die Einstellung von zusätzlichem Personal für die ARGE zurückzuführen. In 2010 wurden hierfür 643.138,08 € aufgewendet. Ab Januar 2011 bis dato ist nur noch eine Beamtin dem „jobcenter“ zugewiesen. Die Personalkosten reduzieren sich hierdurch. Dafür erhält die Stadt Quickborn auch geringere Erstattungen von der Bundesanstalt für Arbeit. Außerdem wird seit 2008 für die Schulbausanierung zusätzlich Personal beschäftigt. Darüber hinaus sind auch fortlaufend die Tarif- und Besoldungserhöhungen zu berücksichtigen.

2. Personalbestand/-planung

Personalbestand				
Jahr	Anzahl der Stellen			
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
2001	25,00	104,00	23,00	152,00
2002	26,00	105,00	11,00	142,00
2003	23,19	96,75	11,10	131,04
2004	21,69	97,99	11,31	130,99
2005	20,69	97,99	11,31	129,99
2006	20,69	97,99	11,31	129,99

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Personalbestand und -planung nach Neustrukturierung der Verwaltung			
	Anzahl der Stellen		
Jahr	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
2006	20,69	109,30	129,99
2007	21,42	105,84	127,26
2008	22,83	113,17	136,00*
2009	22,83	110,86	133,69*
2010	22,83	111,13	133,96*
2011	19,69	116,24	135,93

*(ohne das zusätzlich für die ARGE zeitlich befristet eingestellte Personal = 20 Vollzeit-Stellen)

Für die Fachbereiche Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen (städt. Kindertagesstätte) sowie Einwohnerangelegenheiten war es erforderlich, für Mitarbeiterinnen, die sich in Elternzeit befanden, befristet Aushilfen zu beschäftigen. Für das Projekt Schulbausanierung wird weiterhin zeitlich befristet zusätzlich Personal beschäftigt.

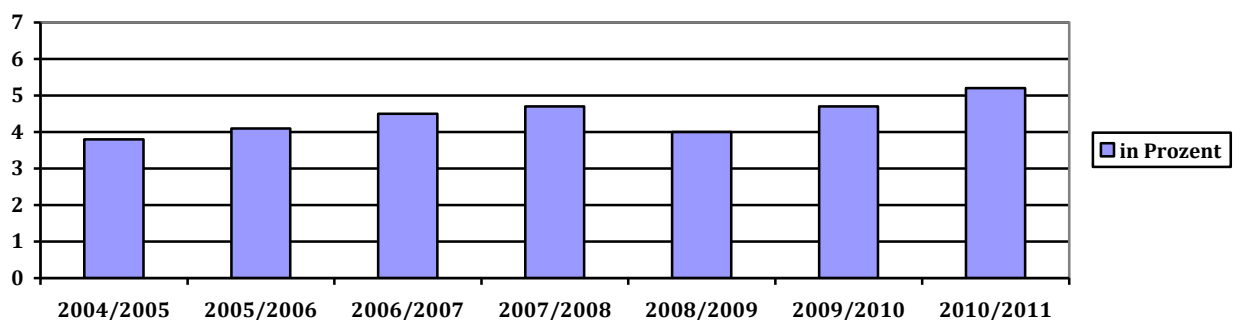
Zurzeit sind innerhalb der Stadtverwaltung (85) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt (inkl. Einrichtungen). Eingerechnet sind hierbei auch die sog. „geringfügig Beschäftigten“.

Folgende Ausfallzeiten waren aufgrund von Erkrankungen zu verzeichnen:

Juli 2010 bis Juni 2011 (= 257 Arbeitstage, 132 Mitarbeiter/innen – ohne Kindertagesstätte und geringfügig Beschäftigte)		
Erkrankungen	Anzahl Mitarbeiter/innen	Ausfalltage
bis 6 Wo.	125	1072
über 6 Wo.	4	192
Dauerkranke	3	496
insgesamt	132	1760

Für das zurückliegende Jahr errechnet sich somit eine Ausfallquote von 5,2 %.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung des Krankenstandes seit Juni 2004.



Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Der Krankenstand hat sich im zurückliegenden Jahr nochmals erhöht und liegt nunmehr bei 5,2 %. Anzumerken ist, dass drei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sehr lange erkrankt waren (Dauerkranke). Bei längerfristigen Erkrankungen werden Maßnahmen zur Reduzierung der Fehlzeiten ergriffen, u. a. Rückkehrergespräche und Maßnahmen zur stufenweisen Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Der Krankenstand in anderen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein hat sich laut Umfrage des Städteverbandes Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren erhöht und liegt derzeit bei 5,9 %. Die Erhebungen der Krankenkassen zeigen seit Längerem, dass mit zunehmendem Alter der Beschäftigten die Zahl der Krankentage steigt. Dies trifft offensichtlich auch auf die Stadt Quickborn zu. Im Vergleich zum privatwirtschaftlichen Bereich beschäftigen die Kommunalverwaltungen sogar überdurchschnittlich ältere Arbeitnehmer. Es sind daher systematische Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorzusehen (z. B. ein betriebliches Gesundheitsmanagement).

3. Einstellungen, Versetzungen, Kündigungen, Ruhestand/Rente und sonst. Gründe für das Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis

	Beamtinnen/ Beamte		Beschäftigte	
	m	w	m	w
Einstellungen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis			2,10	2,43
Einstellungen in ein befristetes Arbeitsverhältnis				2,96
Versetzungen zu anderen Dienstherren				
Kündigungen/Entlassungen aus dem Beamtenverhältnis				
Ruhestand/Rente		0,5		
sonstige Gründe für das Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis			1	0,46
Einstellung für die ARGE				2
Kündigungen/Ausscheiden ARGE			3	13,64

Die Einstellungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse erfolgten für die Schulküche, die offene Ganztagschule und den Handwerkerbereich.

Aufgrund langfristiger Erkrankungen war es erforderlich, befristet Personal zur Vertretung einzustellen.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

4. Verhältnis Frauen/Männer

Besoldung Bes.-Gr.	Frauen	Männer	Beamte insgesamt
Laufbahngruppe 2			
A 15		1,00	1,00
A 14			0,00
A 13	0,00	1,00	1,00
A 12	2,00	3,00	5,00
A 11	0,00	1,00	1,00
A 10	3,19	4,50	7,69
A 9			0,00
Laufbahngruppe 1			
A 9 + Zulage			
A 9	1,00	0,00	1,00
A 8	2,00	1,00	3,00
Ausbildung			0,00
Summen	8,19	11,50	19,69

Entgeltgruppe	Frauen	Männer	Beschäftigte TVöD
14	1,00	0,00	1,00
13	1,00	2,00	3,00
12	0,00	1,00	1,00
11	2,64	3,00	5,64
10	1,38	2,50	3,88
9	13,85	7,00	20,85
8	3,00	1,90	4,90
7	0,00	1,00	1,00
6	11,35	6,00	17,35
5	12,68	9,04	21,72
4	0,00	0,21	0,21
3	1,55	3,81	5,36
2	4,86	0,00	4,86
1	1,82	0,00	1,82
Ausbildung	0,51	2,00	2,51
Summen	55,64	39,46	95,10

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Entgeltgruppe S	Frauen	Männer	Beschäftigte insgesamt
S 16	1,00	0,00	1,00
S 15	1,00	0,00	1,00
S 12	1,00	0,00	1,00
S 11	0,51	0,00	0,51
S 8	2,51	0,00	2,51
S 6	12,62	1,77	14,39
S 4	0,47	0,26	0,73
Summen	19,11	2,03	21,14

Summe Beamte u. Beschäftigte insgesamt	82,94	52,99	135,93
---	--------------	--------------	---------------

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Elternzeit, im Sonderurlaub oder während der Altersteilzeitarbeit in der Freistellungsphase befinden, wurden nicht aufgeführt.

5. Schulung / Weiterbildung

Es war erforderlich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen, um sie auf die zukünftigen Anforderungen vorzubereiten und über die Auswirkungen der gesetzlichen und rechtlichen Veränderungen in der Praxis zu informieren.

Die Angebote nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im letzten Jahr nur in sehr geringem Umfang genutzt.

Erläuterungen zu den Personalausgaben

Für das Jahr 2011 wurde ein Budget für Personalausgaben in Höhe von 7.805.900 € bewilligt.

Folgende Maßnahmen bzw. Umstände haben zu geringeren Ausgaben geführt:

- Vakant gewordene Stellen wurden nur im erforderlichen Umfang nachbesetzt. In jedem Einzelfall wird geprüft, ob eine Wiederbesetzung in vollem Umfang und zu welchem Zeitpunkt notwendig ist. So ist z. B. die Stelle einer Stadtplanerin seit dem 01.04.2011 unbesetzt.
- Neue Stellen wurden bzw. werden nur besetzt, wenn dies unbedingt notwendig ist bzw. hierdurch Haushaltsmittel an anderer Stelle eingespart werden.

Aus den nachfolgend aufgeführten Gründen fielen bzw. werden Mehrkosten anfallen:

- Tarifierhöhung ab 01.01.2011 um 0,6 % und zum 01.08.2011 um weitere 0,5 % plus einer einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 240 €.
- Besoldungserhöhung zum 01.04.2011 um 1,5 % plus Einmalzahlung in Höhe von 360 €.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

- Die Summen für das leistungsorientierte Entgelt und die Prämien erhöhten sich aufgrund des Tarifvertrages um 0,25 %.
- In den Grundschulen der Stadt werden in den Bereichen „Wahrnehmung, Psychomotorik, Sozialverhalten, emotionale Entwicklung und Sprachentwicklung“ zwei Erzieherinnen der städtischen Kindertagesstätte eingesetzt und zur Vertretung dieser Erzieherinnen wird ein Erzieher beschäftigt.
- In der städtischen Kindertagesstätte werden zusätzlich Maßnahmen zur Sprachförderung angeboten. Hierfür sind Mehrstunden zu leisten.
- Für das Projekt Schulbausanierung werden zusätzlich zeitlich befristet zwei Vollzeitkräfte eingesetzt.
- Es wurde Personal für die Offene Ganztagschule und für die Schulküche eingestellt.
- Die Stellen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) verursachen höhere Kosten als die vorherigen Zivildienststellen.
- Es waren bzw. sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund längerer Erkrankungen zu vertreten.

Anzumerken ist, dass die Stadt für die Sprachfördermaßnahmen sowie für die Schulsozialarbeit Zuschüsse vom Kreis Pinneberg und vom Bund erhält. Die Stadt erhält Erstattungen für das Personal, das Kommunit und dem „jobcenter“ zugewiesen ist. Die Erstattungen für das „jobcenter“ werden in 2011 weitaus geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Dafür fallen hierfür weniger Personalkosten an.

Nach den aktuellen Berechnungen und den derzeit zu erwartenden übrigen Ausgaben wird in 2011 das Budget für die Personalausgaben in vollem Umfang benötigt.

Sozialdaten, Sozialleistungen

1. Allgemeine Angaben zur Gewährung von Sozialleistungen nach dem 12. und 2. Sozialgesetzbuch (SGB XII und II)

Kalenderjahre (nur Quickborner Zahlen) /SGB XII	2010	2011
Zahl der aktuell gültigen Fälle (einschl. Asyl)	180	181
Zahl der Gesamtzahl von Personen (einschl. Asyl)	199	217

Zum 31.12.2006 wurde die Delegationssatzung des Kreises Pinneberg aufgelöst, so dass ab dem 01.01.2007 durch die Stadt Quickborn gemäß Vertrag mit dem Kreis auch die zusätzlichen Aufgaben für die Gemeinden des früheren Amtes Bönningstedt (Hasloh, Bönningstedt und Ellerbek) nach dem 12. Sozialgesetzbuch (SGB XII) wahrgenommen werden. Die Personalkosten der Stadt Quickborn werden anhand eines Fallzahlschlüssels vom Kreis Pinneberg erstattet. Weiterhin hat die Stadt Quickborn Einnahmen aus Rückforderungsansprüchen von den sogenannten „Altfällen nach dem Bundessozialhilfegesetz“ erhalten. (2010 = 38.201,08 €)
Die erhöhten Einnahmen im Bereich der Altfälle BSHG begründen sich insbesondere durch die Löschung einer Grundbucheintragung (Sozialhilfe als Darlehen).

Fazit: Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem SGB XII ist leicht angestiegen und liegt weiterhin auf geringem Niveau.

Durch die Sozialgesetzgebung zum 01.01.2005 wurde auch der Finanzierungsanteil der Kommunen neu geregelt.

Seit 01.01.2005 finanziert die Stadt Quickborn 23 % der Unterkunftskosten für ALG II-Bezieher (Unterkunftskosten nach dem 2. Sozialgesetzbuch; 2005: 360.000 €, 2006: 385.000 €, 2007: 341.000 €, 2008: 315.992,37 €; 2009: 316.547,51 €; 2010: 332.415,28 €; 2011: 291.600 € (Abschlagszahlung) an den Kreis, sowie eine höhere Kreisumlage.

Die Städte und Gemeinden haben allerdings keinen direkten Einfluss auf diese Kosten.

Fazit: Es ist zu erwarten, dass der Finanzierungsanteil der Stadt an den Unterkunftskosten usw. nach dem SGB II in 2011 in etwa den des Vorjahres entspricht.

2. Eingereiste Spätaussiedler, die in städtischen Unterkünften untergebracht wurden

Im Jahr 2010 sind keine Personen (2009: 0) der Stadt Quickborn als Spätaussiedler zugewiesen worden. Für das Jahr 2011 erfolgte bisher ebenfalls keine Zuweisung.

Sozialdaten, Sozialleistungen

3. Unterbringung von Asylbewerbern in den städtischen Unterkünften

Im Jahr 2010 sind 18 Personen (2009:12) der Stadt Quickborn als Asylbewerber zugewiesen worden. In 2011 erfolgte bisher nur eine einzelne Zuweisung.

4. Unterbringung von Personen in den städtischen Obdachlosenunterkünften

Altersgruppe	Stichtag 01.07.2010	Stichtag 01.07.2011
03 - 17	3	5
18 - 30	2	2
30 - 40	5	4
40 - 50	2	3
50 - 60	3	3
60 - 70	7	6
70 - 80	1	1
zusammen:	23	24

Im laufenden Jahr hat es bisher 4 Einweisungen gegeben. Von den im Kalenderjahr 2010 eingewiesenen Personen konnten 19, anderen Wohnraum beziehen. 2 Personen konnten in betreute Einrichtungen untergebracht werden.

Fazit: Die Situation in den städtischen Unterkünften stellt sich, wie auch in den Vorjahren weiterhin entspannt dar. Auch nach dem Abriss der Altbauten Feldweg 45 bis 49, sind die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber und Obdachlose ausreichend, da die Zahl der unterzubringenden Personen in Quickborn konstant geblieben ist. Ein Anstieg der Asylbewerber ist darauf zurückzuführen, dass neben Einzelpersonen auch 3 Familien mit mehreren Kindern zugewiesen wurden.

Die positive Entwicklung der Wiedereingliederung von Wohnungslosen und Asylbewerbern in Mietwohnungen ist maßgeblich auf die gute Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen, der Beratungsstelle für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge, dem Jobcenter vor Ort und den Mitarbeitern des Rathauses zurückzuführen.

Sozialdaten, Sozialleistungen

5. Wohnungssituation in der Stadt Quickborn – Wohnungssuchendenliste

Die Stadt Quickborn führt eine Liste, auf der sich Interessierte als „wohnungssuchend“ eintragen lassen können. Für das Kalenderjahr 2011 zum Stichtag 01.07.11 ergibt sich in diesem Zusammenhang folgender Überblick (Zahlen in Klammern das ganze Jahr 2010/2009):

5.1	Anzahl der wohnungssuchenden Haushalte insgesamt:	61 (104/99)
	davon auswärtige Haushalte:	9 (21/21)
5.2	Alleinstehende Personen	
	(1-Zimmer- bis 1 1/2-Zimmer-Wohnungen):	16 (45/62)
	Zwei-Personen-Haushalte:	16 (29/22)
	Drei-Personen-Haushalte:	21 (15/7)
	Vier-Personen-Haushalte:	4 (0/8)
	Fünf-Personen-Haushalte:	3 (0/2)
	Sechs-Personen-Haushalte:	1 (0/1)
	Sieben-Personen-Haushalte:	0 (0/1)
	Acht-Personen-Haushalte:	0 (0/1)

Die Gründe für ein Wohnungsgesuch sind vielfältig. Die Hauptgründe sind folgende:

1. Teure Wohnung
2. Trennung vom Ehepartner
3. Zu kleine Wohnungen
4. Räumungsklage oder Eigenbedarfskündigung liegt vor
5. Arbeitsplatz in Quickborn

Die Nachfrage nach geeigneten und insbesondere günstigen Wohnraum besteht sehr stark von Einzelpersonen und bei jungen Familien (3 Personen Haushalte) mit geringerem Einkommen.

Für den Bezug einer Sozialwohnung oder einer Wohnung, die mit öffentlichen Mitteln erbaut wurde, ist die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheines erforderlich. Ob und welcher Berechtigungsschein der/die Antragsteller/in erhält, ergibt sich aus den persönlichen Einkommensverhältnissen.

Es wurden bis zum Stichtag 30.06.2011 folgende **Wohnberechtigungsscheine** ausgestellt
(Zahlen in Klammern das ganze Jahr 2010/2009):

§ 8-Scheine	§ 88 d-Scheine
67 (79/98)	10 (12/3)

Anträge insgesamt: 77 (91/101).

Fazit: Die Nachfrage nach Wohnberechtigungsscheinen gem. § 8 Wohnraumförderungsgesetz Schleswig-Holstein (SHWoFG) wird in 2011 gegenüber dem

Sozialdaten, Sozialleistungen

Vorjahr ansteigen. Der Schwerpunkt der Ersuchen liegt auch weiterhin bei den 1 – 2 Personen-Haushalten und in 2011 insbesondere auch bei den 3 Personen-Haushalten.

6. Rentenangelegenheiten

Weiterhin werden Rentenangelegenheiten immer dienstags in der Zeit von 16:00 – 17:30 Uhr im Besprechungsraum 31 im Rathaus durch eine Versichertenberaterin der deutschen Rentenversicherung bearbeitet.

Fazit: Die Rentenberatung wird seit Einführung von Sprechzeiten im Rathaus sehr gut angenommen.

7. Wohngeldleistungen

Wohngeld gibt es als „Mietzuschuss“ für den Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers und als „Lastenzuschuss“ für den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Die Wohngeldberechnung erfolgt durch die Stadt Quickborn. Die Kosten werden jedoch vom Land Schleswig-Holstein getragen.

Ob im Einzelfall ein Anspruch auf Wohngeld besteht, hängt von drei Faktoren ab:

- Der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder,
- der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung und
- dem Gesamteinkommen.

	01.07.2009 - 30.06.2010	01.07.2010 - 30.06.2011	Abweichung 2009/10 - 2010/11
Bewilligungen	598	600	+2
Ablehnungen	76	72	- 4
davon Lasten- zuschüsse und Mietzuschüsse	63	54	- 9
	611	618	+7
Ausgezahltes Wohngeld (=Landesmittel)	508.238,64 €	481.748,00 €	- 26.490,64 €
durchschnittliches Wohngeld (mtl.)	166,09 €	230,69 €	64,60 €
Fallzahlen	2.190	2.091	- 99

Fazit:

Die Fallzahlen im Wohngeld haben sich zum Vorjahr um 30 % reduziert. Die Gesamtausgaben sind gleichzeitig aber fast gleich geblieben. Durch den Wegfall der „Heizkostenpauschale“ haben viele Personen, die bisher einen geringen Anspruch hatten, nunmehr keinen Anspruch. Allerdings ist die Anzahl der Haushaltsmitglieder angestiegen, so dass sich das durchschnittliche monatliche Wohngeld erhöht hat.

Sozialdaten, Sozialleistungen

Zum 01.01.2011 hat sich das Wohngeldgesetz geändert. Die vor 2 Jahren eingeführte „Heizkostenpauschale“ wurde wieder gestrichen.

8. Sozialer Wohnungsbau

Bestand bis 31.12.2010: 149 Wohneinheiten

Aktueller Bestand: 129 Wohneinheiten

Voraussichtlicher Bestand 2016: 37 Wohneinheiten

Im Jahr 2016 wird der sozial geförderte Wohnraum drastisch reduziert. Dieser starke Rückgang hängt mit der Darlehensrückzahlung der Wohnungseigentümerin zusammen. Der Wegfall der Sozialbindung für 20 geförderte Wohnungen erfolgt wegen Rückzahlung des Darlehens zum 31.12.2010.

Weitere Rückzahlungen und das Auslaufen der Bindung für 32 Wohnungen zum 01.12.2015, 32 Wohnungen zum 01.02.2016 und 28 Wohnungen zum 01.09.2016 folgen.

Bei den aus der Sozialbindung gefallenem bzw. fallenden Wohnungen handelt es sich um 1 – 3 Zimmer Wohnungen.

Zur Zeit wird intensiv geprüft, welche Möglichkeiten (z.B. kommunale Wohnungsbaugenossenschaft) es gibt, um zukünftig dem Wegfall sozialgeförderten Wohnraumes entgegen zu wirken.

Wirtschaftsdaten

Gewerbegebiete in Quickborn

Es hat im Berichtszeitraum keine Veränderung der Gesamtgewerbefläche in Bebauungsplänen gegeben.

Derzeit sind insgesamt 72,3 ha Gewerbeflächen in Bebauungsplänen ausgewiesen, wovon eine Fläche von 5,0 ha durch einen unwirksamen Bebauungsplan (Bebauungsplan 25 – östlich Bahn/nördlich Feldbehnstraße) nach § 34 BauGB (Art und Maß der baulichen Nutzung muss sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen) zu beurteilen ist (siehe hierzu in der nachfolgenden Übersicht die Bemerkung Nr. 2).

Weitere 11 ha sind im Flächennutzungsplan ausgewiesen und könnten bei Bedarf durch Bebauungspläne überplant werden.

Die nachstehende Übersicht erfasst die überplanten bzw. die nach dem F-Plan möglichen **Gewerbeflächen**

(Erläuterung: GE = Gewerbegebiet, SO = Sondergebiet, GI = Industriegebiet)

Belegenheit	GE ha	SO ha	GI ha	Bemerkungen
Bebauungspläne (B-Pläne):				
B-Plan 36 A Gewerbegebiet Nord Ernst-Abbe-Straße / Carl-Zeiss-Straße / Friedrich-List-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / tlw. Robert-Bosch-Straße	12,0	–	9,5	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 B Gewerbegebiet Nord tlw. Robert-Bosch-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / Borsigkehre	9,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 C Gewerbegebiet Nord Pascalkehre	2,5	2,9	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 D Gewerbegebiet Nord Pascalkehre / Schlesweg-HeinGas-Platz	3,0	3,0	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.1 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Auf dem Halenberg	4,5	4,5	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.2 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring	9,0 exkl. Über- pla- nung B-Plan 36 A	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • Erschließung ist abgeschlossen, Flächen befinden sich in der Vermarktung • GE-Fläche tlw. noch zur freien Verfügung <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 1</p>

Wirtschaftsdaten

Belegenheit	GE ha	SO ha	GI ha	Bemerkungen
B-Plan 63, 1. Änderung und Ergänzung Südwestausgang Kieler Straße – Güttloh	2,7	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 24 Gewerbegebiet Ost Quickborn-Heide / Theodor-Storm-Straße	4,7	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
Unwirksamer Bebauungsplan:				
B-Plan 25 Östlich Bahn / nördlich Feldbehnstraße	5,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz • Beurteilung nach § 34 BauGB (s.o.) • Neuaufstellung eines B-Plan (97 Teil 1) vorgesehen <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2</p>
Ausweisung im Flächennutzungsplan:				
Östlich Bahn / nördlich Justus-von-Liebig-Ring	3,0	1,0	–	<ul style="list-style-type: none"> • Grundstück in Privatbesitz • Aufstellung B-Plan (97 Teil 2) vorgesehen <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2</p>
nördlich Friedrichsgaber Straße / Stadtgrenze Norderstedt	7,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • Grundstück in Privatbesitz
Summe	62,4	11,4	9,5	

Die Stadt verfügt zurzeit über keine eigenen bebaubaren Gewerbeflächen. Diese befinden sich alle im Eigentum Dritter. Daher arbeitet die Stadt eng mit privaten Investoren zusammen.

Bemerkung Nr. 1 (B-Plan 37.2 / tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring):

Die erschlossenen Flächen des o. g. Gewerbegebietes werden von der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH („WEP“ – ehemals: Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft der Kreise Pinneberg und Segeberg mbH) zum Verkauf angeboten. Die Interessenten wenden sich direkt an die WEP oder die Anfragen werden über die Wirtschaftsförderung der Stadt Quickborn an die WEP weitergeleitet. Die Stadt ist hier eng eingebunden.

Es stehen in diesem B-Plangebiet noch 5 kleinere Flächen (1. Fläche: 1.400 qm, 2. Fläche: 2.950 qm, 3. Fläche: 2.850 qm, 4. Fläche: 5.270 qm, 5. Fläche: 6.260 qm sowie größere Fläche (38.800 qm) zur Verfügung.

Wirtschaftsdaten

Bemerkung Nr. 2 (Gewerbegebiet Quickborn-Mitte)

Zum Einstieg in die städtebauliche Planung wurde eine Entwicklungskonzeption erstellt, die als Grundlage für die Aufstellung von neuen Bebauungsplänen dient, ein fortschreibbares Planwerk mit verschiedenen Planungsbausteinen für eine maßnahmen- und stufenorientierte Umsetzung vor Ort.

Die Entwicklungskonzeption wurde von einem Planungsbüro im Fachbereich Stadtentwicklung mit der Wirtschaftsförderung und unter Beteiligung der verschiedenen betroffenen Akteure erarbeitet.

Am 13. Juli 2009 wurde das Entwicklungskonzept von der Ratsversammlung beschlossen und gilt damit als Grundlage für die weitere Planung.

Zur weiteren Planung ist vorgesehen, zunächst für zwei Teilgebiete (des früheren Plangebietes B-Plan 25, der wegen formaler Fehler i.R. einer VG-Entscheidung nicht mehr angewandt wird), neue B-Pläne aufzustellen. Für den Bereich innerhalb des Justus-von-Liebig-Ringes / nördlich Feldbehnstraße (B-Plan 97 Teil 1) und für den Bereich nördlich der Malchower Brücke, zwischen AKN und Wohnbebauung nördlich der Max-Planck-Straße, sowie südlich der Malchower Brücke bis Otto-Hahn-Straße, zwischen AKN und Justus-von-Liebig-Ring (B-Plan 97 Teil 2) hat die Ratsversammlung am 14.12.2009 die Aufstellungsbeschlüsse gefasst.

Damit können sowohl vorhandene Gewerbestandorte weiterentwickelt, als auch neue Flächenpotentiale für überwiegend gewerbliche Nutzungen generiert werden. Die beiden Plangebiete haben eine Größe von ca. 14,1 ha.

Aufgrund aktueller Entwicklungen wird jedoch eine 3 ha. große Teilfläche im Gebiet des B-Planes 97, Teil 1 (Grundstück der aufgegebenen Schokoladenfabrik) voraussichtlich einer anderen Nutzung zugeführt. Ein Projektentwickler möchte auf diesem Areal eine Anlage für Service-Wohnen realisieren sowie eine Privatschule der Johanniter.

Ein weiteres Ergebnis der Entwicklungskonzeption ist der Erhalt des Standortes des Familien-Marktes an der Feldbehnstraße, dessen Eigentümer eine Sanierung / Neugestaltung der Anlage anstrebt. Für dieses Areal werden, ebenso wie für die südlich angrenzenden Grundstücke zwischen AKN und Querstraße, die B-Pläne 78 Teil 1 und 2 aufgestellt (Aufstellungsbeschluss ist 2003 erfolgt).

Mischgebiete (Gewerbe und Wohnungsbau)

Folgende Mischgebiete können noch entwickelt werden:

Nach Maßgabe des Flächennutzungsplanes sind Mischgebiete am nördlichen Ortsausgang Kieler Straße / westlich und östlich B 4 und nördlich Friedrichsgaber Straße vorgesehen. Eine Quantifizierung hinsichtlich einer gewerblichen Nutzung ist zurzeit nicht möglich, da noch unklar ist, wann mit einer Überplanung begonnen werden kann.

Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarktdaten

Die nachstehenden Zahlen und Auswertungen basieren auf statistischen Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit / Statistik-Service Nordost.

Arbeitsplätze in Quickborn / Pendlerstatistik

(Diese Statistik basiert auf allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen)

	Juni 2006	Juni 2007	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010
In Quickborn wohnende Beschäftigte	6.501	6.617	6.836	6.886	6.935
Darunter Auspendler	5.391 (82,9%)	5.509 (83,3%)	5.670 (82,9%)	5.723 (83,1%)	5.720 (82,5%)
Arbeitsplätze in Quickborn	5.428 (+5,4%)	5.563 (+2,5%)	5.937 (+6,7%)	6.405 (+7,9%)	6.644 (+3,7%)
Darunter Einpendler	4.318 (79,6%)	4.455 (80,1%)	4.771 (80,4%)	5.242 (81,8%)	5.431 (81,7%)
Beschäftigte, die in Quickborn wohnen und arbeiten (%-Anteil der in Quickborn zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze)	1.110 (20,4%)	1.108 (19,9%)	1.166 (19,6%)	1.163 (18,2%)	1.215 (18,3%)

Eine aktuelle statistische Zahl für Juni 2011 liegt leider – wie immer zu diesem Berichtszeitpunkt - noch nicht vor.

Die **Einpendler** kommen zum Arbeitsort Quickborn in erster Linie aus den folgenden Orten. Zum Vergleich wurden auch die Vorjahreszahlen aufgelistet.

Einpendler aus den Wohnorten	Juni 2008		Juni 2009		Juni 2010	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	1.108	23,2 %	1.167	24,5 %	1.213	25,4 %
Norderstedt	394	8,3 %	423	8,9 %	416	8,7 %
Henstedt-Ulzburg	236	4,9 %	264	5,5 %	282	5,9 %
Pinneberg	142	4,9 %	148	3,1 %	180	3,8 %
Ellerau	170	3,6 %	173	3,6 %	169	3,5 %
Kaltenkirchen	161	3,4 %	153	3,2 %	168	3,5 %
Elmshorn	118	2,5 %	128	2,7 %	135	2,8 %

Wirtschaftsdaten

Die **Auspendler** fahren in erster Linie zum Arbeiten in die folgenden Orte:

Auspendler zu den Arbeitsorten	Juni 2008		Juni 2009		Juni 2010	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	2.968	55,1 %	2.994	55,5 %	3053	56,6 %
Norderstedt	842	15,6 %	812	15,1 %	787	14,6 %
Pinneberg	145	2,7 %	139	2,6 %	157	2,9 %
Henstedt-Ulzburg	137	2,5%	143	2,7 %	139	2,6 %
Kaltenkirchen	124	2,3 %	119	2,2 %	131	2,4 %
Rellingen	94	1,7 %	90	1,7 %	103	1,9 %
Ellerau	79	1,5 %	95	1,8 %	100	1,9 %

Arbeitslose:

Im Juni 2011 waren in Quickborn 367 Personen arbeitslos.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt stark gesunken, wobei ein Anstieg der Langzeitarbeitslosen auf geringem Niveau zu verzeichnen ist. Außerdem ist die Zahl der Arbeitslosen, die schwerbehindert sind, kontinuierlich auf den gleichen Stand geblieben.

Arbeitslose	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010	Juni 2011
Insgesamt	453	431	451	367
Männer	195	235	240	197
Frauen	258	196	211	170
Deutsche	381	382	397	309
Ausländer	72	49	54	58
Vollzeit	329	320	354	266
Teilzeit	124	81	97	79
Jüngere unter 25 Jahren	38	38	53	30
55 Jahre und älter	65	73	94	88
Langzeitarbeitslose (>1Jahr)	107	85	50	60
Schwerbehinderte	24	21	20	21

Seit dem Jahr 2008 wird die Arbeitslosenquote auf Gemeindeebene seitens der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr zur Verfügung gestellt, da sich laut Aussage der Bundesagentur für die Gemeindestrukturen keine verlässlichen Bezugsgrößen bestimmen lassen.

Vergleicht man allerdings die in Quickborn wohnenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigte (s. vorherige Seite) mit den Arbeitslosenzahlen erhält man folgende Quoten:

Jahr 2008 - 6,2 %,

Jahr 2009 - 5,8 %

Jahr 2010 - 6,1 %.

Jahr 2011 - 5,0 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2010).

Bei diesem Vergleich sind die Anzahl der Selbstständigen nicht berücksichtigt.

Gewerbebetriebe

Rechtsformen der Gewerbebetriebe

Die nachstehenden Auswertungen geben einen Überblick zu den **Rechtsformen**, den **Betriebsarten** und der **Branchenverteilung** der Gewerbebetriebe.

Die Daten basieren auf der im Fachbereich Einwohnerangelegenheiten geführten Gewerbedatei.

Die angemeldeten Gewerbebetriebe zum jeweiligen Stichtag 01.07. sind in folgenden Rechtsformen tätig (gewesen):

Rechtsform	Anzahl 01.07.2009	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011
Natürliche Person (Einzelhandelskaufmann, Einzelgewerbetreibender, ICH-AG)	1477	1471	1526
Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH	373	361	364
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts – BGB-Gesellschaften, GbR	51	49	55
GmbH & Co. KG	63	65	66
Firma eines Einzelkaufmanns (Natürliche Person mit Eintrag ins Handelsregister – Vollkaufmann)	23	23	24
Aktiengesellschaft – AG	11	12	14
Unternehmergesellschaft	5	12	14
GmbH in Gründung	14	13	13
Kommanditgesellschaft – KG	14	15	12
Private Company Limited by Shares	7	7	8
Offene Handelsgesellschaften – OHG	7	6	7
Ausländische Rechtsformen	6	7	6
GmbH & Co. OHG	2	3	3
Kommanditgesellschaften auf Aktien – KGaA	1	1	1
Eingetragene Genossenschaft	1	1	1
Ltd. & Co. KG	-	-	1
Gewerbebetriebe gesamt:	2.050	2.046	2.115

Betriebsarten der Gewerbebetriebe

Die Betriebsarten sind in der Gewerbeordnung festgelegt und gliedern sich in **Industrie**, **Handel**, **Handwerk** und **Sonstige**.

Gewerbebetriebe

Unter Sonstige sind im Wesentlichen die gewerblichen Dienstleistungen enthalten.

Soweit möglich, sind Verknüpfungen der einzelnen Betriebsarten dargestellt.

Betriebsart	Anzahl 01.07.2009	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011
Sonstige	1031	1084	1165
Handel	484	473	477
Handel und Sonstige	201	192	182
Handwerk	186	182	185
Handel und Handwerk	39	40	40
Industrie und Handel	16	16	15
Handwerk und Sonstige	18	23	21
Industrie	13	15	14
Handel, Handwerk und Sonstige	6	7	7
Industrie und Handwerk	1	1	1
Industrie und Sonstige	1	1	1
Industrie, Handel und Sonstige	0	0	0
Ohne Angabe	8	7	5
Gesamtzahl der aktiv gemeldeten Gewerbebetriebe	2.004	2.041	2.113

Wie aus der Betriebsart ersichtlich, sind Handel und Dienstleistung (Sonstige) prägend für das Wirtschaftsleben in Quickborn.

Dieses wird auch aus der nachstehenden Auswertung nach Branchenoberbegriffen deutlich:

(Anmerkung: Mehrfachnennungen zur Angabe der Branche sind bei der An- und Ummeldung des Gewerbes möglich).

Branchennummer	Branchenbezeichnung	Anzahl 01.07.2009	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	399	396	414
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	380	366	381
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	245	234	219
45	Baugewerbe	170	171	184
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	118	138	153
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	131	140	140
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	88	81	81

Gewerbebetriebe

Branchennummer	Branchenbezeichnung	Anzahl 01.07.2009	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011
55	Gastgewerbe	73	69	75
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	70	71	72
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	68	66	68
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	66	68	65
64	Nachrichtenübermittlung	36	48	51
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	44	45	49
1	Landwirtschaft und Jagd	27	32	46
66	Versicherungsgewerbe	19	29	42
28	Herstellung von Metallerezeugnissen	31	35	37
73	Forschung und Entwicklung	17	25	36
22	Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	30	33	35
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	34	32	33
40	Energieversorgung	18	22	31
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	37	31	31
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	23	23	26
80	Erziehung und Unterricht	19	21	26
65	Kreditgewerbe	14	15	22
62	Luftfahrt	12	13	21
35	Sonstiger Fahrzeugbau	7	11	20
18	Bekleidungs- und Lederwarenherstellung	10	12	18
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	9	11	16
15	Ernährungsgewerbe	13	15	15
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	12	14	15
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	14	13	15
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	12	12	14
29	Maschinenbau	11	11	13
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	5	6	12
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2	4	11
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.Ä.	4	7	11

Gewerbebetriebe

Branchen- nummer	Branchenbezeichnung	Anzahl 01.07.2009	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011
17	Textilgewerbe	10	9	10
26	Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	8	8	10
95	Private Haushalte mit Hauspersonal	9	8	9
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonsti- ger Bergbau	9	7	6
61	Schifffahrt	4	5	6
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sons- tige Entsorgung	3	6	6
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6	5	5
41	Wasserversorgung	4	6	5
16	Tabakverarbeitung	1	3	4
19	Ledergewerbe	2	4	4
2	Forstwirtschaft	2	2	3
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	2	3	3
13	Erzbergbau	1	2	3
21	Papiergewerbe	1	1	3
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	1	1	2
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenve- rarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3	2	2
5	Fischerei und Fischzucht	-	-	1
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwa- genteilen	2	2	1
37	Recycling	1	1	1
11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbrin- gung damit verbundener Dienstleistungen	1	-	-

Steuerentwicklung

Stand am 01.08.2010	Haushalts- ansatz (HHA)	Anordnungssoll (AOS)	Ist	Differenz zw. HHA und AOS
Grundsteuer A	46.000,00	45.554,32	26.738,24	-445,68
Grundsteuer B	2.980.000,00	3.041.070,47	1.707.927,49	61.070,47
Gewerbsteuer	13.000.000,00	13.854.716,29	7.818.845,69	854.716,29
Sonst. Vergnü- gungssteuer	120.000,00	83.000,66	98.587,78	-36.999,34
Hundesteuer	80.000,00	88.761,19	81.062,73	8.761,19
Einkommensteuer- anteil	8.373.400,00	4.917.722,00	4.917.722,00	-3.455.678,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	589.500,00	301.014,00	301.014,00	-288.486,00
Sonderausgleich	1.071.900,00	630.987,00	630.987,00	-440.913,00
Verzinsung von Steuernachforder.	150.000,00	248.995,25	236.657,39	98.995,25
Summe	26.410.800,00	23.211.821,18	15.819.542,32	-3.198.978,82
nachrichtlich: Gewerbsteuerum- lage	3.182.800,00	1.665.334,00	1.665.334,00	1.517.466,00

Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll um rd. 60 T€ über dem Ansatz von 2.980.000 €, da diverse bebaute Grundstücke vom Finanzamt erstmals oder neu bewertet worden sind. Auch im letzten Jahr wies das Rechnungsergebnis ein Plus von rd. 85 T€ aus. Für die Jahre ab 2012 kann der Ansatz in der Haushaltsplanung von 2.980.000 € auf 3.020.000 € erhöht werden; zur Aufstellung der mittel- und langfristigen Finanzplanung 2011 – 2020 wurde noch mit 2.980.000 € gerechnet. Über 3.020.000 € sollte der Ansatz allerdings nicht erhöht werden, da in dem erreichten Anordnungssoll auch immer Beträge aus Nachzahlungen vergangener Jahre enthalten sind.

Gewerbsteuer

Der Ansatz der Gewerbsteuer beträgt zum Haushalt 2011 13 Mio. €.

Zum 01.08.2010 beläuft sich das Anordnungssoll auf 13,8 Mio. €. In dem Anordnungssoll enthalten sind zahlreiche angepasste Vorauszahlungen für die Jahre 2010 und 2011 sowie Abrechnungen der Jahre bis 2009.

Wie bei den Gewerbsteueremehrträgen in 2010 von rd. 7,5 Mio. € muss auch bei dieser im Vergleich geringeren Überschreitung beachtet werden, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 ein Teil der Mittel für die Umlagezahlungen des nächsten Jahres zurückgestellt werden sollten.

Steuerentwicklung

Gewerbsteuerumlage

Die Zahlung der Gewerbsteuerumlage erfolgt vierteljährlich nachträglich anhand der Istzahlungen der Gewerbsteuer. Die Umlage für das 4. Quartal 2010 wurde im Februar 2011 abgerechnet und ergab eine Rückzahlung von 229.953 €.

Die Umlagezahlungen für das 1. und 2. Quartal 2011 liegen noch im Rahmen des Haushaltsansatzes. Die sich aufgrund der Mehrerträge bei der Gewerbsteuer ergebende Umlagezahlung von rd. 200.000 € kann durch die zuvor erwähnte Abrechnung des Jahres 2010 gedeckt werden.

Vergnügungssteuer

Die im Vergleich um rd. 15 T€ höheren Isteinzahlungen gegenüber dem Anordnungssoll resultieren aus der Zahlung alter Widerspruchsfälle, die beschieden worden und die Schuldner danach zur Zahlung der alten Steuerschulden aufgefordert worden sind.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Ansatz erreicht oder sogar überschritten wird. Das Rechnungsergebnis 2010 lag bei 121.307,14 €.

Hundesteuer

Die Beschlussfassung einer neuen Hundesteuersatzung erfolgte durch die Ratsversammlung am 01.11.2010 (1. Hund: 66 €, 2. Hund: 108 €, jeder weitere Hund: 144 €). Zum Jahresbeginn 2011 wurden auf Grundlage der neuen Hundesteuersatzung bereits Erträge 87.234 € veranlagt. Im Laufe des Jahres sind dann mehr Hunde im Stadtgebiet dazugekommen als abgemeldet wurden.

Anteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, Sonderausgleich

Da für diesen Bericht der Stichtag 01.08.2011 gewählt worden ist, sind bereits die ersten beiden Quartalszahlungen 2011 aufgeführt. Für das 1. Quartal 2011 hat die Stadt Quickborn einen Anteil von 2,1 Mio. € erhalten, für das 2. Quartal einen Anteil von 2,75 Mio. €. Hinzu kommt ein Betrag von 50 T€ aus der Abrechnung des Jahres 2010.

Nach der Mai-Steuerschätzung soll mit einem Einkommensteueranteil von 8 Mio. € gerechnet werden. Legt man die ersten beiden Quartalszahlungen auch für die nächsten beiden Quartale zugrunde, werden sowohl die Prognose der Mai-Steuerschätzung, als auch der geplante Ansatz von 8.373.400 € deutlich überschritten.

Da der Einkommensteueranteil auch Bestandteil des Finanzausgleichs ist, sind ggf. zum Jahresabschluss 2011 von den Mehrerträgen Rückstellungen zu bilden, um erhöhte Umlagezahlungen in 2012 und 2013 begleichen zu können.

Beim Umsatzsteueranteil betrug die Zahlung für das 1. Quartal 2011 152.019 € und für das 2. Quartal 2011 148.995 €, insgesamt 301.014 €. Davon ausgehend, dass die nächsten 2 Quartalszahlungen in ihrer Höhe den ersten Zahlungen entsprechen, kann der geplante Ansatz von 589.500 € zum Jahresende sogar überschritten werden. Nach der Prognose der Mai-Steuerschätzung soll die Einnahme um rd. 20.000 € höher als geplant ausfallen, dies entspricht in etwa der bisherigen Entwicklung.

Steuerentwicklung

Der Ansatz „Sonderausgleich“ wurde zur Aufstellung des Haushaltes 2011 den Empfehlungen des Haushaltserlasses 2011 angepasst. Nach dem Finanzausgleichserlass 2011, der im Januar 2011 eingegangen ist, kann mit Mehrerträgen von rd. 10.000 € gerechnet werden.

Verzinsung von Steuernachforderungen

Liegt die Gewerbesteuervorauszahlung einer Firma unter dem Abrechnungsergebnis, muss für den übersteigenden Betrag eine Verzinsung von 0,5 % je vollen Monat geleistet werden. Im ersten Halbjahr 2011 konnten dadurch 86 T€ mehr Zinsen eingenommen werden, als ursprünglich geplant.

Umgekehrt muss die Stadt auch Zinsen für Abrechnungen zahlen, die unter der Vorauszahlung liegen. Hierfür sind 20 T€ geplant; der Ansatz wurde bislang um 6 T€ überschritten.

Zusammenfassung

Aus heutiger Sicht werden die Ansätze der Steuererträge erreicht oder sogar überschritten. Den Mehrerträgen stehen auf der anderen Seite Umlagezahlungen und Rückstellungsbildungen gegenüber.

Zur ergänzenden Information wird nachstehend aufgeführt:

1. Aufgliederung des Gewerbesteueraufkommens

Von den 1.875 Betrieben zahlten 2009

1.437 Betriebe	76,64 %	keine Gewerbesteuer
119 Betriebe	6,35 %	bis 1.000 €
255 Betriebe	13,60 %	von 1.001 € bis 10.000 €
54 Betriebe	2,88 %	von 10.001 € bis 100.000 €
10 Betriebe	0,53 %	über 100.000 € Gewerbesteuer jährlich

Die Angaben beziehen sich auf das Jahresergebnis 2009.

76,64 % der Betriebe unterliegen nicht der Gewerbesteuerpflicht

19,95 % der Betriebe zahlen eine Steuer, die den Betrag von 10.000 € im Einzelfall nicht überschreitet

3,41 % der Betriebe zahlen im Einzelfall mehr als 10.000 €

Steuerentwicklung

2. Höhe der Hebesätze der Realsteuern von umliegenden Kommunen:

Kommune	Grundsteuer A v.H.	Grundsteuer B v.H.	Gewerbsteuer v.H.
Gemeinde Ellerau	300	300	320
Gemeinde Halstenbek	300	300	330
Gemeinde Rellingen	200	220	300
Gem. Henstedt-Ulzburg	260	275	310
Stadt Elmshorn	350	370	380
Stadt Kaltenkirchen	260	260	310
Stadt Norderstedt	300	410	420
Stadt Pinneberg	350	370	350
Stadt Wedel	280	290	310
nachrichtlich: Durchschnittswert der Mittelstädte	330	347	348
Stadt Quickborn	340	340	290
Differenz zum Durch- schnittswert der Mittels- tädte	10	-7	-58

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 78	Ostseite AKN Nördlich und südlich der Feldbehnstraße	Aufstellungsbeschluss vom 17.07.2000 Die städtebauliche Konzeption wurde erarbeitet. Das Verfahren ruht seither, weil zunächst die Entwicklung auf der Westseite der AKN abgewartet werden musste.	Nach Abschluss des Rahmenkonzeptes östliche Innenstadt ist zu klären, ob und inwieweit für die beiden Teilgebiete Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden.	Für die Fläche südlich der Feldbehnstraße besteht noch kein Handlungsbedarf (Entscheidungsnotwendigkeit der Grundeigentümer). Bearbeitung des Teilgebietes I (Nord) wird sich in der 2.Jahreshälfte 2011 klären.
Neufassung des Bebauungsplanes 25	Gewerbegebiet Justus-von-Liebig-Ring und Wohngebiet Max-Planck-Straße	Der Bebauungsplan 25 wurde vom Verwaltungsgericht Schleswig für nichtig erklärt und ist durch Beschluss der RV vom 16.06.1997 nicht mehr anzuwenden.	Die Inhalte und Ziele des städtebaulichen Konzeptes (Entwicklungskonzeption östliche Innenstadt) zur Vorbereitung neuer Bebauungspläne wurden von der Ratsversammlung im Juli 2009 beschlossen	Teilflächen des Bebauungsplanes 25 werden nunmehr im Rahmen der Aufstellungsverfahren für die <u>B-Pläne 97 Teil 1 und 97 Teil 2</u> neu überplant. Hierfür wurden im Oktober 2009 die Aufstellungsbeschlüsse gefasst.
Troglösung Harksheider Weg (Bestandteil einer innerstädtischen Verkehrslösung im Zusammenhang mit der erfolgten Umgestaltung der Innenstadt)	Quickborn-Ort	Wiederaufnahme des Verfahrens mit Vorstellung der Vorzugsvariante durch das beauftragte Büro am 09.05.2006 im Ausschuss für Planung und Bau. Konkretisierung der Planung, Bodenerkundung durch Bohrungen (Baugrunduntersuchung), sowie eine Verkehrszählung sind erfolgt	Eine Abstimmung der Stadt und der AKN mit dem Land Sch.-H. über die Finanzierung führte zu einem negativen Ergebnis im Hinblick auf Priorität in der Dringlichkeit der Maßnahme. Der Antrag wurde daraufhin zurückgestellt und soll im Zusammenhang mit der Schließung weiterer Bahnübergänge untersucht werden.	Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird zu gegebener Zeit vorbereitet (noch nicht terminiert), ebenso der Entwurf einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung. Das Projekt ruht aufgrund des Beschlusses des ASU vom 03.12.2008 bis auf weiteres bzw. <i>bis neue Erkenntnisse die Wiederaufnahme der Planung nahelegen.</i>
Bebauungsplan 45 sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes (bislang sogenannte „weiße Fläche“ – mit Klärungsbedarf), Anpassung des Landschaftsplanes	„Schwarzbaugebiet“ Harksheider Weg / Hasloher Weg / Kurzer Weg	Gutachtens eines Beraterbüros über die weitere Vorgehensweise wurde im Okt 2004 vorgelegt und mit dem Innenministerium und dem Kreis Pinneberg diskutiert. Ferner wurde am 17.05.05 ein Lärmgutachten vorgelegt.	Der Klärungsprozess mit dem IM über die Lärmproblematik hält weiter an. Weitere schriftliche und mündliche Kontakte sind notwendig, konnten jedoch noch nicht erfolgen.	Die Planung wird voraussichtlich ab 2012 weiter bearbeitet (nach Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für den sechsstreifigen Ausbau der BAB A7), wenn feststeht, dass ausreichender Lärmschutz geschaffen wird.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
<p>Bebauungsplan 73 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)</p>	<p>zwischen Amselweg, Feldbehnstrasse und Pappelweg</p>	<p>Wiederaufnahme des Verfahrens nach erfolgtem Ankauf des Grundstückes durch die Stadt Quickborn. Anhandgabe einer Teilfläche im Süden an die zwischenzeitlich gegründete Genossenschaft QUICKBORNS eG zur Realisierung eines generationsübergreifenden Wohnprojektes mit 27 Wohneinheiten. Dafür wurde 2010 ein Konzept entwickelt. Die nördliche Teilfläche „bleibt grün“, Erhalt und Verbesserung des Waldbestandes, sowie Anlegen von öffentlichen Fußwegeverbindungen.</p> <p>Der Aufstellungsbeschluss wurde am 22.11.2010 gefasst und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte am 02.02. 2011. Parallel wurde die TÖB-Beteiligung durchgeführt.</p> <p>Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Hinblick auf die künftige Baufläche unbedenklich.</p>	<p>Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss, sowie die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanelntwurfes sollen im 3. und 4.Quartal 2011 erfolgen.</p> <p>(Beschluss wurde am 05.09.2011 gefasst)</p>	<p><u>Aufgabe der Genossenschaft :</u></p> <p>Planerische Ausarbeitung des Wohnprojektes, gewinnen weiterer Mieter / Genossenschaftsmitglieder und Sicherstellung der Finanzierung.</p> <p>Baubeginn nach Abschluss des Bebauungsplanes möglich.</p> <p><u>Aufgabe der Stadt :</u></p> <p>Weiterhin beratende Mitwirkung in der Projektgruppe Wohnprojekt „QUICKBORNS eG“.</p> <p>Abwägungs- und Satzungsbeschluss voraussichtlich im 4.Quartal 2011.</p> <p>Umsetzung der Grünentwicklung und Bau von zwei geplanten öffentlichen Fußwegen ab 2012 möglich.</p>

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 56	Fabrikgelände Theodor-Storm-Straße	<p>Ein Satzungsbeschluss wurde bereits vor vielen Jahren vorbereitet. Verfahren ruht, weil der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt und dem Eigentümer der Planfläche nicht zustande gekommen ist.</p> <p>Bauaufsichtliche Anordnung des Kreises Pinneberg zum Abriss der Gebäude auf dem Grundstück erging 2010 an den Eigentümer. Die Gebäude wurden im Januar 2011 abgerissen.</p>	<p>Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Februar 2011) soll die Verwaltung mit dem Eigentümer des Grundstückes Kontakt aufnehmen und die künftige Nutzung klären.</p> <p>U.U. Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan.</p>	<p>Eine erneute Überplanung hat für die Stadt z.Z. keine Priorität.</p> <p>Aufgrund neuer Gesetzeslage (BauGB 2006) wäre ein völlig neues Aufstellungsverfahren erforderlich.</p> <p>Da die zwischenzeitlich erfolgten Kontakte zum Eigentümer noch keine deutlichen Anhaltspunkte ergaben, ist die weitere Entwicklung unklar. In der 2. Jahreshälfte 2011 werden Gespräche geführt.</p>
Bebauungsplan 102 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	stadteigene Fläche ehemaliger Mobilheimstandort	Die Ratsversammlung hat am 01.03.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst, mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung, ob ergänzend zu einer Einfamilienhaus-Bebauung in Teilbereichen die Realisierung von Mehrfamilienhäusern möglich und sinnvoll ist.	Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	<p>Ergebnis des Prüfauftrages war die Projektierung einer Reihenhauses-Mietwohnanlage (mit Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus) durch eine Wohnungsbaugesellschaft. Während der Ankaufsverhandlungen erfolgte dann Mitte des Jahres 2011 eine Absage des Unternehmens.</p> <p>Seitdem werden neue Überlegungen angestellt zur Realisierung von Wohnprojekten durch eine zu gründende Genossenschaft.</p>

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB)	nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Himmelmoorweg	Der Aufstellungsbeschluss erfolgte im September 2008, der Scooping -Termin war im Februar 2009 sowie die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im März 2009. Im 2. Quartal 2011 wurde der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst, sowie die öffentliche Auslegung und die TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich.	Konkretisierende Planung durch den Investor (Gebäude-, Energie-, Erschließungskonzept) für den Durchführungsvertrag mit der Stadt Quickborn. Vertragsabschluss, sowie Abwägungs- und Satzungsbeschluss voraussichtlich bis Jahresende 2011.	Bemerkung: Im Verfahren wurde u.a. von einer Bürgerinitiative ange-mahnt die verkehrlichen Auswirkungen im Himmelmoorquartier zu beachten. Beginn der Erschließungsarbeiten ab 2012 möglich.
Bebauungsplan 100 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	Waldsiedlung Kiefern-hain	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zu-vor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffen-beteiligung statt-gefunden.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigen-tümer. Entwurf- und Ausle-gungsbeschluss	.
Bebauungsplan 101 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	Waldsiedlung Quick-born-Heide-Nord	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zu-vor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffen-beteiligung statt-gefunden. Im No-vember 2010 musste eine Veränderungs-sperre erlassen wer-den.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigen-tümer. Entwurfs- und Ausle-gungsbeschluss.	.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
B-Plan N.N.	östlich Klingenberg/ westlich Kieler Straße	frühzeitige Bürgerbeteiligung vom 08.12.2003	Das Projekt „Betreutes Wohnen“ ruht auf Wunsch des Eigentümers.	nicht absehbar
Bebauungsplan 103 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB) Projekt „kostengünstiges Bauen für junge Familien“ (Junges Wohnen II)	<ul style="list-style-type: none"> Gebiet zwischen Marktstraße und Raiffeisenstraße 	<p>Der Aufstellungsbeschluss erfolgte am 22.11.2010, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Mai 2011. Nach dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss am 30.05.2011 wurde im unmittelbaren Anschluss die öffentliche Auslegung und die TÖB-Beteiligung durchgeführt.</p> <p>Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich.</p>	Der Abwägungs- und Satzungsbeschluss wurde am 05.09.2011 gefasst. Zuvor wurde ein Städtebaulicher- und Erschließungsvertrag gem. § 11 und § 124 BauGB abgeschlossen.	<p>Der Vertragspartner wird im Oktober 2011 mit den Erschließungsarbeiten beginnen und die Veräußerung der Baugrundstücke nach vertraglich vereinbarten Kriterien (analog „Junges Wohnen I – Achtern Sand“) in Abstimmung mit der Stadt veräußern.</p> <p>Die ersten Hochbauten können ab dem 2.Quartal 2012 errichtet werden.</p>
Bebauungsplan 39 1. Änderung (vereinfachtes Verfahren gem. § 13)	Grundstück Marktstraße 7	Am 01.11.2010 wurde der Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung gefasst, mit dem Ziel „Anpassung der Erschließung/Ausweisung von Stellplatzflächen im Rahmen der Erweiterung der Feuerwache“.	Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	Baugenehmigung wurde zeitlich befristet, daher Änderungsverfahren nötig.
Überplanung der nach § 34 BauGB bebauten Flächen im gesamten Ortsteil Quickborn-Heide	Ortsteil Quickborn Heide	<p>Die Grundlagenarbeit für eine „Innenentwicklung“ in Quickborn-Heide wurde Mitte 2010 abgeschlossen und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten.</p> <p>Die Ratsversammlung hat bisher Beschlüsse zur Aufstellung von 4 Bebauungsplänen gefasst.(B 100, B 101, B 102, B 104)</p>	frühzeitige Behördenbeteiligung und Öffentlichkeitsbeteiligung (bei B 102 und B 104)	<p>Im Zuge der Prioritätenberatung des ASU am 30.06.2009 wurden die verwaltungsseitig vorgelegten Handlungsvorschläge zur Grundlage der weiteren Bearbeitung bestimmt.</p> <p>.</p>

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 97 Teil 1	Gewerbegebiet Mitte (südl. Bereich u.a. das Gelände der früheren Schokoladenfabrik)	Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse waren unbedenklich, es sind noch 2 weitere Tiefenbohrungen abzuwarten.	Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	Klärung der Frage, ob am südl. Rand des Plangebietes (entlang der Feldbehnstraße) anstelle der vorgesehenen Gewerbegebietsausweisung auch eine Mischgebietsausweisung sinnvoll wäre. Ein Projektentwickler möchte dort eine Anlage für „Service-Wohnen“ sowie eine Privatschule der Johanniter errichten.
Bebauungsplan Nr. 97 Teil 2	Gewerbegebiet Mitte (nördlich der Malchower Brücke)	Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich.	Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	
Bebauungsplan Nr. 54	Ziegenweg / südöstlich Am Mühlenberg	Die Ratsversammlung hat am 28.06.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst.	Vor der noch ausstehenden frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden erfolgt aktuell die Klärung von Rahmenbedingungen und Grundlagenermittlungen	

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Überplanung einzelner nach § 34 BauGB bebauten Flächen im zentralen Ortsteil	Quickborn-Ort	Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung wurden bis Jahresmitte 2011 abgeschlossen und am 30.06.2011 dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt. Im Anschluss wird zu klären sein, an welcher Stelle bzw. für welches Gebiet planerischer Handlungsbedarf besteht.	Nach dem Klärungsprozess kann es zur Aufstellung von Bebauungsplänen kommen, wenn dies zur Steuerung der Innenentwicklung erforderlich wäre. (Am 05.09.2011 wurde bereits ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 105 für ein Gebiet im Drosselweg gefasst).	
Bebauungsplan 98 (gemeinsames Gewerbegebiet Quickborn / Norderstedt)	Zwischen Feldweg und Kampmoorweg / K 113	Aufstellungsbeschluss steht noch aus.		Über das Pangebiet verlaufen diverse Hochspannungsleitungen. Für den Umbau einer 220-KV-Leitung in eine 380-KV-Leitung (von Hamburg/Dollern bis Umspannwerk Norderstedt) wird seit 2009 ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Mit dem Beginn der Planauslegung im Planfeststellungsverfahren ist eine Veränderungssperre nach § 44 a Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes in Kraft getreten. U.a. daher konnte an dem Thema nicht weitergearbeitet werden.
Bebauungsplan 37 Teil 1, 3. Änderung (Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB)	Hotel Quickborn, Auf dem Halenberg (Hotelerweiterung)	Der Aufstellungsbeschluss wurde am 28.06.2010 gefasst, die TÖB-Beteiligung war im 3. Quartal 2010 und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im September 2010	Beschlussfassung über den Durchführungsvertrag und die Bebauungsplansatzung wird nicht mehr benötigt, weil das Erweiterungsprojekt ohne Spielcasino realisiert wird. Die Bebauung könnte dann ohne Änderung des Bebauungsplanes realisiert werden	Das Baugenehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Danach wird entschieden ob der Aufstellungsbeschluss aufgehoben wird.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 99	Teilgebiet des B-Planes Nr. 26: Grundstückstiefe westlich entlang der Ulzburger Landstraße / nördlich und südlich der Ginstertwiete	Noch keine Bearbeitung erfolgt.		
Bebauungsplan 104.	Zwischen Friedrichsgaberstraße / Bahnstraße / Lerchenweg in Quickborn-Heide	Erste Konzeptvorstellungen für ein neues Wohngebiet fanden im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im 3.Quartal 2010 statt. Am 09.05.2011 hat die Ratsversammlung das Gestaltungskonzept 08/2010 für das gesamte Gebiet beschlossen. Ebenfalls wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 104 Teil A-1 und A-2 gefasst. Für eine verbleibende Teilfläche kann erst später ein Bebauungsplan begonnen werden. Die frühzeitige TÖB-Beteiligung wurde Mitte 2011 durchgeführt.	Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist für November oder Dezember 2011 vorgesehen.	Vorbereitung eines städtebaulichen- und Erschließungsvertrages mit der LEG-Entwicklung GmbH. Drittanlieger-Problematik wird z.Z. geklärt.

Wichtige Angelegenheiten



Wichtige Angelegenheiten

Auch im 1. Halbjahr 2011 sind die Schulbauten ein zentrales Thema in Quickborn. Nach den zahlreichen Fertigstellungen in 2010, stehen nunmehr die Fertigstellung der Außenanlagen und die Altbausanierung am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sowie die Sanierungsmaßnahmen im Schuldorf Am Freibad im Mittelpunkt. Auch im Schulzentrum-Süd sind die Weichen bereits auf Veränderungen gestellt.

Nachfolgend wird u.a. auf die Comenius Schule Quickborn, das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und das Schulzentrum Süd eingegangen.

Comenius Schule Quickborn - Sanierung (oder Neubau) Aula-Gebäude

Nachdem der zuständige Ausschuss Anfang Dezember 2010 entsprechende Planungsaufträge erteilt hatte, wurde im Frühjahr der notwendige Projektbeschluss gefasst. Nach weiteren Beratungen hat die Ratsversammlung im Mai 2011 die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Schadstoffuntersuchungen des Gebäudes haben im unerwarteten Ausmaße erhebliche Schadstoffmengen in fast allen Bereichen ergeben, so dass der für die Sommermonate geplante Maßnahmenbeginn nicht erfolgen kann. Im Rahmen der Beratung über das Gutachten hat der Fachausschuss entschieden, sich in einer gesonderten Beratung mit der Neubau-Variante zu befassen. Es sollten neben den Kosten für einen Neubau einschließlich der haushaltsmäßigen Folgen, die Auswirkungen auf den Schulbetrieb, die Gestaltung der Außenanlagen der Comenius-Schule sowie die ausstehenden Sanierungsmaßnahmen im Schulzentrum Süd dargestellt werden.

Der zuständige Fachausschuss hat sich letztendlich dafür entschieden, an der Sanierung festzuhalten. Die Sanierungsarbeiten werden nunmehr in den Herbstferien beginnen und voraussichtlich im Frühjahr 2013 abgeschlossen werden.

Die Fertigstellung der einzelnen Planabschnitte der Außenanlagen steht in Abhängigkeit zu den Baumaßnahmen und konnte insofern noch nicht vorangetrieben werden.

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium - Altbausanierung Ost- / West- / Nordflügel

Nachdem bereits von Juli bis Oktober 2010 das Dach des dauerhaft zu erhaltenden Altbaus saniert und der Anschluss an den Neubau hergestellt wurde, stand im 1. Halbjahr die Fertigstellung des Info-Zentrums und die Sanierung des Ostflügels auf der Agenda. Das Info-Zentrum konnte im wesentlichen so rechtzeitig fertiggestellt werden, dass dort die Einweihungsfeierlichkeiten für den Neubau stattfinden konnten (s. hierzu weiter unten).

Neben einer neuen Dämmung und Dacheindichtung wurde im Infozentrum auch die Trapezblechdachkonstruktion ausgetauscht. Es kommen Akustikbleche zum Einsatz, die die Akustik verbessern werden. Weitere Maßnahmen bezogen sich u.a. auf die Beleuchtung, die Beschallung und die farbliche Gestaltung der Räumlichkeiten.

Der Altbau wird flügelweise in 3 Abschnitten bis Dezember 2011 saniert. Es werden neue Holztafelfassaden vorgestellt, die ebenfalls neue Fenster enthalten. Außerdem werden im Inneren des Altbaus einige Umbauten vorgenommen. Gemäß dem beschlossenen Raumkonzept sollen Gruppenräume installiert und die Fachräume auf den neuesten Stand gebracht werden. Außerdem erhält auch der Altbau eine kontrollierte Raumbelüftungsanlage, was den Austausch aller Decken bedingt. Teppichböden sollen durch Linoleumböden er-

Wichtige Angelegenheiten

setzt werden. Die Schmutz- und Regenwasserentsorgung im Außenbereich wurde vorbereitet und kann nach der Fassadensanierung angeschlossen werden.

Nach den Sommerferien konnten die ersten beiden Klassenräume im Ostflügel in Betrieb gehen. Die übrigen Räume des Ostflügels werden bis zu den Herbstferien in mehreren Etappen an die Schule übergeben.

Der Westflügel wird seit den Sommerferien saniert und soll bis Ende des Jahres fertiggestellt werden. Im Anschluss wird der Nordflügel saniert werden. Den Abschluss der Hochbaumaßnahmen stellt der Abriss des Oberstufenturms dar, der spätestens in den Sommerferien 2012 erfolgen soll.

Parallel zu den Hochbaumaßnahmen werden die Außenanlagen in mehreren Etappen überholt bzw. erneuert. Neben dem Eingangsbereich für das Gymnasium und die Lilli-Henoch-Halle, die im Wesentlichen fertiggestellt worden sind, wurde zwischenzeitlich der Fahrradstellplatz überholt. Zur Zeit werden die Außenanlagen im westlichen Bereich erneuert. Nach Abriss des Oberstufenturmes wird der Nordhof fertiggestellt werden können.

Neubau trakt des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums

Am 02. Feb. 2011 wurde der Neubau trakt des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums dem Schulbetrieb übergeben.

Das dreigeschossige Gebäude umfasst im wesentlichen

- 16 Klassenräume,
- 3 Gruppenräume,
- Fachräume für Kunst und Musik,
- Schüler- und Lehrerbücherei,
- ein Lernetelier,
- die Schulverwaltung incl. zweier Lehrerzimmer,
- einen Lernmittelraum, sowie
- Mensa und Küchenbereich.

Trotz der noch notwendigen Restarbeiten konnte der Schulbetrieb unter weitestgehend normalen Umständen aufgenommen werden. Hier und da gab es noch kleinere Übergangsregelungen und im Musikbereich waren noch Korrekturen erforderlich.

Insbesondere die modernen Räume sowie die hellen, natürlich belichteten Flure und der großzügige Eingangsbereich werden von der Schule gelobt.

Die Einweihungsfeier fand auf Wunsch der Schule am 18. Mai 2011 statt.

Ebenfalls im Mai wurde jener Bereich der Außenanlagen fertiggestellt, der die Haupteingänge des Gymnasiums und der Lilli-Henoch-Halle (Sporthalle Mühlenberg) erschließt.

Weitere Außenflächen sind derzeit im Bau.

Schulzentrum Süd - Ausgabeküche für das Elsensee-Gymnasium

Im Frühjahr des letzten Jahres hat der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport im Rahmen seiner Beratungen zu dem Thema „Mittagessen an Quickborner Schulen“ festgelegt, dass

Wichtige Angelegenheiten

zu einem späteren Zeitpunkt das Elsensee-Gymnasium (ESG) mit Essen aus der Küche im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium (DBG) versorgt wird.

Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen hat im Februar beschlossen die Maßnahme auszuschreiben und auszuführen. Die neue Ausgabeküche wurde in der ehemaligen Lehrküche der Realschule Heidkamp untergebracht und in den Sommerferien 2011 fertiggestellt. Der Betrieb konnte nach den Sommerferien zum 1. September aufgenommen werden.

Die Kosten belaufen sich auf einen Gesamtbetrag von rd. 200.000 €. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der für Bau-/Sanierungsmaßnahmen im Schulzentrum Süd bereitgestellten Haushaltsmittel.

Schulküche und Mensabetrieb im DBG und der Comenius-Schule Quickborn

Am 01. März 2011 hat die Schulküche im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium ihren Betrieb aufgenommen und versorgt seither die Mensa im Gymnasium sowie die in der Comenius-Schule Quickborn.

Die Akzeptanz war im Gymnasium von Anfang an hoch. In der Comenius-Schule konnten die erwarteten Zahlen bis zum Ende des Schuljahres 2010/11 noch nicht erreicht werden.

Schüler, Schülerinnen und Eltern können wählen zwischen

- einem Fleisch-/Fischgericht zum Preis von 2,90 €,
- einem vegetarischen Gericht ebenfalls für 2,90 €, sowie
- einem Nudelgericht oder einem Salat für 1,90 €.

Das Fleisch- /Fischgericht und das vegetarische Gericht müssen über das Internet mit zwei Tagen Vorlauf vorbestellt werden. Nudelgericht und Salat können ohne Voranmeldung spontan an der Ausgabe erworben werden.

Die Erfahrung zeigt, dass die Spontankäufe, vor allem im Gymnasium, deutlich überwiegen.

Als Beispiel hier die Abnahmezahlen des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums im Mai 2011:

Fleisch- Fischgerichte	vegetarisch	Nudelgerichte / Salate
441	140	1.463

Empfänger von Sozialleistungen konnten von Anfang an das Mittagessen für 1,- € erhalten. Dies wurde zunächst als Übergangslösung bis zur Einführung des Gutschein-Verfahrens im Rahmen des sog. „Bildungs- und Teilhabepaketes“ angeboten. Hiervon machten bis zum Schuljahresende fünf Familien Gebrauch.

Zwischenzeitlich sind die gesetzlichen Änderungen in Kraft getreten und die Differenz zwischen den tatsächlichen Menüpreisen und dem auf einen Euro reduzierten Preis wird der Stadt Quickborn vom zuständigen Leistungsträger erstattet.

Ab Schuljahresbeginn 2011/12 werden auch das Elsensee-Gymnasium und die Außenstelle der Comenius-Schule über die Schulküche mit versorgt.

Wichtige Angelegenheiten

Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle

Nachdem die Photovoltaikanlage auf der Lilli-Henoch-Halle am 21.06.2010 durch die Stadtwerke Quickborn GmbH als Eigentümer in Betrieb genommen wurde, sind unten aufgeführte Solar-Erträge generiert worden. Im Jahresvergleich 01.07.2010 bis 30.06.2011 wurden die Planziele mit ca. 2.100 kWh (+ 4½%) leicht überschritten. Da Einspeisevergütung und Kosten als Fixum angesehen werden können, ist die geplante Rentabilität der Anlage als gegeben anzusehen.

Monat	Solleinspeisung	Isteinspeisung	Abweichung
Juli 2010	6.500 kWh	7.971 kWh	+ 1.471 kWh
August 2010	6.000 kWh	5.231 kWh	- 769 kWh
September 2010	4.342 kWh	4.073 kWh	- 269 kWh
Oktober 2010	3.010 kWh	3.314 kWh	+ 304 kWh
November 2010	1.610 kWh	831h	- 779 kWh
Dezember 2010	860 kWh	125h	- 735 kWh
Januar 2011	1.300 kWh	832 kWh	- 467 kWh
Februar 2011	1.960 kWh	1.906 kWh	- 54 kWh
März 2011	3.540 kWh	4.465 kWh	+ 925 kWh
April 2011	5.460 kWh	6.803 kWh	+ 1.343 kWh
Mai 2011	6.620 kWh	6.990 kWh	+ 370 kWh
Juni 2011	6.210 kWh	6.986 kWh	+ 776 kWh
	47.412 kWh	49.529 kWh	2.117 kWh

Feuerwehrangelegenheiten

Auf dem Gelände des städtischen Grundstückes Marktstraße 7 wurden neue Stellplätze für die Feuerwehr Quickborn hergerichtet. Entlang der Stellplatzanlage wurde eine Fußwegeverbindung zwischen der Marktstraße und der Gärtnertwiete geschaffen. Der vorhandene Fußweg der Gärtnertwiete wurde zur Zufahrt zu der Stellplatzanlage umgebaut. Auch die Küche wurde Anfang Mai geliefert

Im Rahmen der Tiefbauarbeiten wurden durch die Stadtwerke die Versorgungsleitungen für Gas, Wasser, Strom und Lichtwellenleiterkabel (LWL - für schnelles Internet) unter dem neuen Gehweg entlang der Stellplätze sowie in der Gärtnertwiete neu verlegt. Die Schmutzwasserleitung wurde im weiteren Baufortgang mittels eines Inliners saniert (Verlegung des neuen Rohres innerhalb der alten Leitung).

Voraussichtlich wird die Wache Mitte 2. Halbjahr 2011 fertiggestellt sein.

Straßensanierung Dichterviertel

Im Juni haben die Bauarbeiten zur Grundsanie rung bzw. Sanierung der Theodor-Körner-Straße begonnen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich bis Anfang Dezember 2011 andauern.

Wichtige Angelegenheiten

Von den Bauarbeiten betroffen sind auch die Einmündungsbereiche der Kleiststraße, der Hebbelstraße und der Hölderlinstraße. Die Hebbelstraße wird in 2011 nicht ausgebaut. Um die Beeinträchtigungen für die Anlieger möglichst gering zu halten, werden die Bauarbeiten und damit einhergehende notwendige Straßensperrungen in Abschnitten erfolgen. Die fußläufige Erreichbarkeit der Grundstücke wird zu jeder Zeit sichergestellt.

Winterbedingte Straßenschäden

Im ersten Halbjahr wurden Ausbesserungsarbeiten in den Straßen Harksheider Weg, Jahnstraße und Klaus-Groth-Straße durchgeführt.

Straßenbeleuchtung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fördert LED-Straßenbeleuchtung, die 60 % CO₂- Ausstoß gegenüber alten Beleuchtungsanlagen einspart. Gefördert werden bei der Sanierung von Außen- und Straßenbeleuchtung ausschließlich LED-Leuchten sowie geeignete Steuer- und Regelungstechniken zur weiteren Absenkung des Energieverbrauchs.

Zu diesem Förderprogramm wurde durch die Stadt Quickborn die Erneuerung der Beleuchtung in folgenden Straßen beantragt:

Kieler Straße zwischen Ellerauer Straße und Retloh mit insgesamt 14 Leuchten - Baujahr 1966,

Marktstraße zwischen Kieler Straße und Pinneberger Straße mit 15 Leuchten - Baujahr 1979,

Ellerauer Straße zwischen Kieler Straße und Torfstraße mit 15 Leuchten - Baujahr 1979, und

Grandweg mit 18 Leuchten aus dem Baujahr 1958.

Insgesamt sollen durch den Austausch der vorhandenen Beleuchtung in LED-Beleuchtung ca. 36.500 kw-Stunden/Jahr und 429 t CO₂ über die Laufzeit von geplanten 30 Jahren eingespart werden.

Die Gesamtinvestition beträgt 74.500 €. Bei einer Förderquote von 40 % werden Fördermittel von 29.800 € durch den Bund gezahlt. Die Förderzusage erfolgte im Juli 2011. Der Eigenanteil der Stadt beträgt daher rd. 45.000 €.

Insgesamt ist bei einer Förderung von 40 % von einem Amortisationszeitraum von 6 Jahren auszugehen.

Erdfall in der Marienhöhe

Aufgrund der vielen Unannehmlichkeiten im zweiten Halbjahr 2010 wurden die Anwohnerinnen und Anwohner der Marienhöhe 8-14 am 23.02.2011 vom Bürgermeister vor den Häusern Marienhöhe 12-14 zu einem Treffen ohne besonderen Anlass mit Erbsensuppe und Glühwein eingeladen.

Am 7. April 2011 wurde mit den Arbeiten zur Sanierung des Erdfalls begonnen. Ziel der Arbeiten ist es, durch Aufbringen von Lasten eine natürliche Setzung des aufgelockerten Untergrundes zu erreichen.

Wichtige Angelegenheiten

Das Gebiet der Absackung wurde auf einer Fläche von ca. 18 mal 25 m geräumt, d.h. Pflastersteine u.a. wurden entfernt. Danach erfolgte auf dieser Fläche eine Sandaufschüttung in einer Höhe von 2 m. Dieser „Hügel“ wurde mit Mutterboden abgedeckt und eingesät.

Durch die Last (Auflast) setzt sich der durch den Erdfall entstandene aufgelockerte Boden. Nach Ende der Setzungsphase, die bis zu 2 Jahren dauert, wird der Wiederaufbau erfolgen. Die Setzungen werden durch Messungen an eingebauten Pegeln kontrolliert und überwacht. Die erste Folgemessung ergab, dass die Auflast Wirkung zeigt. Während 4 Messpunkte in Lage und Höhe noch stabil, also ohne Veränderungen sind, ist bei einem Messpunkt, der sich an einer Ecke der Auflast befindet, eine Verschiebung von mehr als 10 cm zu verzeichnen.

Erneuerung des Grandplatzes Mühlenberg

Der Grandplatz am Mühlenberg wurde im Zusammenhang mit den Schulbaumaßnahmen in der ersten Hälfte der 70iger Jahre errichtet und seitdem für den Schul- und Vereinssport genutzt.

Während der vergangenen Zeit wurden verschiedene Unterhaltungsarbeiten wie Abschleppen, Egalisieren, Walzen, Nachlinieren und Beregnen ausgeführt.

In den letzten Jahren hat sich der Zustand des Platzes rapide verschlechtert. Die Oberfläche hat sich verhärtet, es haben sich Lunken gebildet, mit der Folge, dass der Regen auf der Decke stehen bleibt und diese durchweicht und somit zu weiteren Schäden führt. Ferner sind durch die Verhärtung die Spieleigenschaften des Platzes (Ball sprung- und Rollverhalten) deutlich verschlechtert. Auch die Pflege des Sportplatzes konnte nur noch mit sehr hohem Aufwand durchgeführt werden. Selbst größere Unterhaltungsarbeiten hätten den Platz nicht mehr in einen befriedigenden Zustand versetzen können.

Daher war eine Erneuerung des Sportsplatzes dringend erforderlich.

Die Abwägung der Aufwendungen für die Investition und für die Belagserneuerung, der Pflegekosten und der Nutzungsstunden hat ergeben, dass ein Umbau des Grandplatzes in einen Kunstrasenplatz unter Nutzung des alten Aufbaues die wirtschaftlichste Sanierungsform darstellt. Mit dem Bau des Kunstrasens wurde am 27.06.2011 begonnen, die Bauzeit wird auf ca. 3 Monate geschätzt.

Ferner ist geplant die Sportanlage einzuzäunen, um Vandalismus zu unterbinden.

Wichtige Angelegenheiten

Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung

Der Schuldenstand der Stadt Quickborn beträgt aktuell 35,5 Mio. €. Die einzelnen Kredite wurden kurz-, mittel- und langfristig aufgenommen und sind in der folgenden Übersicht aufgeführt:

Betrag in €	Laufzeit	Zinssatz in %	Laufzeitende
<u>kurzfristige Laufzeit</u>			
6 Mio.	7 Monate	1,425	30.09.2011
6 Mio.	10 Monate	1,565	30.12.2011
12 Mio.		1,500	
<u>mittelfristige Laufzeit</u>			
5 Mio.	5 Jahre	3,040	30.03.2014
5 Mio.	5 Jahre	3,110	31.08.2014
10 Mio.		3,080	
<u>langfristige Laufzeit</u>			
rd. 2,5 Mio.	alt		
6 Mio.	20 Jahre	3,670	30.06.2031
5 Mio.	17 Jahre	3,400	30.06.2028
13,5 Mio.		3,540	

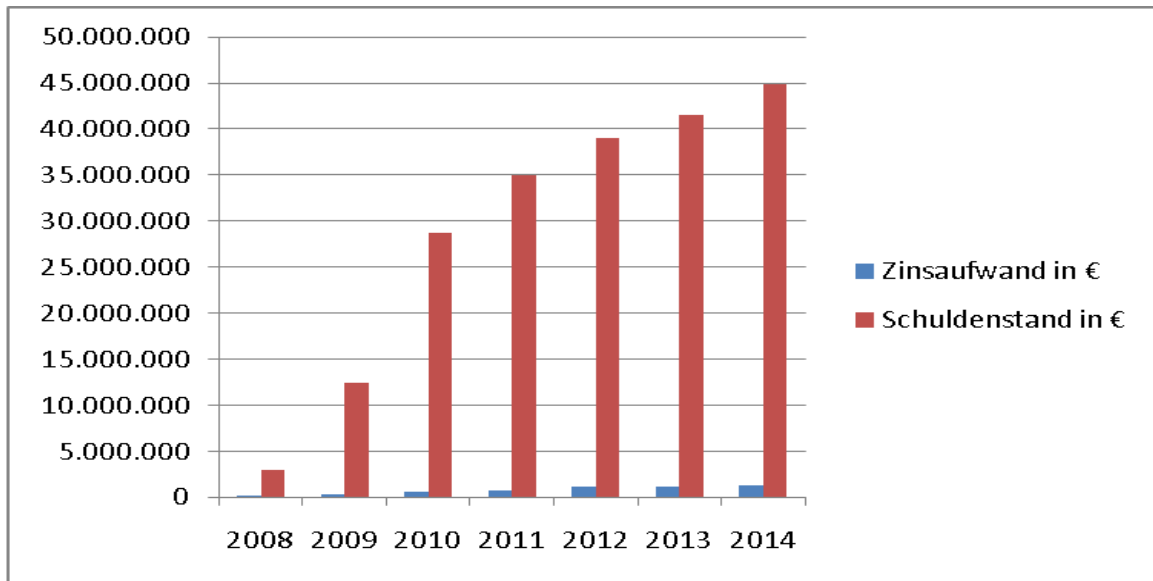
Das Zinsniveau liegt derzeit bei

- 1,45 % für 1 Monat
- 1,83 % für 6 Monate
- 2,20 % für 1 Jahr
- 2,30 % für 3 Jahre
- 3,30 % für 10 Jahre

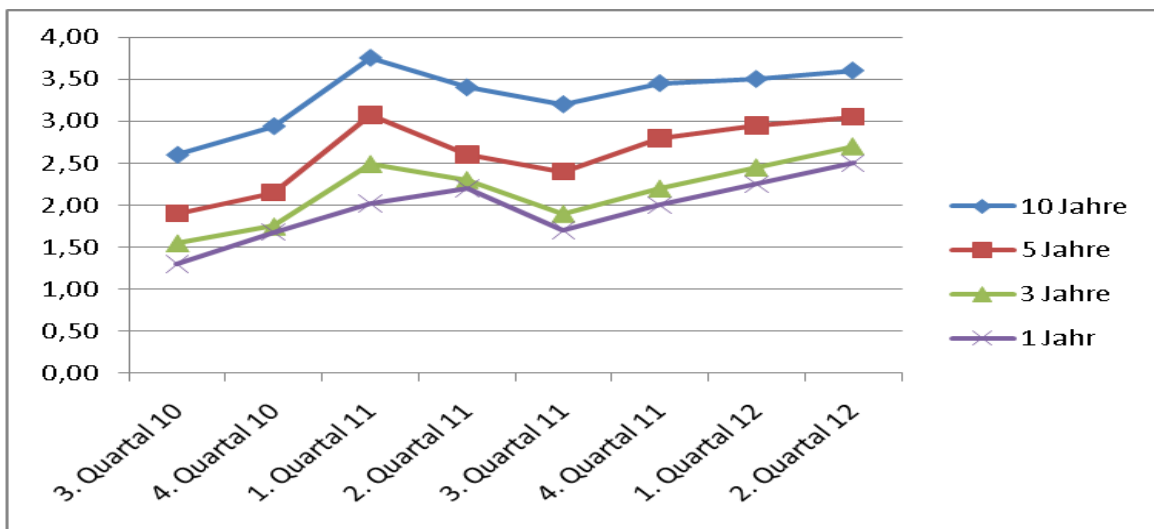
Die Aufwendungen für Zinsen aus aufgenommenen und geplanten Investitionskrediten steigen aufgrund der großen Investitionen der Stadt Quickborn kontinuierlich an. Eine genaue Beobachtung des Marktes und die Entscheidung, kurz-, mittel- oder langfristig zu finanzieren, ist daher fortwährend geboten, um die Zinslast möglichst niedrig zu halten.

Die Höhe des Zinsaufwandes im Vergleich zum Stand der Schulden der Stadt Quickborn stellt sich wie folgt dar (Angaben übernommen aus der aktuellen Beratungsunterlage zur mittel- und langfristigen Finanzplanung 2011 – 2020, DS-Nr. IX/420):

Wichtige Angelegenheiten



Die Zinsentwicklung für Kommunaldarlehen in 2010 und 2011 sowie die Prognose der Zinsentwicklung in 2012 für 1, 3, 5 und 10-Jahreskredite sieht wie folgt aus:



Genehmigung der Haushaltssatzung 2011

Im November 2010 hat die Ratsversammlung die Haushaltssatzung 2011 beschlossen. Am 13 Januar 2011 wurde vom Innenministerium die Genehmigung der Haushaltssatzung erteilt, so dass der Haushalt 2011 danach veröffentlicht und umgesetzt werden konnte. Das Innenministerium hat allerdings die Ermächtigung der Stadt, Kredite für Investitionen aufnehmen zu können, von 4.958.200 € um 471.200 € auf 4.487.000 € gekürzt und die Ermächtigung, Verpflichtungen bereits für das nächste Jahr eingehen zu können, von 3.810.000 € um 510.000 € auf 3.300.000 € reduziert. Hintergrund für die Kürzung ist in erster Linie der nach wie vor nicht ausgeglichene Ergebnisplan 2011, der auch in den Folgejahren nicht ausgeglichen werden kann.

Wichtige Angelegenheiten

Die Stadt Quickborn hat daraufhin in einem Antwortschreiben zu den Argumenten des Innenministeriums Stellung genommen und um eine Rücknahme der Kürzungen gebeten; die finanzielle Situation wird zum einen nicht so negativ eingeschätzt und war zum anderen dem Innenministerium bereits durch den Haushalt 2010 bekannt, zu dessen Haushaltssatzung keine Reduzierung erfolgt ist.

Mit Schreiben vom 15.07.2011 ist das Innenministerium dem Anliegen der Stadt nicht nachgekommen.

Die Schreiben und Stellungnahmen sind der Politik zur Kenntnis gegeben worden. In der Sitzung des Finanzausschusses am 20.09.2011 wird darüber beraten, ob und wie die Stadt in einem nächsten Schritt reagiert.

Mögliche Verwaltungsgemeinschaften mit Bönningstedt und Hasloh

Im ersten Halbjahr haben die Gemeinden Hasloh und Bönningstedt beim Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und beim Landrat des Kreises Pinneberg jeweils den Antrag auf Ausamtung und die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Quickborn gestellt.

Das Innenministerium hat zwischenzeitlich die Ausamtung von Hasloh und Bönningstedt befürwortet und Mitte Juli ein entsprechendes Schreiben an den Landrat abgeschickt mit der Bitte, das Anhörungsverfahren einzuleiten. Der Landrat hat die betroffenen Kommunen aufgefordert eine Stellungnahme vorzulegen. Anschließend wird sich der Kreistag mit dem Thema befassen.

Zurzeit wird davon ausgegangen, dass der Stichtag für die Ausamtung der 01.01.2013 sein wird. Einzelne Aufgaben (Einwohnerservice einschließlich Standesamt und Wohngeld) können voraussichtlich im Vorwege übernommen werden.

Kommunalbetriebe, Sparten Bauhof, Abwasser, Freibad

Im Zusammenhang mit der Rückübertragung der Sport- und Begegnungsstätte Quickborn vom Eigenbetrieb an die Stadt hat das Innenministerium Hinweise zu weiteren Maßnahmen gegeben. Neben dem Verzicht auf Ausgliederungen hat sich das Innenministerium dafür ausgesprochen, die Wiedereingliederung von Einrichtungen zu überprüfen, die nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung geführt werden.

Aus diesem Grund wurde im Januar 2011 ein ergebnisoffener Workshops für die Sparten Bauhof, Abwasser und Freibad durchgeführt. Im Anschluss und vor einer Befassung der politischen Gremien wurde mit Unterstützung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) eine Sachstandsanalyse durchgeführt. Die herausragenden Ergebnisse werden im Einzelnen wie folgt zusammengefasst:

- Alle Bereiche der Abwasserentsorgung sollten an einer Stelle organisatorisch zusammengefasst werden. Inhaltlich gehören dazu Planung, Bau und Unterhaltung der Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung. Weitere Synergien mit der Straßenunterhaltung, -beleuchtung und dem Straßenbau sind zu berücksichtigen.

Wichtige Angelegenheiten

- Die Sparte Freibad ist analog dem Holsten-Stadion dem Produktbereich Freizeit und Sport zuzurechnen. Es sind Synergieeffekte hinsichtlich der Hochbauunterhaltung zu bedenken. Zu beachten ist, dass die Sparte Abwasser den Betrieb der technischen Anlagen wahrnimmt.
- Hinsichtlich der Aufgaben des Bauhofes ist es zielführend, alle manuellen Arbeiten an einer Stelle zusammenzufassen. Die organisatorische Zusammenführung der Beschäftigten bietet die Chance, insgesamt aus einem größeren Pool von Kräften, die Aufgaben mit erheblichen Synergieeffekten ausführen zu können.

In den nachfolgenden Beratungen im zuständigen Fachausschuss wurden zahlreiche Unterlagen aufbereitet und der Politik zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, die drei Sparten aus dem Eigenbetrieb auszugliedern und in den Haushalt der Stadt zu integrieren. Mit diesem Schritt werden folgende Ziele verfolgt:

- Bündelung der Fachkompetenzen im Bereich Grünanlagen, Straßenunterhaltung/Bau, Kanalunterhaltung und Kanalbau bei einer zuständigen Stelle
- Beseitigung von Schnittstellen
- Einheitliche Leistungsbeauftragung und Abrechnung mit Kostenzuordnung zu den Produkten
- Herstellung von weitgehender Kostentransparenz
- Verbesserung des Bürgerservices soweit möglich
- Wegfall einer Organisationseinheit mit eigener Buchhaltung
- Steuerliche Optimierung
- Verminderung von Prüfungsaufwendungen

Bislang konnten die Beratungen in den politischen Gremien nicht abgeschlossen werden.

Regionales Entwicklungskonzept REK A 7 Süd

Alle Kommunen im Achsenraum der Landesentwicklungsachse A 7 Süd, von Landesgrenze Hamburg bis Neumünster, die zum Teil bereits vorher schon in einer übergemeindlichen Verkehrsplanung zusammengearbeitet hatten, haben sich im 2. Halbjahr 2010 vereinbart, unter Regie des Kreises Segeberg als Projektträger ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) zu erarbeiten.

Neben der Landesplanung und Vertretern des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Schleswig-Holstein, den Landräten der Kreise Pinneberg und Segeberg haben an der notwendigen Vorarbeit u.a. auch Vertreter der Industrie und Handelskammern, der Projektgesellschaft Norderelbe mbH, sowie der Vereinigung Nordgate mitgewirkt.

Zunächst wurde Einvernehmen erzielt, dass das Projekt extern bearbeitet werden soll und so wurde gemeinsam im Frühjahr 2011 eine Auftragsvergabe im Auswahlverfahren vorbereitet (4 Arbeitsgemeinschaften wurden zur Abgabe von Angeboten aufgefordert). Im Mai erhielt die AG Georg & Ottenströer und Ramböll den Auftrag innerhalb von max. zwei Jahren das REK zu erstellen.

Die Finanzierung des Auftrages (100 Tsd. € Brutto) erfolgt zum größten Teil durch Fördermittel des Landes (Zukunftsprogramm Wirtschaft Sch.-H.) und aus dem Förderfond Nord der Metropolregion Hamburg, sowie anteilig von den größeren mitwirkenden Kommunen.

Wichtige Angelegenheiten

Das REK soll in einem möglichst umfassenden gesellschaftlichen Dialog erstellt werden. Kommunale, regionale und überregionale Akteure sowie Vertreter/innen der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Umweltverbände sollen in den Prozess eingebunden werden.*

Strategisches Ziel des REK ist es, die Entwicklungsperspektiven der Region zu stärken und - soweit aus dem Prozess ableitbar - eine überregionale Positionierung als Wirtschafts- und Lebensraum entlang der Entwicklungsachse A7 / A20 zu ermöglichen. Dabei müssen insbesondere die zukünftigen verkehrlichen Veränderungen, die heterogenen Wirtschafts- und Organisationsstrukturen und die unterschiedlichen raumstrukturellen Gegebenheiten berücksichtigt werden.*

Das REK soll vor allem einen Beitrag dazu leisten, Chancen für die weitere wirtschaftliche und sonstige Entwicklung in der Region sowie für Beschäftigung zu erkennen und zu nutzen, die sich insbesondere aus dem geplanten Verkehrsinfrastrukturausbau ergeben (A7, A20).*

Eine wirtschaftliche Stärkung der Region u.a. durch strategische Partnerschaften und Kooperationen zu anderen Regionen und Wirtschaftsstandorten sowie die Lösung von Verkehrsproblemen sind beabsichtigt, aber dieses REK soll auch einen Beitrag zu der im Landesentwicklungsplan LEP 2010 vorgesehenen kommunalisierten Regionalplanung leisten. Dazu ist es unabdingbar, sich bereits frühzeitig auf der Arbeitsebene mit den Ergebnissen anderer REK's, z.B. für das REK A 1, für das REK A 23 / B 4 abzustimmen, sowie die Entwicklungsachse der A 20 einzubeziehen. Insbesondere ist die Interessenslage in der Metropolregion abzustimmen.

Es wird 3 REK-Leistungsbausteine geben:

- Bestandsaufnahme unter Einbeziehung aller relevanten Planungen, Konzepte und Studien. Stärken-Schwächen-Risiko Analyse (SWOT).
- Entwicklung eines Leitbildes. Ableitung / Abstimmung regionaler Entwicklungsziele.
- Ableitung konkreter Maßnahmen- und Projektvorschläge / Handlungsanweisungen, Benennung von Verantwortlichen. Erstellung eines Maßnahmenkataloges mit Prioritäten, Kostenschätzungen und Finanzierungsoptionen. Entwicklung eines Monitoring- und Evaluierungssystems.

Zur Arbeitsorganisation wurde vereinbart, dass es außer dem Lenkungsausschuss, die Projektarbeitsgruppe sowie 3 Facharbeitsgruppen geben wird.

Mitglieder des Lenkungsausschusses sind die Bürgermeister aller unmittelbar beteiligten Kommunen (Projektpartner), auf der Arbeitsebene wurde eine Projektgruppe gebildet, die überwiegend aus Planern und Wirtschaftsförderern (Mitglieder bzw. Vertreter in der Vereinigung Nordgate) dieser Kommunen besteht. Weitere Mitglieder sind die IHK's Kiel und Lübeck, die WEP (Wirtschaftsgesellschaft des Kreises Pinneberg), die EGNO (Entwicklungsgesellschaft Norderstedt), die Wirtschaftsagentur Neumünster, die Landesplanung Sch.-H., ein Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung BSU Hamburg, ein Vertreter des Amtes Kaltenkirchen Land und die Projektgesellschaft Norderelbe.

Die 3 Facharbeitsgruppen zur Mitwirkung an der Bearbeitung der Handlungsfelder „Verkehrliche Entwicklung“, „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Regionale Kooperationen“ sollen je nach Bedarf den gesamten Prozess begleiten oder werden punktuell beteiligt.

Da nicht alle Kommunen als Projektpartner in der Projektgruppe unmittelbar mitwirken, wurde vereinbart, dass z.B. Quickborn die Interessen der Nahbereichsgemeinden Hasloh,

Wichtige Angelegenheiten

Bönningstedt und Bilsen vertreten kann und diese selbst in Facharbeitsgruppen beteiligt sein sollten.

Es ist sinnvoll und wichtig, die 2005 gemeinsam begonnene Arbeit der Kommunen Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Alveslohe, Bilsen, Ellerau, Quickborn, Norderstedt, Hasloh und Bönningstedt auf diese Weise fortzusetzen. Für die Stadt Quickborn wird wegen ihrer Randlage im Kreis Pinneberg eine große Chance bezüglich regionaler Verflechtungen darin liegen, dass Kreisgrenzen bei dieser Art Planung ohne Beachtung sein werden.

Über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der politischen Gremien konkret und im Einzelnen wird noch erörtert. Zur Kommunikation mit den Projektpartnern und der Öffentlichkeit wird im Internet auf einer eigens dafür eingerichteten Homepage über den aktuellen Projektverlauf mit den jeweils erreichten Zwischenzielen berichtet.

*(die mit * markierten Textpassagen sind Zitate aus der Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung)*

Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung

Nach dem Erörterungstermin im November 2010 wurden in Absprache mit Betroffenenvertretern (2 Bürgerinitiativen) Gespräche mit dem Vorhabenträger geführt, um mögliche Alternativen zu der von Stadt und Betroffenen geforderten Teilstrecken-Erdverkabelung zu finden. Unter Einbindung von Bundes- und Landtagsabgeordneten wird alles versucht, um eine Lösung zu finden, wie zum Beispiel die Verwendung von strahlungsärmeren Masten und Leitungen (Wintrac-Masten, die bisher nur in den Niederlanden getestet wurden). Im Mai war die Staatssekretärin des Wirtschaftsministers, Frau Dr. Zieschang, in Quickborn, um sich vor Ort persönlich einen Eindruck zu verschaffen.

Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A 7

Nach der erfolgten öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen für die Abschnitte 5 (von Kaltenkirchen bis nördlich der Anschlussstelle Quickborn) und 6 (von nördlich der Anschlussstelle Quickborn bis zur Landesgrenze Hamburg), sowie der Abgabe der beiden Stellungnahmen der Stadt Quickborn, hat im Mai 2011 der erste Erörterungstermin (für Abschnitt 6) stattgefunden.

Die Erörterung für den 5. Abschnitt wird im Herbst 2011 durchgeführt (aktuell eingeladen wurde zu Terminen vom 13. bis 15. September).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird regelmäßig informiert, u.a. um sofort auf neue Entwicklungen im Verfahren reagieren zu können.

NORDGATE

Die Zusammenarbeit der Kooperation NORDGATE - Das Tor zur Metropolregion Hamburg war in den letzten Jahren sehr erfolgreich. Neben der gemeinsamen Vermarktung der Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien spielt auch die Bestandpflege im NORDGATE eine besondere Rolle.

Wichtige Angelegenheiten

Im Mai 2011 hat das NORDGATE bereits zum dritten Mal Unternehmerinnen und Unternehmer zu einem Fachforum eingeladen. Das Thema dieses Fachforums war „Auswirkungen des Demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein“. Ein Vertreter vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsförderung aus Kiel hat sehr anschaulich über das Arbeitskräfteangebot, die Arbeitskräftenachfrage, die Bevölkerungsentwicklung sowie die Prognosen informiert.

Das nächste Fachforum mit dem Thema „Revitalisierung von Gewerbe- und Industriegebieten“ soll im Herbst 2011 stattfinden.

Am 14. und 15. Juni 2011 präsentierten sich die Wirtschaftsförderer auf der internationalen Messe für Gewerbeimmobilien, der **Real Estate North**, im Congress Centrum Hamburg. Neben persönlichen Kontakten zu Vertretern der Immobilienbranche bot die Real Estate North ein Forum, um sich über den aktuellen strukturellen Wandel, neue Rahmenbedingungen und zukünftige Investmentpotenziale zu informieren und war Networking-Plattform für die Immobilienbranche in Nordeuropa.

Im Oktober 2011 werden die Vertreter des NORDGATE wieder die internationale Fachmesse in München, die **Expo Real**, besuchen.

Im Jahr 2010 wurde die b2d NORDGATE in Norderstedt durchgeführt. Diese regionale Mittelstands-Messe richtete sich vorrangig an kleine und mittelständische Unternehmen und sollte persönliche Kontakte zwischen Kunden, Lieferanten und Dienstleistern aus der Region fördern. Aufgrund der positiven Rückmeldungen hat man sich innerhalb des NORDGATE darauf verständigt, eine weitere Messe durchzuführen.

Am 25. und 26. April 2012 startet in den Holstenhallen in Neumünster die Messe „**WirtschaftNORDGATE**“. Als Messeveranstalter konnte die Firma Mattfeldt & Sängler, Marketing und Messe AG aus Neumünster gewonnen werden.

Im NORDGATE sind seit der Gründung im Jahr 2008 (bis Mitte 2011) 765 Anfragen eingegangen. Verteilt auf die einzelnen Jahre war folgende Anzahl von Anfragen zu verzeichnen: 2008 = 134 Anfragen, 2009 = 209 Anfragen, 2010 = 234 Anfragen, 2011 = 188 Anfragen.

In diesem Zeitraum konnten 120 Firmen an den 13 NORDGATE-Gewerbstandorten angesiedelt werden oder im NORDGATE gehalten werden. In Quickborn waren es 7 Firmen, die sich angesiedelt haben oder gehalten werden konnten.

Am Standort Quickborn hatten 197 Bewerber Interesse. Von diesen 197 Anfragen konnten nicht alle Interessenten bedient werden. Viele Anfragen bezogen sich auf den Kauf oder die Anmietung von Bestandsimmobilien. Über Bestandsimmobilien hat die Wirtschaftsförderung keine umfassenden Informationen. Dieses setzt voraus, dass mit Zeitaufwand regelmäßig Informationen abgefragt werden und der Markt sehr genau beobachtet wird. Dies ist derzeit aufgrund fehlender Kapazitäten nur sehr bedingt möglich.

Des Weiteren konnten Anfragen nicht bedient werden, da es sich um Anfragen für größere Logistikflächen (über 4 ha) oder um größere Einzelhandelsflächen handelte. Entsprechende Flächen kann Quickborn nicht anbieten.

Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

Mit Unterstützung des Fachbereiches Ehrenamt, Kultur und Veranstaltung und der Wirtschaftsförderung wurde mit verschiedenen ortsansässigen Partnern im Rahmen der Quickborner Bürgerwochen am 14. Mai 2011 die **Quickborner Messe „Vital durchs Leben“** durchgeführt. Die Quickborner Messe fand in den Räumlichkeiten der Comenius-Schule,

Wichtige Angelegenheiten

Am Freibad statt. Hierfür wurden die Mensa, das 1. Obergeschoss des Neubaus sowie Außenflächen genutzt. Über 40 Dienstleister und Aussteller haben an der Messe teilgenommen. Außerdem wurden diverse Fachvorträge zu vielfältigen Gesundheitsthemen angeboten. Die Messe war mit 600 Besuchern sehr gut besucht.

Die beteiligten Partner haben sich dafür ausgesprochen, die Quickborner Messe „Vital durchs Leben“ auch im nächsten Jahr und danach im Zweijahresrhythmus zu veranstalten.

Zu den Planungen im Gewerbebereich u.a. im Bereich „**östliche Innenstadt / Schoko-Fabrik**“ wird auf die Ausführungen zu den Wirtschaftsdaten verwiesen.

Die Wirtschaftsförderung arbeitet aktiv bei der Erarbeitung des **Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Landesentwicklungsachse A 7-Süd (REK A7 Süd)** mit. Zum REK A7 Süd wird noch einmal gesondert in diesem Bericht eingegangen.

Zu den regelmäßigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung gehört es auch, bei den vielseitigen Anliegen der bereits ansässigen Gewerbetreibenden Hilfestellung zu geben und die Lotsenfunktion innerhalb der Verwaltung wahrzunehmen.

Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn

Für Kinder im Alter unter drei Jahren ist gemäß § 24 KJHG (Kinderjugendhilfegesetz) ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vorzuhalten.

Ab 01.08.2013 wird es einen einklagbaren Rechtsanspruch der Eltern auf einen Krippenplatz in einer Kindertageseinrichtung oder der Tagespflege geben.

Allgemeines

Für die unter dreijährigen Kinder, deren Eltern nach dem Elterngeldbezug ein Betreuungsangebot suchen, sind bis 2013 ausreichend Plätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege vorzuhalten. Ausreichend ist das Angebot dann, wenn für 35 % aller Null- bis Dreijährigen bis 2013 ein Platz zur Verfügung steht.

Nach der altersspezifischen Differenzierung der Bevölkerungsprognose der Fa. Gewos reduziert sich die Zahl der Null- bis Dreijährigen in Quickborn vom Jahre 2007 von 470 Kindern auf 410 Kinder bis zum Jahre 2013. Ein Anteil von 35 % entspricht somit 145 Kindern. Das bedeutet, dass bis zum Jahre 2013 145 Plätze für unter Dreijährige in Quickborn in Kindertageseinrichtungen oder im Rahmen der Tagespflege bereitgestellt werden müssen.

Wichtige Angelegenheiten

Übersicht bzw. Entwicklung der Krippenplätze in Quickborn von 2006 bis 2012

Einrichtung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
AWO-Kita	5	5	10	10	10	10	10
DRK-Kita	0	0	0	20	20	20	20
Ev. Kita	0	0	0	10	10	10	10
Kath. Kiga	0	0	0	0	0	0	10
JUH Quickelbü	5	10	10	15	15	15	15
JUH Wilde 13	5	5	5	10	10	10	10
Kita „Zauberbaum“	5	10	10	10	10	10	10
Zwischensumme	20	30	35	75	75	75	85
Tagespflegeplätze	30	28	38	36	36	51	60
Gesamtzahl	50	58	73	111	111	126	145

Ausblick

Voraussichtlich zum 01.01.2012 wird gemäß Beschluss des AKJS vom 08.06.2010 im Kath. Kindergarten eine Krippengruppe mit 10 Plätzen in Betrieb gehen, so dass sich die Zahl der Krippenplätze in den Kitas auf insgesamt 85 Plätze erhöht.

Die Tagespflege ist die zweite wichtige Säule zur Betreuung von Krippenkindern. Die Vermittlung von Tagespflegestellen erfolgt bereits seit Jahren erfolgreich durch die Ev. Familienbildungsstätte Pinneberg (FBS). Der Ausbau der Tagespflege in Quickborn ist unerlässlich, um die o.g. gesetzliche Vorgabe erfüllen zu können. Deshalb hat der AKJS am 02.03.2010 beschlossen, für die Qualifizierung und Vermittlung von Tagesmüttern jährlich Mittel von 13.400 Euro zu gewähren. Mit diesem Zuschuss könnte die FBS bis zu 60 Tagespflegeplätze (primär für Krippenkinder) in 2012 zur Verfügung stellen, sofern es ausreichend qualifizierte Tagesmütter bzw. Tagesväter gibt.

In 2012 könnten damit in Quickborn die 145 erforderlichen Krippenplätze für unter dreijährige Kinder vorgehalten werden.

Zwischen 2006 und 2012 hätte sich die Anzahl der Krippenplätze nahezu verdreifacht.

Die Ausweisung weiterer Baugebiete erhöht den Bedarf zur Schaffung von Krippenplätzen. In diesem Zusammenhang wird den SPD-Antrag (DS-Nr.: IX/416) und auf den AKJS-Beschluss vom 07.06.2011 (Prüfauftrag) zur evtl. Schaffung zusätzlicher Krippen- und Elementarplätze in Quickborn-Heide verwiesen (siehe Protokoll AKJS Nr. 04/2011-IX, TOP 6).

Abschluss neuer Verträge mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen

Mit den Kita-Trägern wurden am 24.01., am 18.04. und am 09.05.2011 konstruktive und zielführende Gespräche geführt. Hierüber wurde der AKJS am 07.06.2011 durch eine Vorlage in Kenntnis gesetzt (siehe DS-Nr.: IX/419). Es wurden zwischenzeitlich Vertragsentwürfe erstellt, die derzeit mit den Kita-Träger inhaltlich abgestimmt werden. Die Entwürfe werden dem AKJS und der Ratsversammlung in der 2. Jahreshälfte 2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die neuen Verträge sollen zum 01.01.2012 in Kraft treten.

Wichtige Angelegenheiten

Rückblick auf die wichtigsten bisherigen Veranstaltungen in 2011

Bürgerwochen vom 30. April bis 15. Mai 2011

An den insgesamt 18 Veranstaltungen haben über 4.400 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen (davon 2.000 Personen im Zusammenhang mit dem Jubiläum bzw. Kinderfest zum 40-jährigen Jubiläum und 600 Personen bei der Messe „Vital durch's Leben“).

Besonderer Dank gilt allen Vereinen, Verbänden und Institutionen, die sich an der Durchführung der Bürgerwochen beteiligt und damit auch zum Erfolg dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Familihtag am 26. Juni 2011

Auch der Familientag, der bereits zum 11. Mal durchgeführt wurde, war wieder ein voller Erfolg (ca. 3.000 Besucher). Auf dem Rathausplatz gab es wieder ein vielfältiges Programm für kleine und große Besucher. Das beliebte Bobby-Car-Rennen sowie Informations- und Verzehrstände sowie zahlreiche Aktivitäten für Kinder luden zum Verweilen ein.

Straßenverkehrsangelegenheiten

Die Verlegung der Leerrohre für die Glasfaserleitung der tel.quick, dem Telekommunikationsunternehmen der Stadtwerke Quickborn GmbH, erfolgte westlich der Kieler Straße und nördlich der Marktstr. Hierdurch gab es im Gehwegbereich diverse Umwege für die Fußgänger.

Große Probleme machte die Verlegung einer Frischwasserleitung zu einem neu gebohrten Brunnen in der Barmstedter Straße. Seit dem 28.03.2011 zog sich diese Baustelle über Monate hin und führte zu erheblichen Verkehrsbehinderungen auf der Landesstraße. Für den Geh- und Radweg, der voll gesperrt werden musste, erfolgte eine weitläufige Umleitung.

Auch der seit März 2010 andauernde zweigleisige Ausbau der AKN-Trasse führte weiterhin zu erheblichen Beeinträchtigungen am Mohlstedter Weg und im Fabrikweg. Zwischenzeitlich wurde der zweigleisige Betrieb von der AKN in diesem Abschnitt aufgenommen.

Die AKN hat am 02.05.2011 auf Bestreben der Landeseisenbahnverwaltung den direkten Zugang über die viel befahrene Bahnstraße aus Sicherheitsgründen geschlossen.

Diese Sperrung des seit Jahrzehnten ungenehmigten Überganges zum Bahnhof Ellerau, erfolgte durch Errichtung einer Zaunanlage und führte bei der Bevölkerung zu massiven Protesten, die sich in diversen E-Mails und Briefen sowie persönlichen Gesprächen auch an die Stadt Quickborn richteten.

An einer Lösung wird intensiv gearbeitet.

Wichtige Angelegenheiten

Arbeit gegen Mobbing in Schulklassen - Stand up Training®

Mobbing in Schulklassen ist ein weitaus häufiger verbreitetes Phänomen als direkte Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. 5 - 10 % der Kinder und Jugendlichen an deutschen Schulen werden Opfer von Mobbing.

Die Stadtjugendpflege widmet sich der Enttabuisierung des Themas seit mehreren Jahren und arbeitet dazu erfolgreich mit Schulklassen.

Noch immer ist es aber nicht gelungen, Handlungsstrategien an allen Schulen zu etablieren, um Mobbing zu verhindern bzw. zu unterbinden. Daran wirken wir weiter.

Gerade zur Unterstützung der Opfer gibt es kaum Angebote.

Notwendig ist für sie die Aufarbeitung im Rahmen eines geschützten Gruppensettings mit anderen Betroffenen zur Wiedererlangung von Handlungskompetenz und Stärkung des Selbstwertgefühls.

Begleitende Elternarbeit soll die positive Entwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern.

Die Stadtjugendpflege selbst führt das Stand up Training® (eine Hilfe für Opfer, ein soziales Gruppentraining, das die Selbstwirksamkeit wiederherstellen soll) mit einer Gruppe Jungen im Alter von 12 bis 14 Jahren ab August 2011 für die Dauer ½ Jahres in Quickborn durch.

Die Stadtjugendpflege bietet aktuell im September eine Workshop-Reihe für Lehrkräfte und im Oktober/November eine Weiterbildung zum Stand-Up Trainer® für Mobbing Opfer an.

Parallel führt die Stadtjugendpflege Elternabende durch, weil es erforderlich ist, dass alle hinsehen, aufmerksam werden und handeln.

Mehr Details dazu findet man unter www.stadtjugendpflege-quickborn.de Mobbing.

Frauengeschichtswerkstatt Quickborn

Der im Oktober 2010 gegründeten Frauengeschichtswerkstatt gelang es innerhalb eines halben Jahres, Porträts von 19 Frauen zusammen zu stellen. Gegründet wurde die Frauengeschichtswerkstatt von der Gleichstellungsbeauftragten, Gisela Glock-Pick, Irene Lühdorff von der Geschichtswerkstatt an der VHS Quickborn und Gisela Peschel vom Deutschen Frauenring. Zum 100. Internationalen Frauentag am 8. März 2011 startete die Ausstellung:



Wichtige Angelegenheiten

„Ohne Frauen ist keine Stadt zu machen“ im Rathausfoyer Quickborn. Die 19 dargestellten Porträts zeigen in Kurzform das besondere ehrenamtliche Engagement Quickborner Bürgerinnen nach 1945 in den Bereichen Kultur, Soziales, Kirche, Politik und Gesellschaft.

Girls Day im Rathaus und Boys Day in den Kindertagesstätten

Im April nahmen 16 Schülerinnen am Girls Day im Rathaus teil. Erster Stadtrat Hensel begrüßte die Schülerinnen in seiner Funktion als stellvertretender Bürgermeister und weihte sie in die Arbeit der politischen Gremien ein. Herr Putz - Fachbereich Interne Dienste - erklärte die Ausbildungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung und Frau Ortmann - als ehemalige Auszubildende - berichtete aus ihrer Ausbildungspraxis im Quickborner Rathaus. Anschließend verbrachten die Schülerinnen zwei Stunden in den Bereichen Stadtplanung, EDV-Betreuung der Schulen, Öffentliche Sicherheit und Einwohnerangelegenheiten. Leider hatte keines der Mädchen Interesse, sich die Aufgaben im Fachbereich Liegenschaften anzuschauen.

In den Kindertagesstätten in Quickborn beschäftigten sich insgesamt 9 Schüler mit den Kindern und erhielten so Einblicke in die Erziehungsberufe.

Beitragsveranlagungen

Die Beitragsveranlagungen für die Dorotheenstraße und die Schillerstraße erfolgten im Mai und im Juli 2011 mit einem Beitragsaufkommen (beitragsfähiger Aufwand) in Höhe von insgesamt rund 507.000 €.

Schadenfälle

Die Schadenhöhe der bis Jahresmitte eingetretenen Schadenfälle (u.a. Gebäude-, Inhalts- und Haftpflichtschäden) betrug 119.346,32 € (Jahresmitte 2010 = 124.746,51 €).

Die Verursacher der Schäden - sofern bekannt - wurden zur Erstattung von 15.628,33 € (2010 = 84.501,44 €) herangezogen. Die Versicherer haben einen Betrag in Höhe von 31.756,16 € (2010 = 20.010,68 €) erstattet. Es stehen bei zwei größeren Versicherungsschäden noch die Abrechnungen aus. Legt man die im Absatz 1 bereits enthaltenen Schätzungen dieser Schäden zugrunde, so erhöht sich der Erstattungsbetrag auf 53.756,16 €.

Die Fachbereiche mussten somit im ersten Halbjahr 2011 für die Schadenbeseitigung Kosten in Höhe von 71.961,83 € (49.961,83 € bei Berücksichtigung der 2 größeren Versicherungsschäden, 2010 = 20.234,39 €) durch eigene Haushaltsmittel decken.

Preisverleihung für das Projekt „Kleine Riesen“

Die Städte Tornesch, Uetersen und Quickborn werden für die Unterstützung des Projektes der ATS – Suchtberatungsstelle „Kleine Riesen“ u.a. von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr in Berlin mit einem Preis von insgesamt 6.500 Euro für den 2. Platz des Bundeswettbewerbes „Prävention in besonderen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen“ ausgezeichnet. Unabhängig von der Preisverleihung konnte die Finanzierung des Erfolgsprojektes u.a. durch den Zuschuss der Stadt Quickborn in Höhe von 10.000 Euro in 2011 gesichert werden.

Wichtige Angelegenheiten

Neubürgerfahrradtour

Rund 25 Neubürger erkundeten zusammen mit Bürgermeister Thomas Köppl und dem Ideengeber Michael Artmann am 04.06.2011 per Fahrrad Quickborn. Zur 2. Neubürgertour am 03.09.2011 hatten sich ebenfalls ca. 25 Neubürger angemeldet.

Hochzeiten im historischen Schienenbus „Uerdinger“ immer beliebter

Gab es in den Vorjahren nur vereinzelt Interesse an der Eheschließung im „Uerdinger“, so sind es bereits in diesem Jahr 5 Hochzeitspaare, die ihre Hochzeit im historischen Schienenbus besiegelten.

Detlef Mertelsmann wird als 1. Schiedsman wieder gewählt

Am 27.06.2011 hat die Ratsversammlung Herrn Detlef Mertelsmann erneut zum 1. Schiedsman der Stadt Quickborn gewählt. Seine 3. Amtszeit beginnt am 01.10.2011 für weitere 5 Jahre bis zum 30.09.2016. Bereits 2010 wurde Peter Müller zu seinem Stellvertreter gewählt.

Aufgabenübertragung Staatsangehörigkeits- und Unterhaltssicherungsbehörde

Seit dem 01.01.2004 hat der Kreis Pinneberg per Vertrag die Aufgaben der Staatsangehörigkeitsbehörde und der Unterhaltssicherungsbehörde für die Stadt Quickborn übernommen. Hierfür muss die Stadt pauschal jährlich 1.600 Euro (Staatsangehörigkeit) und 2.600 Euro (Unterhaltssicherungsbehörde bei Wehrübungen) zahlen.

Diese Aufgaben fallen ab einer Einwohnergrenze von 20.000 gesetzlich vom Kreis den Kommunen zu.

Da in der täglichen Arbeit im Bereich Melde,- Pass,- und Standesamtswesen vermehrt Fragen zur Staatsangehörigkeit bei der Stadt Quickborn auflaufen, wird diese Aufgabenwahrnehmung entsprechend durch Vertragskündigung zum 01.01.2012 wieder der Stadt Quickborn zugeordnet.

Auch die Fallzahlen im Bereich der Unterhaltssicherungsbehörde nach dem Unterhaltssicherungsgesetz sind weiter rückläufig, so dass der Vertrag im Hinblick auf die hierfür zu zahlende Pauschale durch Verhandlungen mit dem Kreis den neuen reduzierten Fallzahlen ebenfalls zum 01.01.2012 anzupassen ist. Die Aufgabenwahrnehmung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz soll aufgrund des anzueignenden und stets zu aktualisierenden, erheblichen Fachwissens bei gleichzeitig geringer Fallzahl weiterhin beim Kreis Pinneberg erfolgen.

Neuwahl von Ausschüssen

Aufgrund des Wechsels eines Ratsmitgliedes von der Fraktion WIR für Quickborn zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ende Dezember 2010 kam es erneut zu einer Änderung der Sitzverteilung in der Ratsversammlung sowie in deren ständigen Ausschüssen. Unter Berücksichtigung der Maßgaben des Verhältniswahlrechtes war es aber ausreichend, lediglich

Wichtige Angelegenheiten

die Neuwahl von drei statt von allen sechs ständigen Ausschüssen durchzuführen, um den geänderten Verhältnissen gerecht zu werden.

Die Besetzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen, des Finanzausschusses und des Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit wurde neu gewählt.

Aufgrund der Neuwahlen nach Verhältniswahlrecht bestehen inzwischen alle ständigen Ausschüsse der Stadt Quickborn aus 8 stimmberechtigten und 2 stimmlosen aber antragsberechtigten Mitgliedern (FDP- und WIR-Fraktion), nach Hauptsatzung vorgesehen sind ursprünglich je 7 stimmberechtigte Mitglieder.

Personalwesen

Bis Ende 2010 waren 13,64 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadt beschäftigt, die der ARGE zugewiesen waren. Seit Januar 2011 ist nur noch eine Beamtin der Stadt Quickborn im „jobcenter Kreis Pinneberg“ (vormals ARGE) tätig. Die übrigen 12,64 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden beim Kreis Pinneberg oder bei der Bundesagentur für Arbeit eingestellt und sind weiterhin im jobcenter des Kreises Pinneberg tätig.

Das mit dem Personalrat vereinbarte Verfahren über ein leistungsorientiertes Entgelt für Beschäftigte und über eine leistungsorientierte Prämie für Beamtinnen und Beamte hat sich auch im zurückliegenden Jahr bewährt. Zwischen der Dienststellenleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden vom 01.05.2010 bis 30.04.2011 erneut Ziele vereinbart, die bis Ende Juli 2011 erfolgreich abgerechnet wurden. Es hatten sich wieder viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt.

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein sah sich im August 2011 aufgrund der Medienberichterstattung veranlasst, im Rahmen einer landesweiten Umfrage, Angaben zur konkreten Anwendung der Leistungsprämienverordnung (LPVO) in den Kommunalverwaltungen zu erheben. Die LPVO gilt für die Beamten. Das Ergebnis der Umfrage steht noch aus und wird gegebenenfalls bei der zukünftigen Prämiengewährung berücksichtigt.

Auf Antrag von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden verschiedene Stellen bewertet. Das Ergebnis dieser Bewertungen wird in den Stellenplan 2012 aufgenommen.

Die Dienstzeit des letzten Zivildienstleistenden endete am 31.05.2011. Die bisherigen Zivildienststellen sind automatisch als Bundesfreiwilligendienststellen (BFD-Stellen) anerkannt. Da das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der Öffentlichkeit bekannter ist als der Bundesfreiwilligendienst wurden FSJ-Stellen eingerichtet. Von den fünf vorhandenen Stellen konnten bislang vier Stellen besetzt werden.

Für die Schulküche und für die Offene Ganztagschule wurde zusätzlich Personal eingestellt. Es handelt sich hier mit Ausnahme der Stelle einer Küchenleiterin/ eines Küchenleiters und einer Köchin/e eines Koches überwiegend um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Die Mitarbeiterinnen im Hausmeisterdienst, im Reinigungs- und Küchendienst und im handwerklichen Bereich wurden mit Dienstkleidung ausgestattet, die regelmäßig gereinigt und erneuert wird.

Wichtige Angelegenheiten

EDV-Zweckverband (Kommunit)

Die Migration der Fachverfahren und Benutzerprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Server (Domäne) von Kommunit verlief erfolgreich und wurde Ende letzten Jahres mit der Überleitung der Outlook-Daten abgeschlossen. Zwischenzeitlich wurden im Rathaus auch die alten Server abgebaut.

Kommunit betreut seit Anfang 2011 auch die EDV der Stadtbücherei. Die Stadtbücherei wurde mit neuer Hardware ausgestattet. Außerdem wurden die Stadtbücherei und die VHS über eine direkte Netzwerkanbindung in die Domäne der Stadt eingebunden. Seit Mitte des Jahres werden auch die EDV-Arbeitsplätze in der städtischen Kindertagesstätte von Kommunit betreut.

Kommunit ist beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mittels EDV die energie-relevanten Anlagen von jedem beliebigen Standort aus durch mobile Technik systematisch steuern zu können. Durch die Mitwirkung von Kommunit konnte der Auftrag an eine Fachfirma um über 5.000 € reduziert werden.

Ausführung von Beschlüssen



Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
1.	ABKF	08.12.2010	<p><u>Auftrag:</u></p> <p>Im Zusammenhang mit der Festlegung eines Abgabepreises für das Schul-Mittagessen bittet der Ausschuss den Bürgermeister, mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden, aus denen Schülerinnen/Schüler die betroffenen Quickborner Schulen besuchen, über eine Beteiligung an den Kosten der Bezuschussung zu sprechen.</p>	<p>(Ende 2010)</p> <p>Nach Aufnahme des Küchenbetriebes am 01. März sollte zunächst festgestellt werden, aus welchen Heimatgemeinden Schülerinnen/Schüler am Mittagessen teilnehmen. Anschließend kann eine Kontaktaufnahme mit den betroffenen Gemeinden erfolgen.</p> <p>(Mitte 2011) Gem. Schulgesetz werden die Schulkostenbeiträge im 2012 nicht mehr per Erlass des Landes festgelegt, sondern von den Schulträgern selber, die hierbei ihre tatsächlichen Kosten ansetzen. Derzeit wird noch geklärt, ob das Land eine Vorgabe hinsichtlich der Berechnungsmodalitäten macht. In diesem Zusammenhang ist zu klären, wie die Kosten der Bezuschussung des Mittagessens berücksichtigt werden können. Mit einer Klärung ist bis Ende 2011 zu rechnen.</p>
2.	ABKF	03.03.2011 12.05.2011	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob eine Umbenennung der „Sport- und Begegnungsstätte“ in „Bürgerhaus Quickborn“ unter Berücksichtigung der gegenwärtigen planungsrechtlichen Aspekte möglich ist.</p>	<p>(Mitte 2011) Das Ergebnis der Prüfung wird zur ABKF-Sitzung am 08.09.2011 vorgelegt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
3.	ABKF	09.06.2011	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit bittet die Verwaltung, die Realisierung einer Sportfläche, ähnlich der Ausstattung des 1. Bauabschnittes der Außensportanlage Heidkamp, auf dem erweiterten Gelände um den Mühlenberg zu prüfen. In die Ideenfindung sollen neben den Fraktionen die Stadtjugendpflege, Vereine und Schulen einbezogen werden. Die Ergebnisse sollen innerhalb eines Jahres im Ausschuss beraten werden. Ggf. ist ein Zwischenbericht im 1. Quartal 2012 im Ausschuss vorzulegen.</p>	(Mitte 2011) Beratung in 2012
4.	AKD	08.12.2010	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen empfiehlt der Ratsversammlung wie folgt zu beschließen:</p> <p>Die Ratsversammlung beschließt den Stellenplan in der vorgelegten Fassung, wobei die 25.000 € für die 2. Saisonkraft im Freibad bis zur Klärung des Bedarfs mit einem Sperrvermerk zu versehen ist, der durch den Ausschuss für Kommunale Dienstleistung aufgehoben werden kann. Sofern bis zum 08.03.2011 keine Lösung gefunden wurde, entfällt der Sperrvermerk.</p>	<p>(Ende 2010)</p> <p>Am 08.03.2011 wird der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen mit folgendem Beschlussvorschlag über den Sperrvermerk beraten:</p> <p>Der AKD beschließt die Streichung des Sperrvermerks zur Einstellung einer 2. Saisonkraft im Stellenplan 2011.</p> <p>(Mitte 2011) Der AKD beschließt die Streichung des Sperrvermerks zur Einstellung einer 2. Saisonkraft im Stellenplan 2011 (vgl. Protokoll AKD 03/2011-IX vom 08.03.2011 –TOP 2).</p> <p>Im Herbst 2011 ist zu dieser Thematik erneut zu beraten um die Beschlüsse für die Saison und den Stellenplan 2012 vorzubereiten.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
5.	AKJS	<p>29.09.2009</p> <p>03.11.2009</p> <p>10.05.2011</p>	<p>Beschluss:</p> <p>Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Quickborn hat, um auf so genannte Belegungsrechte im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau zurückgreifen zu können.</p> <p>Zu dem Thema „Belegungsrecht im sozialen Wohnungsbau“ sollte zu einer der nächsten Sitzungen eine fachkompetente Person eingeladen werden, um hierüber zu referieren.</p> <p>Der Fachausschuss spricht sich dafür aus, dass die weitere Beratung über eine mögliche Förderung von Wohnraum in der Stadt Quickborn im ersten Halbjahr 2010 erfolgt (03.11.2009).</p> <p>Beschluss</p> <p>Die dem Protokoll beigefügten Anlagen werden insbesondere in den Fraktionen beraten und das Thema wird in einer Sitzung des AKJS nach der Sommerpause 2011 fortgesetzt (AKJS 03/2011-IX vom 10.05.2011-Top 5).</p>	<p>(Ende 2009) Vor oder direkt nach der Sommerpause 2010 wird die Beratung voraussichtlich mit einem Referenten fortgesetzt.</p> <p>(Mitte 2010) Es gibt Bestrebungen, sozialen Wohnungsbau (mit Belegungsrechten) auf der städtischen Fläche an der Bahnstraße für ca. 10-15 Wohneinheiten einzurichten. Bedingt durch die günstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und der relativ geringen Anzahl der Wohneinheiten (Vermeidung von „Ballungsraum“) ist der Standort geeignet. Neben der Stadt, die durch einen günstigeren Grundstückspreis fördert, würde auch die Investitionsbank des Landes S.H. den Wohnraum fördern.</p> <p>Ob in diesem Jahr das Grundsatzthema „Förderung von sozialem Wohnungsbau“ noch durch einen Referenten komplementiert werden kann, ist noch unklar.</p> <p>(Ende 2010) Es verdichten sich die Pläne, in der Bahnstraße voraussichtlich 12 sozial geförderte Reihenhäuser, d.h. für Familien, zu schaffen.</p> <p>Außerdem bestehen konkrete Gespräche mit Referenten der Investitionsbank, um über das Thema und die Möglichkeiten im sozialen Wohnungsbau im AKJS (voraussichtlich im Mai oder Juni 2011) zu sprechen.</p> <p>(Mitte 2011) In der Sitzung am 10.05.2011 hat ein Vertreter der Investitionsbank über Fördermöglichkeiten von sozialem Wohnungsbau referiert. Weiterhin wurde in der Sitzung ein 1 Wohnungsmarktkonzept für die Stadt Quickborn vorgestellt. In der AKJS-Sitzung am 06.09.2011 soll über das weitere Vorgehen beraten werden.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
6.	AKJS	03.11.2009	<p><u>Antrag:</u></p> <p>Sozialer Wohnungsbau /Abriss Feldweg Altbauten</p> <p>Der Fachausschuss spricht sich dafür aus, dass die weitere Beratung über eine mögliche Förderung von Wohnraum in der Stadt Quickborn im ersten Halbjahr 2010 erfolgt.</p> <p>Der Ausschuss spricht sich dafür aus, von einer Realisierung (Aufwertung der Unterkünfte u.a. Sanitärbereich am Feldweg-Altbauten) abzusehen und empfiehlt, kurz- bzw. mittelfristig die Altbauten im Feldweg abzureißen.</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, auch weiterhin die Bewohner, insbesondere im Feldweg Altbau, bei der Suche von Wohnraum zu unterstützen und durch die Beratungsstelle sozialpädagogisch zu begleiten. Ziel ist es, möglichst viele Personen eine geeignete Wohnung zu vermitteln.</p>	<p>(Ende 2009): Die Beratung wird voraussichtlich vor oder erst nach den Sommerferien erfolgen.</p> <p>Der Abriss der Altbauten am Feldweg wird voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2010 erfolgen. Die Bewohner werden ab Mitte des Jahres – falls (für) sie bis dahin keine eigene Wohnung gefunden haben (wurde) – in eine andere Unterkunft eingewiesen. Es wird intensiv seitens der Verwaltung und der Beratungsstelle mit den Bewohnern nach eigenem Wohnraum gesucht. Die Bereitschaft, die städt. Unterkunft gegen eine eigene Wohnung zu tauschen, ist leider nicht bei allen Bewohnern gegeben.</p> <p>(Mitte 2010) Der Abriss der Altbauten wird planmäßig zum Jahresende 2010 erfolgen. Bis auf 2 Einzelpersonen konnte für alle anderen Bewohner der Altbauten eine geeignete Wohnung gefunden werden. Auch für die 2 verbliebenen Einzelpersonen besteht Zuversicht, eine geeignete, andere Wohnform zu finden. Sollte auch dieses gelingen, würde kein Bewohner der Altbauten in eine andere städt. Unterkunft eingewiesen werden. Dieser Erfolg ist nur möglich, da einerseits die Bewohner aber auch andererseits die Beratungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen, die ARGE sowie die Mitarbeiter der Stadt Quickborn sehr gut und engagiert kooperiert haben.</p> <p>(Ende 2010) Es konnte für alle Bewohner eine andere Unterkunft gefunden werden. Der Abriss der Altbauten ist im Frühjahr 2011 geplant.</p> <p>(Mitte 2011) Die Altbauten am Feldweg wurden zum 30.04.2011 abgerissen.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
7.	AKJS	07.06.2011	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales bittet die Verwaltung,</p> <p>a) auf Grundlage der Inhalte der DS IX/419 den Entwurf eines neuen Vertrages zum Betrieb und zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft Dritter zu erarbeiten,</p> <p>b) diesen Vertragsentwurf mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen inhaltlich abzustimmen und</p> <p>c) den Vertragsentwurf in der 2. Jahreshälfte 2011 zur Beratung und zur Beschlussfassung vorzulegen mit dem Ziel, dass die neuen Verträge zum 01.01.2012 in Kraft treten können.</p>	(Mitte 2011) Die Beratung erfolgt in der 2. Jahreshälfte 2011.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
8.	AKJS	07.06.2011	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen:</p> <p>Sind die Flächen, die an die Kita Wilde 13 in Quickborn-Heide grenzen, für einen Solitärbau zu nutzen?</p> <p>Ist der zurzeit gültige Bebauungsplan ausreichend?</p> <p>Wären die Johanniter bereit, einer Erweiterung zuzustimmen?</p> <p>Wie stellen sich die Kosten mit allen Fördermöglichkeiten für weitere 30 Krippenplätze und zwei Elementargruppen dar?</p>	(Mitte 2011) Die Beratung erfolgt in der 2. Jahreshälfte 2011.
9.	AKJS	07.06.2011	<p><u>Anfrage:</u></p> <p>Herr Kruse bittet um Prüfung, ob in der Stadtbücherei ein W-LAN-Zugang installiert werden könnte.</p>	(Mitte 2011) Über das Ergebnis der Prüfung wird der Ausschuss in der nächsten Sitzung unterrichtet.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
10.	APB	08.04.2008	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss für Planung und Bau stimmt hinsichtlich der Neukonzeption der Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Verwaltung (DS-Nr. VIII/818) zu. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen zur Verfügung gestellt werden, sobald die Mitfinanzierung durch die Gewerbetreibenden abgeklärt ist. Dabei können einzelne Bereiche vorgezogen werden.</p>	<p>(Mitte 2008) Eine Bewertung der Rückmeldungen zu einer Mitfinanzierung durch die Gewerbetreibenden und eine richtungsweisende Entscheidung des Hauptausschusses stehen unmittelbar an.</p> <p>(Ende 2008) Aufgrund einer ausreichenden Mitfinanzierung durch die Gewerbetreibenden in der Bahnhofstraße hat der Hauptausschuss beschlossen, eine neue Weihnachtsbeleuchtung für den Bereich der Bahnhofstraße anzuschaffen und noch im Jahr 2008 zu installieren. Die verbleibenden bereitgestellten Haushaltsmittel wurden übertragen.</p> <p>Für die übrigen Bereiche, in denen in den vergangenen Jahren die Weihnachtsbeleuchtung installiert wurde (Kieler Straße und Harksheider Weg) wurde in Jahr 2008 noch einmal die vorhandenen Weihnachtssterne montiert. In diesen Straßenzügen sollen die Bemühungen um eine Mitfinanzierung der Gewerbetreibenden fortgesetzt werden, mit dem Ziel, die Beschaffung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung auch hier zu realisieren.</p> <p>(Mitte 2009) Der Hauptausschuss hat beschlossen, dass unter Berücksichtigung einer derzeit nicht zu erwartenden stärkeren Beteiligung durch die Geschäftsleute die Neubeschaffung der Weihnachtsbeleuchtung in der Kieler Straße und im Harksheider Weg zurückgestellt wird. Ergänzende Beschaffungen im Bereich der Bahnhofstraße und des Bahnhofplatzes sollen noch erfolgen.</p> <p>(Mitte 2011) Die Restbeschaffung erfolgt in 2011.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
11.	ASU	03.12.2008	<p>Beschluss:</p> <p>Der Bürgermeister wird gebeten den Ministerpräsidenten zur Nennung eines konkreten Gesprächstermins zum Forderungskatalog Fluglärm der Ratsversammlung Quickborn aufzufordern.</p>	<p>Frühere Stellungnahmen der Verwaltung zu dieser Angelegenheit / zum Thema Fluglärm sind dargestellt in den Berichten zur Jahresmitte 2010.</p> <p>(Ende 2010) Staatssekretärin Dr. Zieschang hat im Juli ein Gespräch geführt mit Staatsrat Wenzel von der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit und den Forderungskatalog der 5 Kommunen übermittelt sowie die besonders wichtigen Forderungen dargelegt. Der Bürgermeister hat am 11.10. mit Staatsrat Maaß von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der FHH ein Gespräch geführt und den Forderungskatalog erläutert. Dabei wurde festgestellt, dass die Verhandlungen und Bewertungen hierzu durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (FHH) und das Wirtschaftsministerium (Schl.-H.) vorgenommen werden. Zur Forderung der strikten Einhaltung des Nachtflugverbotes wurde seitens FHH versichert, dass künftig bei Entscheidungen, die das Nachtflugverbot tangieren, eine rechtzeitige Information der Kommunen erfolgen wird. Bei einem weiteren Gespräch des BGM mit Frau Dr. Zieschang am 10.11. wurde vereinbart, von Hamburger Seite konkrete Aussagen hinsichtlich zukünftig geplanter Nachtflugbewegungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Luftfracht zu erhalten. Nach Angaben des Staatsrates Wenzel strebt Hamburg keine Änderung oder Aufweichung der bestehenden Nachtflugbeschränkung an.</p> <p>(Mitte 2011) Die Gespräche über den 9-Punkte-Forderungskatalog zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr d. Lds. Schl.-H. und der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) dauern weiterhin an. In einem Schreiben der Staatssekretärin Dr. Tamara Zieschang vom 01.02.2011 an die Bürgermeister von Norderstedt und Quickborn äußerte sie die Hoffnung, „dass der begonnene Dialog mit Hamburg auch künftig konstruktiv und zielorientiert weitergeführt werden kann“. Nach einer E-Mail ihres Referatsleiters beabsichtigt sie die Thematik bei einem Treffen mit der neuen Leitung der BWA erneut anzusprechen. Die Beratungen im ASU über eine finanzielle Beteiligung der Stadt Quickborn an einer möglichen Klage wegen der Bahnbenutzungsregelung sind noch nicht abgeschlossen.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
12.	ASU	30.06.2009	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Es wird einvernehmlich verabredet, dass die beauftragte Stadtplanerin zunächst lediglich die Höhe der Kosten einer Bewertung der Substanz einzelner erhaltenswerter Gebäude der Schokofabrik ermittelt und die Beschlussfassung über eine vertiefende Untersuchung zur Klärung der Realisierbarkeit des vorgeschlagenen Vorhabens „<i>Nachnutzung als Innovations- und Kulturfabrik</i>“ sowie zu den Möglichkeiten einer städtischen Beteiligung heute ausgesetzt. Auf der Grundlage einer noch vorzulegenden Darstellung der anfallenden Kosten einer Begutachtung will der Ausschuss über eine Auftragserteilung in einer der nächsten Sitzungen beraten.</p>	<p>(Ende 2009) Die Angelegenheit soll im ersten Halbjahr 2010 für eine Ausschussberatung aufbereitet werden.</p> <p>(Mitte 2010) Inzwischen liegt ein Angebot für eine entsprechende Untersuchung vor. Eine Beratung ist in Vorbereitung.</p> <p>(Ende 2010): Eine Beratung hat noch nicht stattgefunden. Aufgrund eines Prüfauftrages der Ratsversammlung anlässlich des B-Plan-Aufstellungsbeschlusses ist ergänzend zu klären, ob eine südliche Teilfläche des Geländes der Schokoladenfabrik im Rahmen einer Mischgebietsausweisung für Wohnzwecke in Frage kommt. Da überdies auch Interesse einer Privatschule an Teilen des Geländes entstand, müssen die verschiedenen Nutzungen und gegebenenfalls Erhaltungsfragen gemeinsam geprüft und beraten werden.</p> <p>(Mitte 2011) Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat sich inzwischen im Grundsatz für ein städtebauliches Konzept ausgesprochen, das den Erhalt von Teilen der Bestandsbebauung ausschließt. Eine Nachnutzung als Innovations- und Kulturfabrik scheidet somit aus.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
13.	ASU	25.11.2009	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Herr Kruse regt die Einladung eines Vertreters der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft mbH (LVS) in eine der nächsten Ausschusssitzungen an, um in der Angelegenheit AKN-Durchfahrt zum Hauptbahnhof / S-Bahn-Verbindung Kaltenkirchen – Quickborn – Hamburg alle Optionen zu klären und in der Folge eine realistische Position der Stadt Quickborn definieren zu können. Dies sollte im Lichte der Erkenntnisse aus dem ausstehenden Gespräch zwischen Bürgermeister Köppl und Minister de Jager geschehen.</p> <p>Es besteht Einvernehmen, dass gemäß Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verfahren werden soll.</p>	<p>(Ende 2009) Am 22.03.2009 führte die Verwaltung in dieser Sache ein Gespräch mit der im Verkehrsministerium nunmehr zuständigen Staatssekretärin Dr. Zieschang. Hierüber wird dem Ausschuss in der Folge berichtet. Ein LVS-Vertreter sollte möglichst an dieser Sitzung teilnehmen.</p> <p>(Mitte 2010) Zwischenzeitlich wurde auch mit Hilfe zuständiger Landtags- und Bundestagsabgeordneter an das Ministerium herangetragen, alles für eine Verbesserung des ÖPNV auf der Linie A 1 zu tun, d.h. möglichst einen elektrifizierten S-Bahnverkehr. Eine gesonderte Beratung im Ausschuss mit LVS-Vertretern ist nicht erforderlich.</p> <p>(Ende 2010) Aufgrund zahlreicher vordringlicher Beratungsgegenstände konnte dieses Thema bislang nicht auf die Tagesordnung des ASU gelangen. Eine Berücksichtigung erfolgt voraussichtlich im ersten Quartal 2011.</p> <p>(Mitte 2011) Ein Vertreter der LVS hat inzwischen zum Sachstand im ASU am 15.09.2011 referiert. Die Beratungen werden fortgesetzt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
14.	ASU	20.05.2010	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Im Rahmen der Beschlussfassung zum Wohnungsmarktkonzept: Die Initiierung und Einrichtung einer umfassenden Anlaufstelle für alle Aspekte der Wohnberatung soll weiter verfolgt und konkretisiert werden.</p>	<p>(Ende 2010): Da vorrangig das Integrierte Stadtentwicklungskonzept und andere Planungen zu bearbeiten waren, konnte dieses Thema bislang nicht aufgegriffen werden. Die Verwaltung wird weitere Überlegungen zur sinnvollen Organisation einer Wohnberatung anstellen und sie dem ASU sodann vorstellen.</p> <p>(Mitte 2011) Die Angelegenheit ist weiterhin nicht beratungsreif, wird jedoch auch im Zusammenhang mit dem nunmehr bearbeiteten Thema „soziale Wohnraumförderung“ (Bebauungsplan Nr. 102) betrachtet.</p>
15.	ASU	26.08.2010	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Herr Kruse weist darauf hin, dass der neue Landesentwicklungsplan erst mit der Veröffentlichung des Amtsblattes, ca. Ende Sept. 2010, rechtskräftig wird. Er wiederholt die Bitte des Ausschusses an die Verwaltung, zu gegebener Zeit zu berichten, welche Stellungnahmen der Stadt Quickborn berücksichtigt worden sind und welche nicht (z.B. Thema Hochspannungsleitungen).</p>	<p>(Ende 2010) Aufgrund zahlreicher vordringlicher Beratungsgegenstände konnte dieses Thema bislang nicht auf die Tagesordnung des ASU gelangen. Eine Berücksichtigung erfolgt voraussichtlich Ende des ersten Quartals 2011.</p> <p>(Mitte 2011) Die Aufbereitung dieser Angelegenheit für eine Ausschussberatung musste wegen vordringlicher Themen erneut zurückgestellt werden. Eine Berücksichtigung in einer ASU-Tagesordnung im zweiten Halbjahr 2011 wird angestrebt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
16.	ASU	07.10.2010	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die Darstellung und Zielsetzungen der jeweiligen Handlungsfelder werden zustimmend zur Kenntnis genommen und dienen als Bestandteil des Endberichtes zum integrierten Stadtentwicklungskonzept.</p> <p>Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sollen – vorbehaltlich einer möglicherweise notwendigen zeitlichen und finanziellen Prioritätensetzung des jeweils zuständigen Fachausschusses – möglichst zügig umgesetzt werden.</p>	(Mitte 2011) Die Klärung von Prioritäten und Umsetzung der Handlungsempfehlungen steht noch aus.
17.	ASU	20.01.2011	<p>zum Thema: B-Plan 56 / Gebiet der ehemaligen Munitionsfabrik an der Theodor-Storm-Straße:</p> <p>Die Verwaltung wird sich wegen der Frage der künftigen Nutzung der Fläche mit dem Eigentümer in Verbindung setzen und über das Ergebnis berichten.</p>	(Mitte 2011) Der Kontakt mit dem Grundstückseigentümer ist erst kürzlich zustande gekommen. Behandelt wurde zunächst der Untersuchungsbedarf zur Abklärung einer etwaigen Boden- und Grundwasserbelastung. Ergebnisse stehen noch aus.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
18.	ASU + HA	28.10.2010	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der ASU / HA bittet den Bürgermeister, zu einer öffentlichen Bürgerveranstaltung einzuladen, in der die Marketingkonzeption für das Stadtmarketing vorgestellt wird. Ziel der Veranstaltung ist die Einrichtung eines Arbeitskreises mit Vertretern aus unterschiedlich interessierten Bereichen, der die weiteren Schritte für die Ausgestaltung eines Medien- und Vermarktungskonzeptes erarbeitet.</p>	<p>(Ende 2010) Bis zum Berichtsstichtag konnten noch keine Vorbereitungen getroffen werden.</p> <p>(Mitte 2011) Der Sachstand ist unverändert.</p>

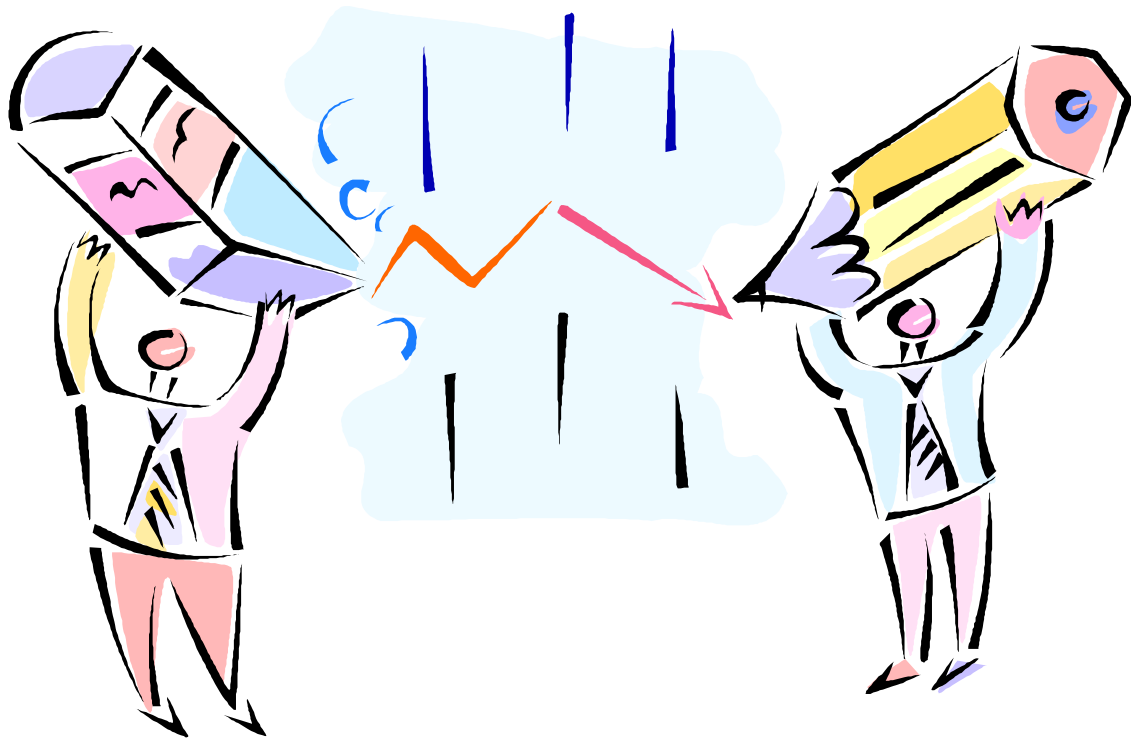
Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
19.	FA	22.08.06	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Wenn die Übernahme der „Unteren Bauaufsicht“ von Seiten des Landes abschließend geklärt ist, ist die Angelegenheit noch einmal im Hauptausschuss zu beraten.</p>	<p>Auf die vorangegangenen Berichtszeitpunkte Ende 2006 und Mitte 2007 wird verwiesen.</p> <p>(Mitte 2010) Seit Januar treffen sich die Städte, Gemeinden und Ämter mit Vertretern des Kreises Pinneberg zu Gesprächen im Rahmen eines Kooperationsbeirates. In der Juni-Sitzung wurde mitgeteilt, dass der Landrat bereit ist, die Aufgabe Bauaufsicht incl. Abordnung von Personal zu verlagern. Es wird zurzeit geprüft, ob der Kreis in drei bzw. fünf Gebiete aufgeteilt werden soll. Die Kommunen wurden gebeten entsprechende Erhebungen vorzunehmen um die unterschiedlichen Synergieeffekte zu bewerten.</p> <p>(Ende 2010) Die Prüfung zur Aufteilung des Kreises in drei bzw. fünf Gebiete ist weitestgehend abgeschlossen. Das Ergebnis der Erhebungen liegt im Entwurf vor und wird Ende März den Kommunen vorgestellt. Auch die Gremien der Stadt Quickborn werden dann zeitnah unterrichtet.</p> <p>(Mitte 2011) Der Kooperationsbeirat hat sich mit der Angelegenheit befasst und beschlossen weiterführende Gespräche mit dem Kreis Pinneberg zu führen. Es wurde dahingehend Einigkeit erzielt, dass eine nähere Betrachtung der Gebietskulisse anhand der bestehenden Strukturen im sozialen Bereich (Leistungszentren der ARGE) als praktikabelste Lösung hervorsticht. Hier sind bereits gewachsene Strukturen, Verflechtungen der Einwohnerinnen und Einwohner und auch ein gewisser Bezug der jeweiligen Region vorhanden. Ende August soll das weitere Vorgehen konkretisiert werden. Die Gremien der Stadt Quickborn werden dann entsprechend unterrichtet.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
20.	FA	15.05.07	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Nachdem der Abschlussbericht zum Energiecontrolling vorliegt, soll über die sich daraus ergebenden Konsequenzen im FA unterrichtet werden.</p>	<p>Auf die Ausführungen in den vorangegangenen Berichten wird verwiesen.</p> <p>(Ende 2010) Der Finanzausschuss ist im Oktober 2010 (vgl. Protokoll Nr. 08/2010-IX) umfassend über den aktuellen Zwischenstand informiert worden. Eine abschließende Unterrichtung wird Mitte 2011 erfolgen können.</p> <p>(Mitte 2011) Zunächst wird nochmals auf die umfassende Unterrichtung zum Sachstand im Finanzausschuss verwiesen (Protokoll Nr. 8/2010). Nachdem die ersten umfassenden energetischen Maßnahmen abgeschlossen sind (Erweiterungsbau Comenius-Schule, Sanierung Grundschule Mühlenberg, Erweiterungsbau Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und Neubau der beiden 3feld-Sporthallen) wird an der Aufnahme der neuen Gebäude- und Zähler-Struktur in das zur Energiekontrolle genutzte Programm gearbeitet. Vorrangig ist es zur Zeit, die erforderlichen Nachweise zum Energiecontrolling für den Zuwendungsantrag aus dem Programm für die Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Investitionspaktes zur energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen zu erstellen. Unabhängig hierfür wird im 3. Quartal berichtet werden können.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
21.	FA, AKD, ABKF	08.07.2009	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Bürgermeister wird gebeten, mit den Vereinen eine Regelung über die Nutzung und Finanzierung der per Hand bedienbaren Werbeanlage (Sporthalle Mühlenberg) zu finden.</p>	<p>(Ende 2009)</p> <p>Am 17.03.2010 wurde im Rahmen eines Gespräches mit den Vereinen geklärt, wie die Werbeanlage zu finanzieren ist. Zeitgleich sollen erste Überlegungen zur Nutzungsregelung diskutiert werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wird berichtet.</p> <p>(Mitte 2010) Mit einem Abschluss der Verhandlungen ist in den nächsten Wochen zu rechnen.</p> <p>(Ende 2010) Die Verhandlungen mit dem Verein zur Finanzierung und zu den Nutzungsregelungen sind abgeschlossen. Der Abschluss der Vereinbarung scheiterte bisher an der technischen Ausführung der Werbeanlagen. Hieran wird gearbeitet.</p> <p>(Mitte 2011) Nachdem eine handbetriebene Werbeanlage im ersten Hallendrittel installiert, getestet und von Allen für gut befunden wurde, wird dies – bis zum Ende der Sommerferien – auch in den anderen Hallendritteln montiert werden.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
22.	HA	02.09.2010	<p><u>Anfragen und Anregungen:</u></p> <p>Ratsfrau Tremino-Villares beklagt, dass in der Straße Güttloh häufig der Müll neben den vorgesehenen Containern abgestellt wird. Sie erkundigt sich, ob es möglich ist, dort stärker zu kontrollieren oder eine Kamera zu installieren. Bürgermeister Köppl erklärt, dass dieser Platz aufgrund seines Gesamtzustandes zur Verschmutzung neigt. Er schlägt vor, die Problematik erneut im Ausschuss für kommunale Dienstleistungen zu thematisieren.</p>	<p>(Ende 2010) Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen wird am 8. März 2011 hierzu beraten.</p> <p>(Mitte 2011) Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen hat am 08.03.11 beschlossen, den Wertstoffcontainerstandort Güttloh in seiner jetzigen Form zu belassen und bittet die Verwaltung, die Bürger in geeigneter Form darauf hinzuweisen, dass die Containerstandorte ausschließlich für ihren bestimmten Zweck zu nutzen sind.</p>
23.	HA	18.11.2010	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Der Bürgermeister hat vorgeschlagen, dass die Verwaltung überlegt, ob zukünftig eine übersichtlichere Darstellung des Stellenplanes möglich ist.</p>	<p>(Ende 2010) Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.</p> <p>(Mitte 2011) Es ist beabsichtigt, den Stellenplan für 2012 übersichtlicher darzustellen.</p>
24.	HA	18.11.2010	<p><u>Anregung:</u></p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, nach drei Monaten einen Bericht über die Tätigkeit der Mitarbeiterin/ des Mitarbeiters in der Gebäudeleittechnik im Ausschuss für kommunale Dienstleistungen abzugeben.</p>	<p>(Ende 2010) Die Stelle ist derzeit noch nicht besetzt. Nach dreimonatiger Tätigkeit der Mitarbeiterin/ des Mitarbeiters in der Gebäudeleittechnik wird die Verwaltung im Ausschuss berichten.</p> <p>(Mitte 2011) Die Stelle ist mit Wirkung ab 01.07.2011 besetzt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
25.	HA	16.12.2010	<p><u>Anfrage:</u></p> <p>Ratsherr Kut erkundigt sich nach einem Internetzugang für die Fraktionen. Die FDP-Fraktion hat ebenfalls eine Anfrage gestellt, inwieweit es möglich ist, einen eigenen Laptop für die Fraktionsarbeit im Fraktionszimmer einzusetzen und hierfür auch an das EDV-Netz der Stadt anzuschließen, damit z.B. auf das Internet zugegriffen werden kann.</p>	<p>(Ende 2010) Hierzu ist festzustellen, dass zwar Netzzugänge in allen Sitzungsräumen vorhanden sind, diese aber aus Sicherheitsgründen nicht unmittelbar benutzt werden dürfen.</p> <p>In einer Rücksprache mit KommunIT wurde bestätigt, dass nach derzeitigem Stand die Sicherheitsanforderungen und die damit einhergehenden Einschränkungen erheblich sind. Der Wunsch nach einem Laptop mit Internetzugang ist auch schon von anderer Seite an KommunIT herangetragen worden und KommunIT plant im Zuge des Umzuges der Kreisverwaltung nach Elmshorn dort eine entsprechende W-Lan-Lösung. Was dann im Detail möglich sein wird, muss noch geprüft werden. Die Stadt Quickborn hat darum gebeten, die vorgesehene Lösung dann auch für ihren Sitzungstrakt vorzusehen. Da dies im Rahmen einer größeren Lösung dann kein entscheidender Kostenfaktor sein soll, wird KommunIT so verfahren.</p> <p>Es ist aber davon auszugehen, dass die Angelegenheit erst in der zweiten Jahreshälfte 2011 konkret wird.</p> <p>(Mitte 2011) Noch kein neuer Sachstand.</p>
26.	RV	28.06.2010	<p><u>Maßgabe:</u></p> <p>Eine generelle Überarbeitung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung sind weiterhin beabsichtigt.</p>	<p>(Mitte 2011) Die Bearbeitung soll noch in 2011 aufgenommen werden.</p>



Zusammengestellt vom
Fachbereich Finanzen
und
Büro des Bürgermeisters

- 0.01 - Lattmann

19.09.2011